

Mehr Koalition wagen

Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur
Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021

Robert Vehrkamp und Theres Matthieß



© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

September 2023

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Prof. Dr. Robert Vehrkamp

Autor:innen

Prof. Dr. Robert Vehrkamp

JProf. Dr. Theres Matthieß

Inhaltliche Mitarbeit

Carlo Greß

Nicole Kleeb

Redaktionelle Unterstützung

Gäelle Beckmann

Sandra Stratos

Lektorat

Helga Berger

Zitationshinweis

Vehrkamp, Robert und Theres Matthieß (2023). „Mehr Koalition wagen – Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrags 2021“. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Gestaltung

Markus Diekmann

Druck

Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG

Bildnachweis

Montage: © pitsch22, picoStudio / stock.adobe.com

Mehr Koalition wagen

Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur
Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021

Robert Vehrkamp und Theres Matthieß

Eine gemeinsame Studie von:

| Bertelsmann**Stiftung**

 UNIVERSITÄT
TRIER

DAS
PROGRESSIVE
ZENTRUM

Autoren

Prof. Dr. Robert Vehrkamp

Robert Vehrkamp ist Senior Advisor im Programm „Demokratie und Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung und Gastprofessor am Institut für Demokratieforschung der Leuphana Universität in Lüneburg.

robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. Theres Matthieß

Theres Matthieß ist Juniorprofessorin für Empirische Demokratieforschung an der Universität Trier. Zuvor war sie Postdoc-Fellow am Mannheimer Institut für Europäische Sozialforschung und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

matthiess@uni-trier.de

Die Autor:innen bedanken sich bei **Prof. Dr. Florian Grotz (Helmut Schmidt Universität, Hamburg)**, **Prof. Dr. Anke Hassel (Hertie School, Berlin)**, **Prof. Dr. Heike Klüver (Humboldt-Universität zu Berlin)**, **Prof. Dr. Andrea Römmele (Hertie School, Berlin)**, **Prof. Dr. Wolfgang Schroeder (Universität Kassel)** und **Prof. Dr. Bernhard Weißels (WZB, Berlin)** für die Teilnahme an der Expert:innenumfrage zur Gewichtung und Kategorisierung der Koalitionsversprechen, und bei **Paul Jürgensen (Das Progressive Zentrum)** für die Zusammenarbeit bei der Durchführung und Auswertung der Expert:innenumfrage.

Die Autor:innen danken **Robin Groß, Simon Kohlhaas, Luca Sander** und **Simon Kogel** für ihre Mitarbeit bei der Kodierung des Koalitionsvertrages 2021 und der Wahlprogramme der Regierungsparteien zur Bundestagswahl 2021, ihre Unterstützung bei der Weiterentwicklung des Kodiervorgangs und bei der laufenden Erfüllungsrecherche zu den Koalitionsversprechen, sowie **Gaelle Beckmann, Carlo Greß, Nicole Kleeb** und **Sandra Stratos (Bertelsmann Stiftung)** für ihre Unterstützung bei der Vorbereitung, Umsetzung und Publikation der vorliegenden Studie.

Über die Studie

Die vorliegende Studie basiert auf drei Elementen: Zum einen wurde ein umfangreiches Kodiervorgang entwickelt und durchgeführt, das die Identifizierung und empirische Überprüfung des Erfüllungsstatus der Koalitionsversprechen aus den Koalitionsverträgen 2013, 2018 und 2021 (bis zum Stichtag 16. August 2023) ermöglicht. Zusätzlich wurden die einzelnen Koalitionsversprechen durch ein zweites Kodiervorgang den korrespondierenden Wahlprogrammen der SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zugeordnet (vgl. S. 114 ff. dieser Studie für eine genauere Beschreibung des Verfahrens). Zum anderen wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im Juli 2023 vom Institut für Demoskopie Allensbach eine Umfrage zum Thema Koalitions- und Wahlversprechen durchgeführt. Dieses Vorgehen ermöglichte dann den Vergleich zwischen tatsächlichem und wahrgenommenem Erfüllungsstatus der Koalitionsversprechen. Abschließend wurde eine Expert:innenbefragung durchgeführt, um eine Evaluation der Koalitionsversprechen nach dem politischen Gewicht zu ermöglichen. Auf Basis der Durchschnittswerte dieser Evaluation wurde dann eine gewichtete Zwischenbilanz berechnet. Zusätzlich wurde eine Zuordnung der Versprechen zu Transformationsgesichtspunkten sowie der sozialen Verträglichkeit der Umsetzung durch die Expert:innen vorgenommen.

Die Allensbach-Umfrage wurde mündlich-persönlich („face-to-face“) durchgeführt und ist repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren. Die Fragen zum Thema Koalitions- und Wahlversprechen wurden im Rahmen der monatlichen Mehrthemenumfrage (Omnibus) ins Feld gegeben. Die Gesamtstichprobe besteht aus 1.011 Befragten und umfasst 489 Männer und 522 Frauen, sowie 748 Befragte aus den alten Bundesländern und 243 Befragte aus den neuen Bundesländern. Damit wurden die neuen Bundesländer etwas stärker berücksichtigt, als es dem Bevölkerungsanteil entspricht. Die dadurch entstehende Disproportionalität wird durch entsprechende Gewichtung korrigiert. Neben der Gewichtung nach den alten und neuen Bundesländern wurde auch eine Gewichtung der Ergebnisse zur Angleichung an die Strukturdaten der amtlichen Statistik vorgenommen. Dadurch entspricht die gewichtete Stichprobe der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren in Deutschland. Die Ergebnisse der Umfrage können somit – unter Berücksichtigung der bei Repräsentativumfragen unvermeidlichen statistischen Unschärfe von etwa drei Prozentpunkten – auf die deutsche Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren verallgemeinert werden.

Inhalt

IM FOKUS

Mehr Koalition wagen	6
Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021	

In den ersten 20 Monaten ihrer Regierungsarbeit hat die Ampel-Koalition bereits knapp zwei Drittel (64 Prozent) ihres sehr ambitionierten Koalitionsvertrages entweder umgesetzt (38 Prozent) oder mit der Umsetzung begonnen (26 Prozent). Überschattet wird diese insgesamt sehr vielversprechende Halbzeitbilanz durch den öffentlich ausgetragenen Koalitionsstreit. Der führt zu Unzufriedenheit und einem stark einbrechenden Vertrauen in die Erfüllungstreue des Regierungshandelns.

Die Ergebnisse im Einzelnen	14
------------------------------------	-----------

Mit seinen insgesamt 453 Einzelversprechen enthält der Koalitionsvertrag der Ampel gut 50 Prozent mehr Versprechen als der Vertrag der Vorgängerregierung mit seinen insgesamt 296 Einzelvorhaben. Im Vergleich zum Koalitionsvertrag 2013 (188 Versprechen) sind es sogar fast zweieinhalb Mal so viele und im Vergleich zum Koalitionsvertrag 2009 mit seinen insgesamt 245 „echten“ Regierungsversprechen fast 85 Prozent mehr Vorhaben, die sich die Ampel-Koalition vorgenommen hat.

Die Koalitionsversprechen im Einzelnen	24
---	-----------

Dokumentation der Umfrageergebnisse	69
--	-----------

Methodischer Anhang	112
---------------------	-----

Abbildungsverzeichnis	116
-----------------------	-----

Literaturverzeichnis	118
----------------------	-----

IM FOKUS

Mehr Koalition wagen

Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021

In den ersten 20 Monaten ihrer Regierungsarbeit hat die Ampel-Koalition bereits knapp zwei Drittel (64 Prozent) ihres sehr ambitionierten Koalitionsvertrages entweder umgesetzt (38 Prozent) oder mit der Umsetzung begonnen (26 Prozent). Überschattet wird diese insgesamt sehr vielversprechende Halbzeitbilanz durch den öffentlich ausgetragenen Koalitionsstreit. Der führt zu Unzufriedenheit und einem stark einbrechenden Vertrauen in die Erfüllungstreue des Regierungshandelns.

Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung aus dem Jahr 2021 enthält insgesamt 453 „echte“ Regierungsversprechen. Das sind gut 50 Prozent mehr als die 296 Versprechen der Großen Koalition im Koalitionsvertrag von 2018. Gegenüber dem Koalitionsvertrag 2013 mit 188 Versprechen hat die Ampel sogar fast zweieinhalb Mal so viele Regierungsvorhaben vereinbart. Die große Anzahl der Versprechen spiegelt zum einen die Komplexität der Ampel als einer lagerübergreifenden Koalition aus drei programmatisch eigenständigen Parteien, zum anderen aber auch das höhere Ambitionsniveau des Ampel-Vertrages.

Zur Halbzeit ihrer Regierung hat die Ampel bereits 174 ihrer insgesamt 453 Versprechen voll oder teilweise erfüllt (38 Prozent). Darüber hinaus befinden sich weitere 55 Vorhaben (12 Prozent) im Prozess der Erfüllung. Weitere 62 (14 Prozent) wurden angegangen, insgesamt 162 Versprechen (36 Prozent) dagegen bislang noch nicht.

Im Vergleich zur Halbzeitbilanz ihrer Vorgängerregierung hat die Ampel damit anteilig etwas weniger, in absoluten Regierungsvorhaben gerechnet aber sogar etwas mehr geschafft. Eine insgesamt sehr vielversprechende Halbzeitbilanz also, aber überschattet von öffentlich inszeniertem Koalitionsstreit.

Ein ambitionierter Koalitionsvertrag

Wie ambitioniert und in vielen Details „ausverhandelt“ der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung ist, zeigt auch der Vergleich seiner Textlänge in Relation zur Anzahl der konkret und nachprüfbar vereinbarten Regierungsprojekte. Im Vergleich zum Koalitionsvertrag 2018 ist der Ampel-Vertrag gleichzeitig kürzer und konkreter. Brauchte die Große Koalition 2018 für ihre 296 Einzelversprechen noch etwa 61.000 Worte, so kommt die Ampel-Koalition für ihre 453 konkret vereinbarten Regierungsvorhaben mit gut 51.000 Worten aus. Für die Vereinbarung eines Regierungsversprechens benötigte die Ampel mit etwas mehr als 100 Worten nur halb so viel Text wie die Große Koalition 2018. Der Koalitionsvertrag 2013 benötigte sogar fast dreimal so viel Text für die Vereinbarung eines nach den methodischen Standards dieser Studie hinreichend konkreten und nachprüfbaren Regierungsversprechens.

Darüber hinaus beschreibt die Präambel des Ampel-Vertrages ein politisches Fortschrittsnarrativ der Regierung, dem die Einzelvorhaben in den einzelnen Kapiteln des Vertrages folgen, und benennt die zentralen Gesetzgebungsvorhaben. Die Präambel wird damit nicht lediglich für ein eher rhetorisch gemeintes Vorwort genutzt, sondern wird zu einem wichtigen programmatischen Überbau und einer Klammer für die zahlreichen Einzelvorhaben des Koalitionsvertrages. Das verbessert die konzeptionelle Qualität und Nachvollziehbarkeit der immer zahlreicheren Einzelversprechen. Die Ampel hat damit einen insgesamt sehr ambitionierten und sorgfältig ausverhandelten Koalitionsvertrag vorgelegt. Dazu beigetragen haben sicherlich die intensive inhaltliche Vorbereitung und das zwar vertrauliche, aber zumindest von außen besser strukturiert wirkende Vorgehen in den Verhandlungen der

einzelnen Arbeitsgruppen und bei der Zusammenführung der Ergebnisse. Auch die gegenseitige Verpflichtung und Einhaltung strikter Nicht-Öffentlichkeit der laufenden Verhandlungen bis zur Vorlage des fertigen Vertrages hat dabei geholfen.

Der Ampel-Regierung ist damit ein insgesamt sehr guter Start gelungen. Sie hat sich viel vorgenommen. Die formale Qualität im Sinne der schieren Anzahl der Einzelversprechen und der inhaltlich sehr ambitionierte Anspruch ihres Koalitionsvertrages stehen mittlerweile aber in einem deutlichen Kontrast zur öffentlich ausgetragenen Streitpraxis der Regierung, die besonders die gerade zurückliegenden Monate ihrer Regierungstätigkeit gezeichnet hat und ihre Wahrnehmung und Bewertung in der Öffentlichkeit inzwischen dominiert. Eine Besinnung auf die Tugenden der Koalitionsverhandlungen und den Geist ihres ambitionierten Koalitionsvertrages würde der Ampel-Regierung deshalb mit Sicherheit nicht schaden.

Vielversprechende Halbzeitbilanz

Aber wie sieht nun die tatsächliche Halbzeitbilanz der Ampel-Regierung aus, jenseits von öffentlicher Streitwahrnehmung und Meinungsumfragen? Wie viele ihrer Versprechen hat sie tatsächlich bereits umgesetzt oder zumindest angepackt? Um die gestiegene Komplexität der Konsensfindung einer Drei-Parteien-Koalition angemessen zu erfassen, wurde im Vergleich zur Halbzeitbilanz der letzten Großen Koalition (Vehrkamp & Matthieß 2019) eine zusätzliche Erfüllungskategorie „zumindest angegangen“ eingeführt. Sie erfasst diejenigen Regierungsvorhaben, für die es zwar innerhalb der Koalition bereits sichtbare Umsetzungsaktivitäten gibt, für die aber aufgrund der innerkoalitionären Abstimmungsprozesse noch keine Prognose über die spätere Erfüllung möglich ist. Im Unterschied dazu werden als „im Prozess“ der Erfüllung diejenigen Versprechen erfasst, deren Umsetzungsaktivitäten schon heute eine mit hoher Wahrscheinlichkeit zumindest teilweise Erfüllung erwarten lassen.

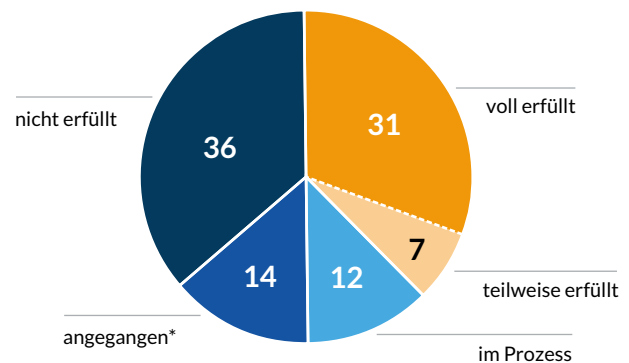
Zum Stichtag 16. August 2023 zeigt sich für die Halbzeitbilanz der Ampel-Regierung das folgende Bild: In den ersten gut 20 Monaten ihrer Regierungstätigkeit hat die Bundesregierung bereits knapp zwei Drittel (64 Prozent) ihrer 453 Versprechen umgesetzt oder zumindest mit ihrer Umsetzung begonnen. Davon sind

141 Versprechen (31 Prozent) voll und weitere 33 Versprechen (7 Prozent) teilweise erfüllt. Als teilweise erfüllt gilt ein Versprechen, das zwar eingelöst wurde, aber nicht in genau dem vereinbarten Umfang. Voll erfüllt sind beispielsweise die Versprechen eines Klimaschutzsofortprogramms bis 2022. Teilweise erfüllt ist etwa das Koalitionsversprechen einer „Nationalen Sicherheitsstrategie im ersten Jahr der neuen Bundesregierung“. Die Strategie wurde mittlerweile vorgelegt, allerdings erst im Juni 2023 – also deutlich später als versprochen.

Darüber hinaus hat die Regierung mit der Umsetzung von weiteren 117 Versprechen (26 Prozent) zumindest begonnen. Davon ist bei 55 Versprechen (12 Prozent) ihre Erfüllung bereits im Prozess und damit erwartbar. Als Beispiel hierfür kann das Versprechen für effizientere Gerichtsverfahren gelten, das die Online-Durch-

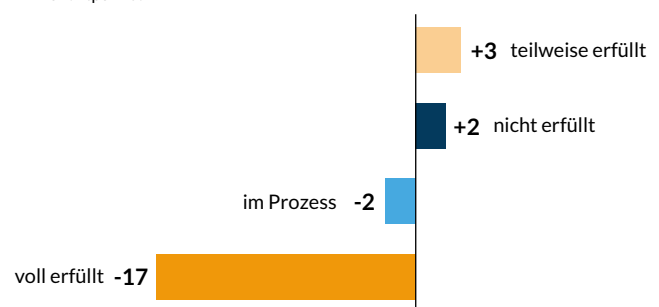
ABBILDUNG 1 Halbzeitbilanz Koalitionsvertrag 2021

In Prozent der insgesamt 453 Koalitionsversprechen 2021



Veränderung zur Halbzeitbilanz Koalitionsvertrag 2018

In Prozentpunkten



*Kein Vergleichswert zur Halbzeitbilanz Koalitionsvertrag 2018

Quelle: Koalitionsvertrag 2018 (Stichtag: 30.09.2019) und 2021 (Stichtag: 16.08.2023).

| BertelsmannStiftung

führung von Verhandlungen ermöglichen soll. Der Gesetzentwurf dazu liegt vor, wurde aber noch nicht verabschiedet. Deshalb befindet sich das Versprechen „im Prozess“ der Umsetzung. Bei den anderen 62 Versprechen (14 Prozent) hat die Regierung zumindest erste Schritte in Richtung ihrer Umsetzung unternommen, aber der Ausgang ist derzeit noch ungewiss. Etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) aller Versprechen wurde bislang noch nicht erfüllt und auch noch nicht angepackt, wie z. B. die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

Nahezu identisch sieht die nach Expert:innenmeinung gewichtete Halbzeitbilanz aus. Gewichtet nach der politischen Bedeutsamkeit ihrer Versprechen, hat die Ampel bereits 40 Prozent ihrer Versprechen ganz oder teilweise erfüllt (ungewichtet: 38 Prozent) und hat lediglich 34 Prozent noch nicht angepackt (ungewichtet: 36 Prozent). Die Gewichtungsanalyse zeigt

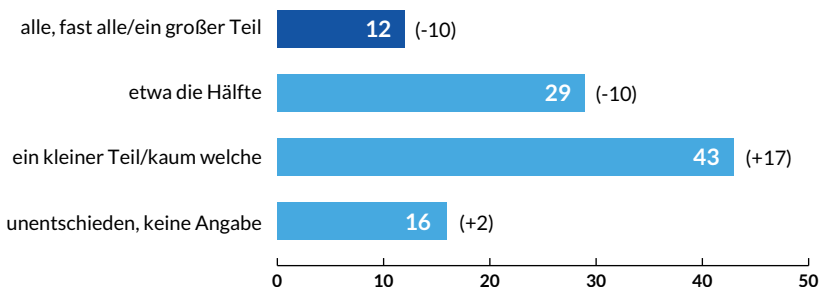
also, dass die Kritik, die Regierung habe sich bisher nur auf ihre eher kleineren Vorhaben verständigen können, ihre größeren Projekte aber liegen gelassen, nicht zutrifft. Eher könnte man sagen, die gewichtete Zwischenbilanz weist darauf hin, dass die Ampel-Regierung in der Umsetzung ihrer größeren politischen Reformprojekte sogar noch etwas besser ist als bei der Abarbeitung ihrer kleineren, unwichtigeren Projekte. Im Gesamtbild unterscheiden sich die gewichtete und die ungewichtete Bilanz aber nur unwesentlich voneinander.

Im Kontrast zum derzeit eher negativen öffentlichen Erscheinungsbild der Ampel-Regierung zeigt die tatsächliche Regierungsbilanz zur Halbzeit der Legislaturperiode eine gut funktionierende und in vollem Lauf befindliche Regierung, deren bisherige Umsetzungsleistung sehr viel besser und vielversprechender ist, als es ihr öffentliches Bild als „Streitkoalition“ vermuten lässt.

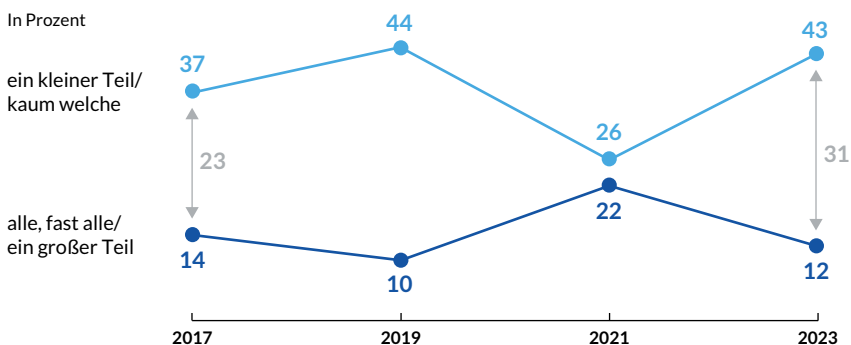
ABBILDUNG 2 Gefühlte Umsetzung von Koalitionsversprechen

Was glauben Sie, wie viele der Vorhaben, die im Koalitionsvertrag stehen, werden im Allgemeinen umgesetzt?

In Prozent sowie Veränderung zur Umsetzung der Koalitionsversprechen 2021 in Prozentpunkten in den Klammern



Gefühlte Umsetzung im Zeitvergleich



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Mai 2017, Juni 2019, September 2021, Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

Das gilt auch im Vergleich zur „rekordverdächtigen Halbzeitbilanz“ (Vehrkamp/Matthieß 2019) ihrer Vorgängerregierung. Die Große Koalition hatte zur Halbzeit zwar schon etwas mehr als die Hälfte ihrer Versprechen umgesetzt (52 Prozent gegenüber 38 Prozent bei der Ampel-Regierung). In absoluten Zahlen haben aber beide Regierungen in ihrer ersten Halbzeit fast exakt gleich viele ihrer konkreten Regierungsversprechen umgesetzt (144 umgesetzte Versprechen der Großen Koalition gegenüber 141 umgesetzten Versprechen der Ampel-Regierung). Betrachtet man nur die politisch aufwändigeren Änderungsversprechen, zeigt sich die Ampel-Regierung sogar deutlich aktiver als ihre Vorgängerregierung (136 erfüllte Änderungsversprechen der Ampel gegenüber 111 der Großen Koalition zur Halbzeit ihrer Legislaturperiode). Anteilig an allen Versprechen gemessen fällt die Erfüllungsbilanz der Ampel somit etwas schlechter aus. In absoluten Zahlen bereits erfüllter Versprechen gemessen fällt sie aber

sogar etwas besser aus als die ihrer Vorgängerregierung. Der geringere Anteil bereits erfüllter Versprechen der Ampel-Regierung ist eben auch das Ergebnis ihres eigenen Anspruchs, sich statt knapp 300 etwas mehr als 450 Regierungsvorhaben in den Koalitionsvertrag zu schreiben.

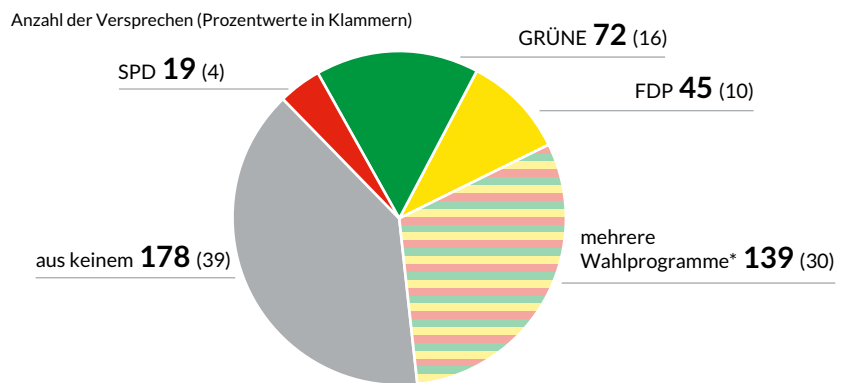
Noch viele offene Baustellen

Gleichzeitig befinden sich zur Halbzeit der Ampel deutlich mehr ihrer Versprechen noch im Prozess oder in den Anfängen ihrer Umsetzungsbemühungen. Zur Halbzeitbilanz der Großen Koalition befanden sich lediglich 40 weitere Versprechen im Prozess ihrer Umsetzung. Dagegen hat die Ampel derzeit 55 Einzelversprechen im Prozess der Umsetzung; bei zusätzlich weiteren 62 Versprechen hat sie mit entsprechenden Umsetzungsaktivitäten zumindest begonnen, deren Ausgang aber noch nicht absehbar ist. Damit hat die Ampel zur Halbzeit ihrer Regierungszeit mit insgesamt 117 Einzelversprechen deutlich mehr Projekte in der laufenden Umsetzung als ihre Vorgängerregierung.

Für die Gesamtbewertung ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass die Regierungstätigkeit der Ampel bereits wenige Wochen nach der Übernahme der Regierung von den Folgen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine dominiert worden ist. Eine planmäßige Umsetzung des Koalitionsvertrages ist dadurch erheblich erschwert worden, vergleichbar mit der Bewältigung der Corona-Pandemie als der alles dominierenden Regierungsaktivität der Großen Koalition in den Jahren 2020/2021. Dennoch hat die Ampel-Regierung bereits zur Halbzeit ihrer Regierungszeit

deutlich mehr umgesetzt, als ihr derzeit eher negatives öffentliches Erscheinungsbild als „Streitkoalition“ vermuten lässt. Gelingt ihr die konstruktive Bearbeitung ihrer zahlreichen noch offenen Baustellen, kann der Ampel eine ähnlich positive Schlussbilanz gelingen wie ihrer Vorgängerregierung (Vehrkamp/Matthieß 2021). Vor dem Hintergrund ihres deutlich ambitionierteren Koalitionsvertrages ergibt sich daraus das Gesamturteil einer insgesamt sehr vielversprechenden Halbzeitbilanz, die aber noch Luft nach oben hat.

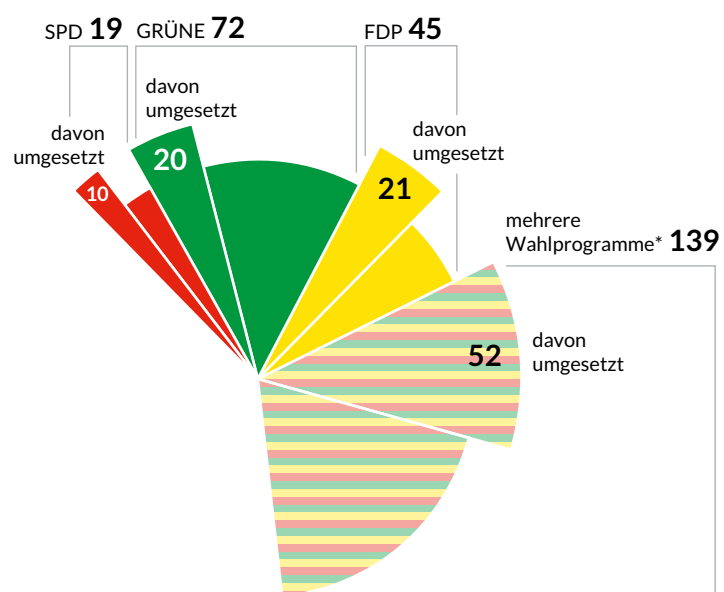
ABBILDUNG 3 Aus welchem Wahlprogramm stammen die 453 Koalitionsversprechen 2021?



*SPD/GRÜNE 11 %, SPD/FDP 2 %, FDP/GRÜNE 8 %, SPD/GRÜNE/FDP 9 %

Wer hat mehr Versprechen umgesetzt?

Anzahl der voll oder teilweise umgesetzten Koalitionsversprechen aus den Wahlprogrammen



*SPD/GRÜNE 20 %, SPD/FDP 3 %, FDP/GRÜNE 15 %, SPD/GRÜNE/FDP 14 %

Quelle: Koalitionsvertrag 2021 und Wahlprogramme der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP 2021, eigene Recherche und Berechnung (ungewichtet).

Koalitionsstreit überschattet Halbzeitbilanz

Im Kontrast dazu stehen die öffentliche Wahrnehmung und prekäre Regierungspraxis der Ampel-Regierung als „Streitkoalition“. Trotz ihrer sehr guten und vielversprechenden Halbzeitbilanz zeigt sich im Meinungsbild der Wählenden ein deutlich anderes Bild: Die Erfüllungstreue der Regierung wird – nach deutlich verbesserten Werten im Jahr 2019 – wieder ähnlich negativ eingeschätzt wie in den Jahren 2017/18. Nur noch 12 Prozent aller Menschen in Deutschland meinen, dass von den vereinbarten Koalitionsversprechen „alle, fast alle oder ein großer Teil“ umgesetzt werden. 43 Prozent aller Befragten gehen sogar davon aus, es werde nur „ein kleiner Teil oder kaum welche“ umgesetzt.

Damit ist der erhebliche Vertrauensgewinn, der während der zweiten Halbzeit der Vorgängerregierung erreicht werden konnte, wieder verspielt.

Die Ampel-Regierung steht deshalb vor einer ähnlichen Herausforderung wie die Große Koalition im Jahr 2019. Trotz ihrer rekordverdächtigen Halbzeitbilanz in der Umsetzung ihrer Versprechen genoss auch die Große Koalition zur Halbzeit das öffentliche Image

einer „grotenschlechten“ und darüber hinaus „ungevollten“ Streitkoalition. Erst ihre deutlich verbesserte Regierungskommunikation und Außendarstellung seit 2019 führte zu einem signifikanten Vertrauensgewinn und einer deutlich besser bewerteten Erfüllungstreue ihres Regierungshandelns in der Schlussbilanz. Schafft die Ampel-Regierung eine vergleichbare Wende in ihrem öffentlichen und veröffentlichten Regierungshandeln?

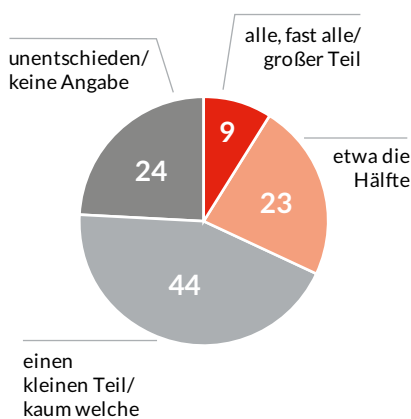
Wie nötig eine solche Wende wäre, das zeigen die (Un)Zufriedenheitswerte mit der bisherigen Arbeit der Ampel-Regierung, die alle drei Regierungsparteien in nahezu gleichem Umfang betreffen. Nur jeweils etwa ein Viertel der Menschen in Deutschland zeigt sich mit der Arbeit von SPD (25 Prozent), GRÜNEN (23 Prozent) und FDP (22 Prozent) „sehr oder eher“ zufrieden. Mehr als sechs von zehn der Befragten sind dagegen „eher oder sehr“ unzufrieden mit der Performanz der Regierungsparteien (SPD: 62 Prozent, GRÜNE: 67 Prozent, FDP: 62 Prozent). Auffällig ist dabei, wie wenig viele Menschen zwischen den drei Regierungsparteien differenzieren. Die Regierung wird von den meisten Menschen als eine Einheit gesehen und beurteilt. Eine differenzierte Beurteilung der Profilierung einzelner

ABBILDUNG 4 Ampelparteien sitzen im selben Regierungsboot (I)

In Prozent

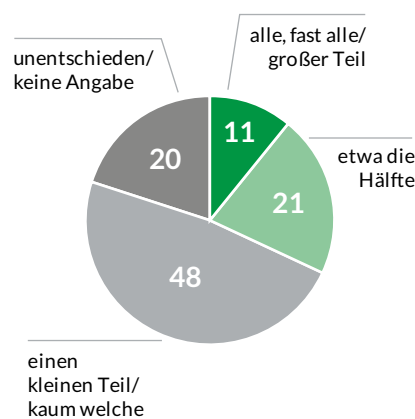
Wenn Sie einmal speziell an die SPD denken, die ja gerade zusammen mit den GRÜNEN und der FDP die Regierung bildet: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die **SPD** seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen ...



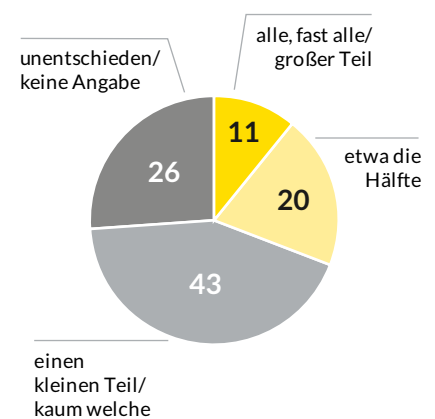
Wie ist es mit den GRÜNEN: Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die **GRÜNEN** seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen ...



Wie ist es mit der FDP: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die **FDP** seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen ...



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren (Fallzahl: 1.011).

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

Regierungsparteien tritt zurück hinter der Wahrnehmung und Beurteilung der Regierung als gemeinschaftlich verantwortlich für das Regierungshandeln.

Ampel-Parteien im selben Regierungsboot

Wie sehr die drei Regierungsparteien dabei „im selben Regierungsboot“ sitzen, zeigt auch die nahezu identische Beurteilung ihrer Umsetzungserfolge in der gemeinsamen Regierung. Auch hier wird nicht differenziert, sondern alle drei Regierungsparteien werden annähernd gleich schlecht bewertet. Nur etwa jeder zehnte Befragte meint, die Regierungsparteien hätten „alle, fast alle oder einen großen Teil“ ihrer Wahlversprechen seit der Bundestagswahl umgesetzt (SPD: 9 Prozent, GRÜNE: 11 Prozent, FDP: 11 Prozent). Gleichzeitig sind 44 Prozent der SPD-Wählenden, 48 Prozent der GRÜNEN-Wählenden und 43 Prozent der FDP-Wählenden der Meinung, es werde nur „ein kleiner Teil oder kaum welche“ ihrer Wahlversprechen auch umgesetzt. Auch das zeigt: Die Regierungsparteien werden von den meisten Wählenden für ihr Regierungshandeln in Kollektivhaftung genommen. Alle drei Parteien sitzen im selben Regierungsboot, und der Pegelstand der öffentlichen Meinung trägt das Boot als Ganzes entweder nach oben oder nach unten, nicht aber ihre einzelnen Insass:innen.

Richtigerweise stand deshalb die Fokussierung auf Gemeinsamkeiten schon an der Wiege der Ampel-Regierung. Sie wollte zeigen, „dass Zusammenhalt und Fortschritt auch bei unterschiedlichen Sichtweisen gelingen können“ (Präambel des Koalitionsvertrages, S. 7). Das spiegelt sich auch in der hohen Anzahl von insgesamt 139 Koalitionsversprechen (31 Prozent) wider, die sich auf mindestens zwei oder sogar alle drei Wahlprogramme der Koalitionsparteien zurückführen lassen. In der Großen Koalition der Vorgängerregierung war der Anteil der von allen Parteien bereits im Wahlprogramm geforderten Versprechen mit einer Zahl von 46 nur halb so groß und lag bei lediglich 16 Prozent aller Koalitionsversprechen.

Auch insgesamt ist es den Parteien der Ampel-Regierung gelungen, mehr Versprechen ihrer Wahlprogramme im Koalitionsvertrag zu verankern, als das bei der Großen Koalition im Jahr 2018 der Fall war. Im Ampel-Vertrag lassen sich mit 275 Einzelversprechen fast ebenso viele auf eines oder mehrere der Wahlprogramme der drei Regierungsparteien zurückführen wie im Koalitionsvertrag der Großen Koalition 2018 insgesamt enthalten (296 Versprechen).

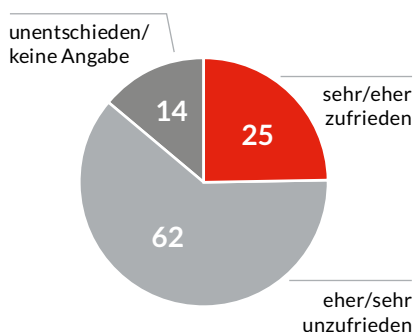
In der Verteilung auf die drei Regierungsparteien ist es den GRÜNEN mit 72 Versprechen und der FDP mit 45 Versprechen deutlich besser als der SPD mit nur

ABBILDUNG 5 Ampelparteien sitzen im selben Regierungsboot (II)

In Prozent

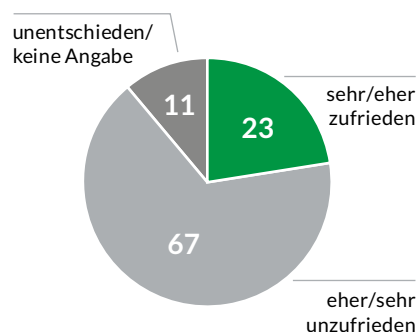
Eine Frage zur aktuellen Regierung:
Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der **SPD** in der Regierung?

Würden Sie sagen ...



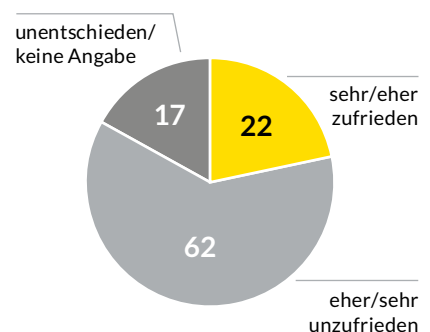
Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der **GRÜNEN** in der Regierung?

Würden Sie sagen ...



Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der **FDP** in der Regierung?

Würden Sie sagen ...



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren (Fallzahl: 1.011)

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

19 Versprechen gelungen, im Koalitionsvertrag auch Versprechen zu verankern, die ausschließlich in ihren jeweiligen Wahlprogrammen verankert sind. Darin zeigt sich der koalitions- und verhandlungstheoretisch erwartbare und auch bei früheren Regierungsbildungen bereits sichtbare „negative Kanzler:inneneffekt“, dessen Partei für die Übernahme des Chef:innenpostens mit programmatischen Zugeständnissen an die Koalitionspartner im Koalitionsvertrag „bezahlen“ muss.

Wenig Verständnis für die Nichteinhaltung

Eine große Herausforderung für alle Koalitionsregierungen und -parteien in Deutschland bleibt die geringe Frustrationstoleranz und Kompromissbereitschaft im Urteil der Wählenden. Zwar halten es 85 Prozent der Menschen in Deutschland für „sehr wichtig oder wichtig“, dass die Parteien ihre in Wahlprogrammen enthal-

tenen Ziele und Vorhaben auch tatsächlich umsetzen. Gleichzeitig billigen ihnen aber nur 40 Prozent der Menschen zu, dass es auch „akzeptable Gründe“ dafür geben könne, ihre Wahlversprechen nicht einzuhalten. Von diesen 40 Prozent sehen wiederum nur weniger als ein Drittel (31 Prozent) in der Notwendigkeit von Kompromissen (z. B. mit Koalitionspartnern) einen solchen akzeptablen Grund für die Nichteinhaltung von Wahlversprechen. Nur etwa eine:r von zehn Wählenden sieht somit in Koalitionskompromissen einen akzeptablen Grund, Wahlversprechen nicht umzusetzen. Das weist auf eine Art „latenten Verfassungskonflikt“ hin. Es scheint, als würden viele Menschen in der auf Kompromisse angelegten und angewiesenen parlamentarischen Regierungsform eher einen Verrat an den Prinzipien und Idealvorstellungen der Parteien sehen. Das erschwert das Regieren, zumal unter den neuen Bedingungen lagerübergreifender Mehrparteienkoalitionen.

TABELLE 1 Erfüllungquote der Ampel-Koalition 2021 bis August 2023

Ressortzuordnung	Anzahl Versprechen		voll erfüllt		teilweise erfüllt		im Prozess		angegangen		nicht erfüllt	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Summe	453	100 %	141	31 %	33	7 %	55	12 %	62	14 %	162	36 %
Inneres und Heimat	62	14 %	16	26 %	4	6 %	13	21 %	6	10 %	23	37 %
Arbeit und Soziales	58	13 %	29	50 %	4	7 %	1	2 %	3	5 %	21	36 %
Gesundheit	42	9 %	8	19 %	3	7 %	3	7 %	3	7 %	25	60 %
Finanzen	41	9 %	14	34 %	2	5 %	7	17 %	9	22 %	9	22 %
Justiz	41	9 %	8	20 %	3	7 %	6	15 %	8	20 %	16	39 %
Wirtschaft und Klimaschutz	40	9 %	16	40 %	1	2 %	5	12 %	9	22 %	9	22 %
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	33	7 %	12	36 %	1	3 %	1	3 %	5	15 %	14	42 %
Bildung und Forschung	29	6 %	7	24 %	3	10 %	2	7 %	5	17 %	12	41 %
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	23	5 %	9	39 %	4	17 %	3	13 %	1	4 %	6	26 %
Digitales und Verkehr	21	5 %	6	29 %	1	5 %	6	29 %	3	14 %	5	24 %
Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	21	5 %	5	24 %	3	14 %	5	24 %	4	19 %	4	19 %
Ernährung und Landwirtschaft	12	3 %	2	17 %	1	8 %	1	8 %	2	17 %	6	50 %
Anderes	10	2 %	2	20 %	1	10 %	1	10 %	3	30 %	3	30 %
Kultur	6	1 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %	1	17 %	5	83 %
Auswärtiges	5	1 %	4	80 %	1	20 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Verteidigung	5	1 %	2	40 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %	3	60 %
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4	1 %	1	25 %	1	25 %	1	25 %	0	0 %	1	25 %

Quelle: Koalitionsvertrag 2021 (Stichtag: 16.08.2023), eigene Recherche und Berechnung (ungewichtet).

Fazit: Mehr Koalition wagen!

Im Gesamtbild zeigt sich zur Halbzeit der Ampel-Koalition erneut eine Regierung, die ihre insgesamt sehr positive und vielversprechende Halbzeitbilanz durch ihr gegenteiliges öffentliches Erscheinungsbild überschattet und beschädigt.

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass die Ampel sich in der Umsetzung ihres sehr ambitionierten Regierungsprogramms auf einem zumindest für die Schlussbilanz vielversprechenden Weg befindet. Zwei Drittel ihrer insgesamt 453 Vorhaben wurden bereits angegangen. Etwa die Hälfte der bereits angegangenen Dinge befindet sich aber noch in jeweils unterschiedlichen Stadien der laufenden Umsetzung. Erst knapp vier von zehn Versprechen sind bereits erfüllt, an sechs von zehn ihrer Vorhaben muss die Ampel also noch (weiter) arbeiten.

Es zeigt sich somit eine eigentlich funktionierende Koalition in vollem Lauf und mit vielen noch offenen

Baustellen. Gelingt deren konstruktive (Weiter)Bearbeitung in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode, winkt eine hervorragende Schlussbilanz mit vergleichbar hohen Umsetzungsquoten wie bei den Vorgängerregierungen, allerdings auf Grundlage eines deutlich ambitionierteren Koalitionsvertrages.

Dem stehen aber ein zum Zeitpunkt der Halbzeitbilanz eher negatives öffentliches Koalitionsimage und eine prekäre, öffentlich inszenierte Streitpraxis der Koalitionsparteien entgegen, die sich zunehmend negativ auch auf die tatsächliche Umsetzungsperformanz der Regierung auswirken könnten.

War der vielzitierte „Zauber des Anfangs“ doch nur ein Trugbild? Oder wird sich die zur Halbzeit prekär anmutende Regierungspraxis in der Rückschau als die lediglich vorübergehende Midlife-Crisis einer äußerst ambitionierten Reformregierung entpuppen? Die vorliegenden Ergebnisse zur Halbzeit der Ampel-Regierung sprechen zwar eher für Letzteres, können Ersteres aber auch nicht ausschließen. Es bleibt also spannend!

Die Ergebnisse im Einzelnen

Mit seinen insgesamt 453 Einzelversprechen enthält der Koalitionsvertrag der Ampel gut 50 Prozent mehr Versprechen als der Vertrag der Vorgängerregierung mit seinen insgesamt 296 Einzelvorhaben. Im Vergleich zum Koalitionsvertrag 2013 (188 Versprechen) sind es sogar fast zweieinhalb Mal so viele und im Vergleich zum Koalitionsvertrag 2009 mit seinen insgesamt 245 „echten“ Regierungsversprechen fast 85 Prozent mehr Vorhaben, die sich die Ampel-Koalition vorgenommen hat.

Bemerkenswert ist darüber hinaus die Relation der jeweiligen Textlänge der Koalitionsverträge zur Anzahl der in ihnen vereinbarten „echten“ Regierungsversprechen. Hier zeigt sich, dass der Koalitionsvertrag der Ampel, gemessen an der Anzahl der Wörter je Verspre-

chen, vergleichsweise kurz und präzise ausgefallen ist. Brauchte der Koalitionsvertrag 2013 (62.273 Wörter) noch etwas mehr als 330 Wörter je Versprechen, reichten dem Nachfolgevertrag 2018 (61.326 Wörter) schon knapp 210 Wörter und dem Koalitionsvertrag 2009 (40.520 Wörter) gut 160 Wörter je Versprechen. Der Ampel-Vertrag (51.468 Wörter) kam nun sogar mit durchschnittlich nur etwas mehr als 110 Wörtern für die Formulierung eines einzelnen Regierungsversprechens aus.

Die stark gestiegene Gesamtzahl konkreter Vorhaben spiegelt ein ambitioniertes Programm der Ampel-Regierung. Im Hinblick auf die Ressortverteilung zeigen sich jedoch Muster vorheriger Koalitions-

TABELLE 2 Anzahl der Koalitionsversprechen in den einzelnen Ressorts

Ressortzuordnung	Versprechen		Veränderung zu 2018
	absolut	in Prozent	in Prozentpunkten
Inneres und Heimat*	62	14	-3
Arbeit und Soziales	58	13	2
Gesundheit	42	9	-2
Justiz***	41	9	-1
Finanzen	41	9	3
Wirtschaft und Klimaschutz*****	40	9	7
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	33	7	1
Bildung und Forschung	29	6	2
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen*****	23	5	5
Digitales und Verkehr**	21	5	-5
Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz***	21	5	-4
Ernährung und Landwirtschaft	12	3	-1
Anderes/nicht zuordenbar	10	2	2
Kultur	6	1	-1
Verteidigung	5	1	-3
Auswärtiges Amt	5	1	0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4	1	-1
Summe	453	100	

Benennung Ministerien 2018:

* Inneres, Bau und Heimat, ** Verkehr und digitale Infrastruktur, *** Justiz und Verbraucherschutz, **** Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, ***** Wirtschaft und Energie, ***** neues Ministerium

Quelle: Koalitionsvertrag 2018 und 2021, eigene Recherche und Berechnung (ungewichtet).

| BertelsmannStiftung

verträge. Die mit Abstand meisten Vorhaben verantworten erneut die Ressorts „Inneres und Heimat“ (62 Einzelversprechen) und „Arbeit und Soziales“ (58 Einzelversprechen). Damit entfällt mehr als ein Viertel (26 Prozent) aller Versprechen allein auf diese beiden Ressorts.

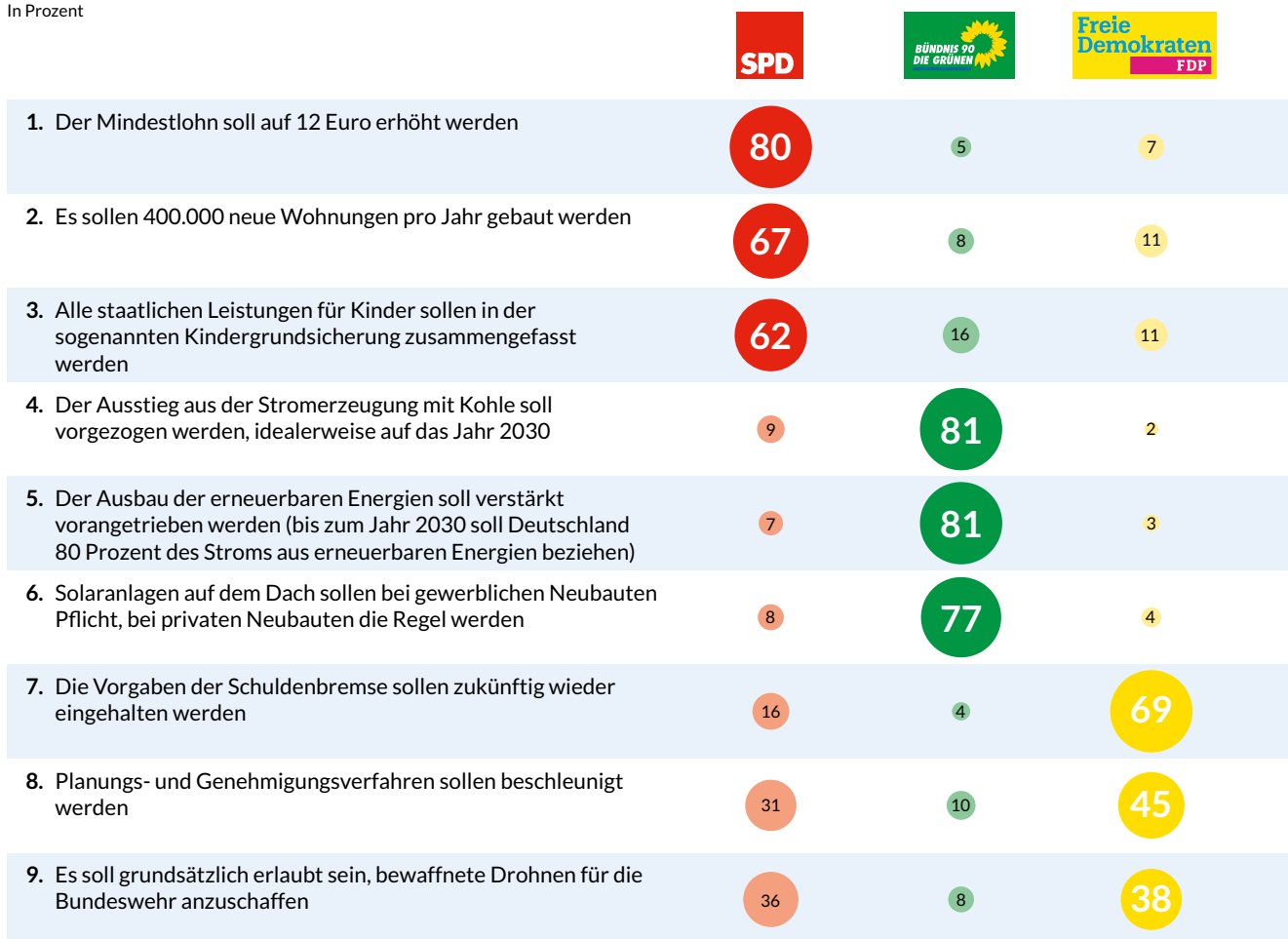
Den prozentual stärksten Zuwachs verzeichnet das Ressort „Wirtschaft und Klimaschutz“ mit insgesamt 40 Einzelvorhaben (+ 7 Prozentpunkte gegenüber dem Koalitionsvertrag 2018). Das spiegelt zum einen die Bedeutung des Klimaschutzes im Regierungsprogramm der Ampel. Zum anderen ist es aber auch eine Folge des veränderten Ressortzuschnitts, die den Klimaschutz

vom Umwelt- in das Wirtschaftsministerium verlagert hat. Spiegelbildlich sind deshalb im neu zugeschnittenen Umweltressort ohne den Klimaschutz nur 21 Vorhaben verankert (- 4 Prozentpunkte gegenüber dem Koalitionsvertrag 2018).

Bemerkenswert wenige Regierungsvorhaben sind im Ressort „Digitales und Verkehr“ verankert: Statt 30 Einzelvorhaben im Koalitionsvertrag 2018 sind es im Ampel-Vertrag lediglich 21. Der Anteil des Ressorts halbiert sich damit von 10 auf 5 Prozent aller Vorhaben. In der Aktivitätsrangliste aller Ressorts rutscht „Digitales und Verkehr“ damit von Platz 4 auf Platz 10 insgesamt diesmal 17 Ressorts.

ABBILDUNG 6 **Zugeschriebenes Profil der Ampelparteien – von wem stammen welche Koalitionsvorhaben?**

In Prozent



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren (Fallzahl: 1.011).

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

Fast ausschließlich Maßnahmen – statt Zielversprechen

Typologisch lassen sich bei den in dieser Studie untersuchten „echten“ Regierungsversprechen Maßnahmen- und Zielversprechen unterscheiden. Maßnahmenversprechen kündigen eine konkrete und aktive Handlung der Regierung an, während Zielversprechen ein angestrebtes Ergebnis versprechen, ohne zu beschreiben, durch welche Maßnahmen es erreicht werden soll.

Von den insgesamt 453 Regierungsvorhaben der Ampel sind fast alle (98 Prozent) konkrete Maßnahmenversprechen. Nur insgesamt 8 (= 2 Prozent) der Versprechen sind Zielversprechen. Das verfestigt eine Dominanz der Maßnahmen- über die Zielversprechen, wie sie sich bereits in den Koalitionsverträgen der Vorgängerregierungen gezeigt und etabliert hat.

Eines der wenigen Zielversprechen im Koalitionsvertrag ist beispielsweise die Sicherung des Mindestrentenniveaus von 48 Prozent. Zwar legt sich die

Regierung hier auf ein konkretes und nachprüfbares Ziel fest, verpflichtet sich aber nicht auf konkrete Maßnahmen, mit deren Hilfe es erreicht werden soll.

Die generelle Vermeidung solcher Zielversprechen und die fast vollständige Fokussierung auf konkrete Maßnahmenversprechen haben vermutlich unterschiedliche Gründe. Zum einen sind Maßnahmenversprechen für die Regierung besser beeinflussbar und damit kontrollierbar. Ob sie eine Maßnahme ergreift und vereinbarungsgemäß umsetzt, liegt sehr viel weitgehend in ihrer eigenen Hand als die Erreichung einer konkreten Zielvorgabe. Zum anderen hängen Zielerreichungen häufig auch von externen Einflüssen ab, die von der Regierung allein nicht kontrollierbar und oftmals noch nicht einmal beeinflussbar sind. Schon der Wunsch und das Ziel, in der Umsetzung eines Koalitionsvertrages möglichst hohe Erfolgsquoten zu erreichen, sprechen deshalb für Maßnahmen- und gegen Zielversprechen. Dieser politischen Logik folgt auch der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung. Im Regelfall sind die Maßnahmen zwar mit mehr oder weniger konkreten Zielvorstellungen verbunden – sie beruhen auf ent-

TABELLE 3 Anzahl an Maßnahmen- und Zielversprechen in den einzelnen Ressorts

Ressortzuordnung	Maßnahmenversprechen		Zielversprechen	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Inneres und Heimat	61	98	1	2
Arbeit und Soziales	56	97	2	3
Gesundheit	42	100	0	0
Finanzen	39	95	2	5
Justiz	41	100	0	0
Wirtschaft und Klimaschutz	40	100	0	0
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	33	100	0	0
Bildung und Forschung	28	97	1	3
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	23	100	0	0
Digitales und Verkehr	20	95	1	5
Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	21	100	0	0
Ernährung und Landwirtschaft	12	100	0	0
Anderes	10	100	0	0
Kultur	6	100	0	0
Auswärtiges	5	100	0	0
Verteidigung	5	100	0	0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3	75	1	25
Summe	445	98	8	2

Quelle: Koalitionsvertrag 2021, eigene Recherche und Berechnung (ungewichtet).

| BertelsmannStiftung

sprechenden Wirkungsvorstellungen der Maßnahmen zur Erreichung bestimmter Ziele. Versprochen werden im Koalitionsvertrag dann aber lediglich die Maßnahmen und nicht die mit ihnen intendierte Zielerreichung.

Änderungsversprechen dominieren über Status-quo-Versprechen

Eine fast ebenso ausgeprägte Einseitigkeit zeigt sich auch bei der Verteilung der Koalitionsvorhaben auf Änderungs- und Status-quo-Versprechen. Während Änderungsversprechen die Neuregelung eines bestimmten Themas beabsichtigen, geht es bei Status-quo-Versprechen um die Beibehaltung und Fortführung einer bereits bestehenden Maßnahme oder eines bestimmten Outcomes. Typische Änderungsversprechen aus dem aktuellen Koalitionsvertrag sind beispielsweise die Anhebung eines bestimmten Steuerfreibetrages, die Erhöhung des Mindestlohns oder die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Europawahlen. Eines der wenigen Status-quo-Versprechen aus dem aktuellen Koalitionsvertrag ist dagegen

das Festhalten am deutschen Atomausstieg oder das Versprechen, kein generelles Tempolimit einzuführen.

Mit Blick auf die Verteilung der Koalitionsversprechen zeigt sich eine Präferenz für Änderungsversprechen. Nach 84 Prozent im Koalitionsvertrag 2013 und 81 Prozent im Koalitionsvertrag 2018 sind im Vertrag der Ampel-Koalition neun von zehn (90 Prozent) aller Vorhaben Änderungsversprechen. Genauer: Von den insgesamt 453 Versprechen sind 47 Status-quo-Versprechen, während sich 406 auf konkrete Änderungen beziehen. Der Anteil der Änderungsversprechen hat damit im Vertrag der Ampel gegenüber den Vorgängerregierungen noch einmal zugenommen und ist inzwischen nahezu so dominant wie der Anteil der Maßnahmenversprechen. Letztere beziehen sich zum Großteil auf Veränderungen (403 von 445).

Dass sich der Anteil an Status-quo-Versprechen im Vergleich zur Vorgängerregierung verringert hat, ist insofern wenig verwunderlich, als sich eine gänzlich neue Regierung mit drei Parteien unter der Führung der SPD gebildet hat. In der zweiten Auflage der

TABELLE 4 Anzahl an Änderungs- und Status-quo-Versprechen in den einzelnen Ressorts

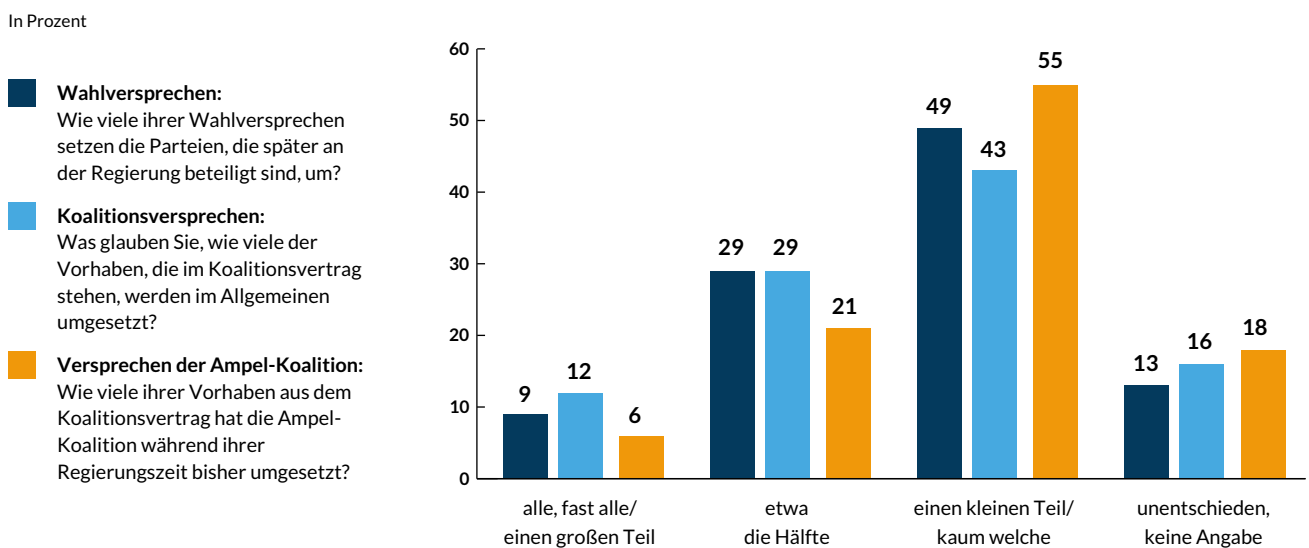
Ressortzuordnung	Änderungsversprechen		Status-quo-Versprechen	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Inneres und Heimat	58	94	4	6
Arbeit und Soziales	52	90	6	10
Gesundheit	40	95	2	5
Finanzen	37	90	4	10
Justiz	36	88	5	12
Wirtschaft und Klimaschutz	33	82	7	18
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	27	82	6	18
Bildung und Forschung	25	86	4	14
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	19	83	4	17
Digitales und Verkehr	18	86	3	14
Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	21	100	0	0
Ernährung und Landwirtschaft	12	100	0	0
Anderes	10	100	0	0
Kultur	6	100	0	0
Auswärtiges	5	100	0	0
Verteidigung	5	100	0	0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	2	50	2	50
Summe	406	90	47	10

Großen Koalition (2018–2021) wurde ein größerer Anteil an Projekten, die bereits in der vorherigen Legislaturperiode angegangen worden waren, weitergeführt. Der Anteil der Status-quo-Versprechen war allerdings bereits in der ersten Auflage der Großen Koalition (2013–2017) mit 16 Prozent höher als bei der Ampel-Regierung: Ein Grund dafür ist mit Sicherheit, dass die CDU/CSU als Bundeskanzler:in-Partei weiterregierte, wenn auch mit anderem Koalitionspartner (SPD statt FDP). Auch wenn der Anteil an Status-quo-Versprechen der aktuellen Ampel-Regierung deutlich geringer ist, stellt eine absolute Anzahl von 47 Versprechen dennoch eine beachtliche, nicht zu vernachlässigende Anzahl dar.

Status-quo-Versprechen können auch für neu gebildete Regierungen eine wichtige innerkoalitionäre Funktion in Koalitionsverträgen übernehmen, beispielsweise zur expliziten Abwehr des Veränderungsbegehrens eines der Koalitionspartner, gegen das ein anderer Koalitionspartner aber sein Veto einlegt. Zur Absicherung wird dann ein Status-quo-Versprechen im Koalitionsvertrag festgeschrieben, um ein erneutes Vorbringen des umstrittenen Änderungsvorhabens von vornherein auszuschließen, wie etwa das Nein zum Tempolimit – ein zentrales Versprechen der FDP, das vor allem die GRÜNEN gerne verhindert hätten.

In Bezug zu den einzelnen Ressorts fällt auf, dass Anzahl und Anteil der Status-quo-Versprechen in den Ressorts mit einer mittleren Anzahl von Gesamtversprechen etwas höher ausfallen als bei den Ressorts mit den meisten und den wenigsten Versprechen. Die absolut und relativ meisten Status-quo-Versprechen finden sich in den Ressorts „Wirtschaft und Klimaschutz“ (7 Einzelversprechen, 18 Prozent – z. B. die Fortführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für die Sozialversicherungen) sowie „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ (6 Einzelversprechen, 18 Prozent – z. B. die Verstetigung des Programms „Sprach-Kitas“). Auch hier lassen sich einige Versprechen finden, die auf einen etwas höheren Grad der Streitigkeit und Divergenz zwischen den Parteien hindeuten, die sich in diesen Politikfeldern durch Status-quo-Versprechen etwas stärker gegen ungewünschte Veränderungsbegehren eines Koalitionspartners absichern möchten. Als Beispiele aus dem Ressort „Wirtschaft und Klimaschutz“ lassen sich die Status-quo-Versprechen, keine neuen Öl- und Gasbohrungen für die deutsche Nord- und Ostsee zu genehmigen, und das Festhalten am deutschen Atomausstieg nennen. Insgesamt zeigen sich aber die Veränderungsversprechen in allen Ressorts derart dominant, dass eine Überinterpretation dieser Ressortunterschiede vermieden werden sollte.

ABBILDUNG 7 **Einhaltung von Wahl- und Koalitionsversprechen aus Sicht der Bürger:innen**



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren (Fallzahl: 1.011)

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

TABELLE 5 Anzahl erfüllter, teilweise erfüllter und nicht erfüllter Versprechen

Ressortzuordnung	Anzahl Versprechen	voll erfüllt		teilweise erfüllt		im Prozess		angegangen		nicht erfüllt	
		absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Summe	453	141	31 %	33	7 %	55	12 %	62	14 %	162	36 %
Status-quo-Versprechen	47	32	68 %	6	13 %	1	2 %	3	6 %	5	11 %
Änderungsversprechen	406	109	27 %	27	7 %	54	13 %	59	15 %	157	39 %
Maßnahmenversprechen	445	138	31 %	31	7 %	55	12 %	60	13 %	161	36 %
Zielversprechen	8	3	38 %	2	25 %	0	0 %	2	25 %	1	12 %

Quelle: Koalitionsvertrag 2021 (Stichtag: 16.08.2023), eigene Recherche und Berechnung (ungewichtet).

| BertelsmannStiftung

Reformfreudige Ampel-Koalition mit vielen eingelösten Änderungs- und Maßnahmenversprechen – und noch vielen offenen Baustellen

Vergleicht man die verschiedenen Versprechenskategorien nach ihren Erfüllungsquoten, zeigt sich erneut und zugleich erwartbar, dass Status-quo-Versprechen einfacher zu erfüllen sind als Änderungsversprechen. Während von den Status-quo-Versprechen schon 81 Prozent vollständig oder teilweise erfüllt sind, liegt die entsprechende Erfüllungsquote der Änderungsversprechen mit lediglich 34 Prozent unterhalb der Erfüllungsquote aller Versprechen (38 Prozent). Für die Vorgängerregierung lag die Erfüllungsquote der Status-quo-Versprechen zur Halbzeit bei 78 Prozent und bei den Änderungsversprechen bei 46 Prozent, also etwas höher als bei der Ampel-Regierung. Betrachtet man jedoch die absoluten Umsetzungszahlen, ergibt sich ein anderes Bild. Hier schneidet die Ampel-Regierung mit insgesamt 136 bereits vollständig oder teilweise erfüllten Änderungsversprechen sogar besser ab als ihre Vorgängerin, die zur Halbzeit insgesamt 111 bereits erfüllte Änderungsversprechen verzeichnen konnte. Bei den Gesamtquoten schneidet die Ampel somit zwar anteilmäßig etwas schlechter ab als die Große Koalition, hat aber in absoluten Zahlen bereits fast ein Viertel (23 Prozent) mehr an konkreten Änderungsversprechen in Politik umgesetzt und damit eingelöst. Wiederum zeigt sich: Die Ampel hat sich die eigene Messlatte sehr hoch gelegt, und deshalb ist die Erreichung identischer Erfüllungsquoten für sie um einiges anspruchsvoller als für ihre Vorgängerregierung.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den Maßnahmenversprechen. Auch hier hat die Ampel bislang lediglich 38 Prozent ihrer im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen vollständig oder teilweise umgesetzt, gegenüber 53 Prozent zur Halbzeit der Großen Koalition 2019. Bei der absoluten Anzahl bereits eingelöster Maßnahmenversprechen liegt die Ampel aber wiederum deutlich vor ihrer Vorgängerin. Mit insgesamt 169 bereits vollständig oder teilweise eingelösten Maßnahmenversprechen liegt sie um etwa 20 Prozent über dem Wert der Großen Koalition mit 141 zur Halbzeit bereits umgesetzten Maßnahmenvorhaben. Gemessen an ihren eigenen Zielen bleibt sie also auch hier gegenüber ihrer Vorgängerregierung zurück, obwohl sie absolut mehr erreicht hat.

Dennoch bleibt, dass die Ampel-Regierung noch deutlich mehr offene Baustellen zu schließen hat, als das bei ihrer Vorgängerin zur Halbzeit der Fall war. Mit derzeit insgesamt 113 noch in der Umsetzung befindlichen und weiteren 157 noch gar nicht angegangenen Änderungsversprechen liegen noch viele Aufgaben vor der Ampel-Regierung, die sie in der zweiten Hälfte ihrer Legislaturperiode zu bewältigen hat. Ähnliches gilt auch für die Maßnahmenversprechen, von denen die Ampel noch insgesamt 115 in der laufenden Umsetzung hat und weitere 161, bei denen mit der Umsetzung noch nicht einmal begonnen worden ist.

Vertrauen in die Erfüllungstreue des Regierungshandelns wieder eingebrochen

Der Einbruch des Vertrauens in die Erfüllungstreue des Regierungshandelns (vgl. Abbildung 2) fällt für die

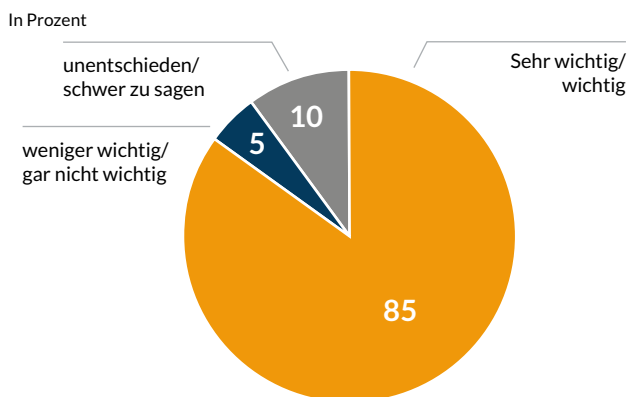
Ampel-Koalition noch einmal spürbar deutlicher aus als für die allgemeinere Beurteilung der Erfüllungstreue von Parteien bei der Umsetzung ihrer Wahl- und Koalitionsversprechen. Nur 6 Prozent der Menschen in Deutschland meinen, die Ampel- Regierung würde „alle, fast alle oder einen großen Teil“ ihrer im Koalitionsvertrag vereinbarten Versprechen umsetzen. „Im Allgemeinen“ danach gefragt, wie viele Versprechen aus Koalitionsverträgen und Wahlprogrammen der Parteien umgesetzt werden, sagen das immerhin noch 12 Prozent für Koalitionsvereinbarungen und 9 Prozent für die Umsetzung von Wahlversprechen. Die konkrete Umsetzungsleistung der Ampel-Regierung wird derzeit also noch einmal schlechter bewertet, als die allgemeine Einschätzung der Menschen über die Erfüllungstreue der Parteien es nahelegt.

Dasselbe Bild zeigt sich auch bei den Werten für die Einschätzung, es werde jeweils nur „ein kleiner Teil oder kaum welche“ der Versprechen umgesetzt. Hier meinen das für Koalitionsvereinbarungen im Allgemeinen 43 Prozent und für Wahlversprechen der Parteien 49 Prozent. Konkret nach den Umsetzungsleistungen der Ampel gefragt, sagen derzeit sogar mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent), dass die Ampel nur „einen kleinen Teil oder kaum welche“ ihrer Koalitionsversprechen umsetze.

ABBILDUNG 8 **Wie wichtig ist die Einhaltung von Wahlversprechen für die Bürger:innen?**

Vor Bundestagswahlen veröffentlichen Parteien ja in der Regel ihre Wahlprogramme. Diese Wahlprogramme enthalten Ziele und Vorhaben, die die Parteien umsetzen wollen bzw. für die sie sich einsetzen möchten. Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Partei, die Sie wählen, ihre Wahlversprechen hält?

Ist Ihnen das ...



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren (Fallzahl: 1.011).

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach
im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

Erneut zeigt sich, vergleichbar zur Halbzeitbilanz der Großen Koalition im Jahr 2019, eine deutliche Unterschätzung der tatsächlichen Umsetzungsleistung von Wahl- und Koalitionsversprechen. Allerdings hatte es die Große Koalition in ihrer zweiten Halbzeit der Legislaturperiode geschafft, diese Werte bis zu ihrer Schlussbilanz im Jahr 2021 deutlich zu verbessern. Zum Ende der Legislaturperiode 2021 hatte sich der Anteil der Menschen, die meinten, „alle, fast alle oder ein großer Teil“ würden umgesetzt, auf immerhin 22 Prozent mehr als verdoppelt. Gleichzeitig meinte nur noch gut ein Viertel (26 Prozent) der Menschen, es werde nur „ein kleiner Teil oder kaum welche“ der Versprechen umgesetzt, gegenüber immerhin noch 44 Prozent zur Halbzeitbilanz 2019. Zu dieser deutlichen Verbesserung und Annäherung der gefühlten an die tatsächliche Umsetzungsleistung der Regierung könnten die bessere Koalitionsperformanz und die letztendliche Umsetzung von fast 80 Prozent ihrer Versprechen aus dem Koalitionsvertrag 2018 einen großen Beitrag geleistet haben. Der Großen Koalition war es gelungen, nach ihrer eigentlich „rekordverdächtigen“ tatsächlichen Halbzeitbilanz, die aber von ihrer „grotenschlechten“ öffentlich wahrgenommenen Regierungspraxis nahezu vollständig überschattet wurde, das Blatt zu wenden und im Jahr 2021 eine auch öffentlich stärker wahrgenommene und anerkannte Schlussbilanz ihrer Regierungsarbeit vorzulegen.

Das zeigt, dass tatsächliche Umsetzungsleistungen durchaus die Chance haben, wahrgenommen und anerkannt zu werden, sofern sie nicht durch öffentlich ausgetragenen Streit und eine als prekär wahrgenommene Regierungspraxis zwischen den Koalitionsparteien überschattet werden. Insofern zeigt sich bei der amtierenden Ampel-Regierung ein durchaus vergleichbares Gesamtbild wie bei der Großen Koalition im Jahr 2019. Auch die Ampel-Regierung scheint ihre durchaus ambitionierte und vielversprechende Umsetzungsleistung zur Halbzeit durch einen seit Monaten öffentlich ausgetragenen Koalitionsstreit zu verspielen, der das Bild einer nicht funktionierenden Regierung vermittelt und sich in steigender Unzufriedenheit sowie sinkenden Umfragewerten der Regierungsparteien niederschlägt. Anstatt ihre tatsächlichen Umsetzungsleistungen zu erklären und sie mit Selbstbewusstsein in der Öffentlichkeit zu vertreten, wählt sie den Weg einer öffentlich inszenierten Streitpraxis über nahezu alle derzeit größeren Regierungsvorhaben, deren Umsetzung sie angeht.

Die Werte zeigen gerade im Vergleich zu 2019–2021 aber auch, dass sie durch die die Regierungspraxis und -kommunikation durchaus veränderbar und beeinflussbar sind. Die sehr gute Schlussbilanz der Großen Koalition scheint auch das in Meinungsumfragen messbare Vertrauen in die Erfüllungstreue des Regierungshandelns spürbar verbessert zu haben, nachdem die öffentlichen Streitereien innerhalb der Koalition im ersten Jahr ihrer Regierung überwunden und durch eine zumindest öffentlich als deutlich verbessert wahrgenommene Regierungspraxis abgelöst wurden. Die Große Koalition ist schließlich auch in der Einschätzung der Wählenden als eine sehr viel verlässlichere und umsetzungstreuere Regierung aus dem Amt geschieden, als ihre Halbzeitwerte es suggeriert hatten.

Vielen Menschen ist die Umsetzung von Wahlversprechen wichtig – aber bitte ohne Kompromisse

Wie wichtig den Menschen in Deutschland die Einhaltung von Wahlversprechen ist, zeigen die folgenden Zahlen: Befragt danach, wie wichtig es ihnen ist, dass die Partei, die sie wählen, ihre Wahlversprechen aus dem veröffentlichten Wahlprogramm auch tatsächlich einhalten, sage fast neun von zehn (85 Prozent) der Bürger:innen, es sei ihnen „sehr wichtig oder wichtig“. Nur jedem zwanzigsten Befragten (5 Prozent) ist es „weniger oder gar nicht wichtig“. Eine:r von zehn Befragten zeigt sich „unentschieden“ oder meint, das sei „schwer zu sagen“. Die Werte zeigen sehr deutlich, dass die allermeisten Wählenden in Deutschland von den Parteien ein hohes Maß an Erfüllungstreue gegenüber ihren veröffentlichten und in Wahlkämpfen vertretenen Parteiprogrammen verlangen. Sie wünschen sich Parteien, die ihre programmatischen Festlegungen ernst nehmen und diese nach der Wahl auch umsetzen.

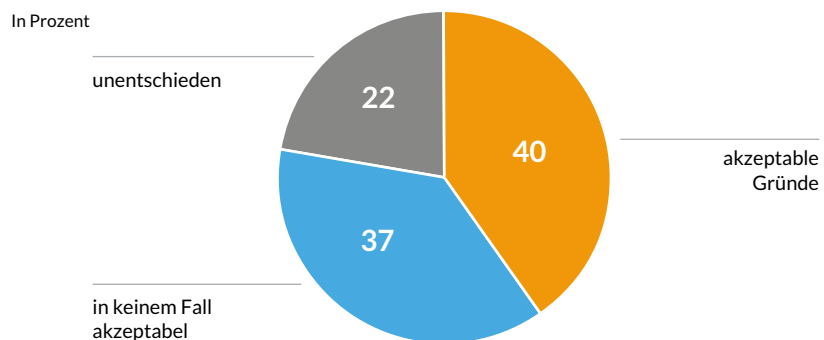
Diese sehr ausgeprägte Erwartungshaltung an die Parteien geht einher mit einer deutlich weniger

stark ausgeprägten Toleranz der Menschen mit Blick auf „akzeptable Gründe“, warum Wahlversprechen sich nicht umsetzen lassen. Gefragt danach, ob sie die Nichteinhaltung von Wahlversprechen in keinem Fall akzeptabel finden oder ob es aus ihrer Sicht auch „akzeptable Gründe“ geben kann, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden, sagt nur eine relative Minderheit der Menschen (40 Prozent), es könne solche akzeptablen Gründe geben. Fast genau so viele Menschen (37 Prozent) sind der Meinung, es sei „in keinem Fall akzeptabel“, Wahlversprechen nicht einzulösen, können sich also keine Gründe vorstellen, die sie persönlich als gute Gründe für die Nichteinhaltung von Wahlversprechen akzeptieren würden. Etwas mehr als jede:r Fünfte (22 Prozent) zeigt sich in dieser Frage „unentschieden“. Bei fast zwei Drittel aller Menschen in Deutschland können sich somit die Parteien nicht von vornherein auf Verständnis dafür verlassen, wenn sie beispielsweise in einer Koalition mit anderen Parteien zu Kompromissen gezwungen sind und deshalb ihre Wahlversprechen nicht oder nur teilweise einlösen können.

Und selbst von jenen, die sich akzeptable Gründe für die Nichteinlösung von Versprechen vorstellen können, sagt nur ein knappes Drittel (31 Prozent), dass Kompromisse mit anderen Parteien – beispielsweise in einer Regierungskoalition mit anderen Parteien – für sie ein solcher akzeptabler Grund sein könnten. Nur

ABBILDUNG 9 Ist es akzeptabel Wahlversprechen nicht umzusetzen?

Wenn Parteien ihre Wahlversprechen nicht umsetzen: Halten Sie das in keinem Fall für akzeptabel, oder kann es aus Ihrer Sicht auch akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden?



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren (Fallzahl: 1.011).

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

eine:r von sieben aller Wählenden in Deutschland erkennt somit die Notwendigkeit von Koalitionskompromissen als einen akzeptablen Grund an, eigene Wahlversprechen nicht einzuhalten.

Ein neuer „latenter Verfassungskonflikt“?

Für die Regierungspraxis einer parlamentarischen Demokratie mit einem zunehmend fragmentierten Parteiensystem sind solche Werte eine nicht zu unterschätzende Belastung. Parlamentarisches Regieren in Vielparteienkoalitionen beruht auf der Fähigkeit zum Kompromiss und der Bereitschaft und Akzeptanz, in aufwändigen Aushandlungsprozessen zwischen den Parteien solche Kompromisse zu finden. Sie sind das „strahlende Grau“ der parlamentarischen Demokratie, die ohne derartige Kompromisse gar nicht funktionieren könnte. Im Gegenteil: Kompromisse sind sogar ihre legitimatorische Basis. Das Hervorbringen solcher Kompromisse ist ihr „Output“ und das gewollte und angestrebte Ergebnis der parlamentarischen Regierungsform. Die geringe Akzeptanz solcher Kompromisse, die in den hier vorgelegten Umfragezahlen durchscheinen, ist deshalb eine nicht unerhebliche Belastung ihres Funktionierens.

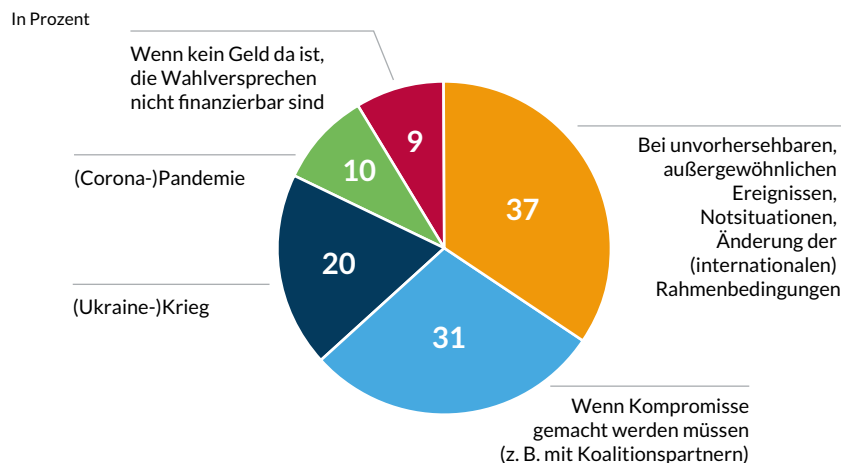
Man könnte erneut von einem „latenten Verfassungskonflikt“ sprechen. Jedenfalls könnten sie derart interpretiert werden, dass bei vielen Menschen in Deutschland der Kompromiss als Essenz der parlamentarischen Regierungsform einen sehr viel schlechteren Ruf genießt, als es eine nachhaltig breite Akzeptanz und Unterstützung dieser Regierungsform eigentlich erfordern würde. Zumindest würde das Geschäft der Regierenden in einer Vielparteienkoalition deutlich erleichtert werden, wenn die Hervorbringung solcher Kompromisse als originäre Leistung und legitimatorische Basis parlamentarischen Regierens von den Wählenden auch anerkannt würde.

Voraussetzung dafür könnte aber sein, dass die Regierungspraxis selbst dies spiegelt und es ermöglicht, ihre Kompromisse nicht als als öffentliche Streit- und parteipolitisch motivierte Intrigenpraxis, sondern als gemeinsame Regierungsleistung und Zeichen ihrer eigenen Leistungsfähigkeit zu begreifen und zu vermitteln.

Jedenfalls werden sich Politik und Wählende in Deutschland an lagerübergreifende Vielparteienkoalitionen, in denen keine der regierenden Parteien ihre Wahlversprechen eins zu eins durchsetzen kann, wohl gewöhnen müssen. Sie sind das Ergebnis einer sich fragmentierenden, zum Teil polarisierenden Wahl- und Parteienlandschaft. Für die handelnden Parteien, die Wählenden und auch die öffentliche und veröffentlichte Meinung ist dieser Gewöhnungsprozess an den noch einmal sehr viel ausgeprägteren Kompromisscharakter von Regierungshandeln im neuen parlamentarischen Vielparteiensystem noch eine Herausforderung. Das zeigen auch die in dieser Studie vorgelegten Ergebnisse und Meinungsbilder, die darauf hinweisen, dass diese Gewöhnungsprozesse für alle Akteur:innen eine Herausforderung darstellen.

ABBILDUNG 10 Akzeptable Gründe für den Bruch von Wahlversprechen

Es kann akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden. In welchen Fällen finden Sie es akzeptabel, wenn Parteien Wahlversprechen nicht umsetzen? Was würden Sie nennen?



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren (Fallzahl: 427).

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Juli 2023).

„Es könnte so schön sein“ oder: die zweite Ampel-Halbzeit als Chance!

Dabei könnte es in der Ampel „so schön sein“: Befragt danach, wem die Menschen in Deutschland welche Koalitionsversprechen parteipolitisch zuschreiben, zeigt sich nämlich ein erstaunlich gut zusammenpassendes und stimmiges Gesamtbild der Ampel-Regierung. Das Gesamtnarrativ ihres ambitionierten Koalitionsvertrages und das Selbstbild der Ampel als soziale, ökologische und technologische Fortschrittskoalition spiegelt sich jedenfalls durchaus in der Zuschreibung der Menschen.

Der SPD werden weit überwiegend die sozialpolitischen Regierungsvorhaben zugeschrieben, den GRÜNEN die ökologischen und der FDP die eher technologieorientierten, gepaart mit der Schuldenbremse als eines ihrer Kernprojekte innerhalb der Ampel-Regierung. Abbildung 7 zeigt dabei aus der Liste derjenigen Koalitionsversprechen, die weit mehrheitlich jeweils einer der drei Regierungsparteien zugeschrieben werden, eine Auswahl von je drei für ihr Parteiprofil typischen Versprechen, die gleichzeitig den beiden anderen Parteien so gut wie gar nicht oder zumindest weniger häufig zugeschrieben werden.

So wird die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro von 80 Prozent der Menschen der SPD zugeschrieben, während das nur 7 Prozent bei der FDP und nur 5 Prozent bei den GRÜNEN tun. Gleichzeitig wird der Ausbau erneuerbarer Energien von 81 Prozent den

GRÜNEN zugeschrieben, nur von 7 Prozent dagegen der SPD und nur von 3 Prozent der FDP. Etwas abgeschwächt zeigt sich das für die FDP bei der Planungsbeschleunigung, die von immerhin 45 Prozent der Menschen der FDP, aber nur von 31 Prozent der SPD und von 10 Prozent den GRÜNEN zugeschrieben wird. Etwas deutlicher wird die Profilbildung der FDP noch bei der Einhaltung der Schuldenbremse, die von 69 Prozent der Menschen der FDP zugeschrieben wird, während diese Koalitionsvereinbarung von nur 16 Prozent bei der SPD und nur 4 Prozent bei den GRÜNEN verortet wird.

Das zeigt: Die drei Ampel-Parteien werden von den Menschen mit jeweils klaren Profilen innerhalb der Regierungskoalition wahrgenommen. Die drei Facetten ihres Fortschrittsnarrativs, die soziale, ökologische und eher technologische Modernisierung der Gesellschaft, werden sogar weitgehend oder zumindest einigermaßen konkurrenzfrei jeweils einer der drei Koalitionsparteien zugeschrieben. Würde die Ampel daraus nicht nur in ihrer tatsächlichen Umsetzungsaktivität, sondern auch in ihrer öffentlichen Regierungspraxis ein gemeinsames Bild entstehen lassen, könnten die Aussichten für die zweite Halbzeit ihrer Regierung jedenfalls glänzender sein, als die Wahrnehmung ihrer bisherigen Regierungspraxis es vermuten lässt. Genügend noch offene Baustellen auch größerer Regierungsvorhaben aus ihrem ambitionierten Koalitionsvertrag, um das unter Beweis zu stellen, stehen ihr dafür zur Verfügung. Aber wird sie diese Chance auch nutzen?

TABELLE 6 Die Einzelversprechen im Überblick aktualisiert zum Stichtag: 16.08.2023

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	angegangen	nicht erfüllt
1	Digitalisierungsscheck für Gesetze	Inneres und Heimat	9	202-203		✓			
2	Einrichtung eines Zentrums für Legistik	Justiz	9	203			✗		
3	Schaffung eines digitalen Gesetzgebungsportals	Justiz	10	204-205					○
4	Einführung einer Synopse zur Gegenüberstellung der aktuellen Rechtslage und geplanten Änderungen in Gesetzesentwürfen	Justiz	10	206-207		✓			
5	Einführung von Bürgerräten durch den Bundestag	Bildung und Forschung	10	211-214		✓			
6	Nachschrärfung des Lobbyregistergesetzes: Einbeziehung von Kontakten zu Ministerien ab Referentenebene	Inneres und Heimat	10	218-222			✗		
7	Offenlegen des Einflusses Dritter auf Gesetzesentwürfe der Bundesregierung und des Bundestages („Fußabdruck“)	Anderes	10	222-225					○
8	Herabsetzung der Veröffentlichungspflicht von Parteispenden auf 35.000 Euro und Einführung der Veröffentlichungspflicht bei Spenden und Mitgliedsbeiträgen von mehr als 7.500 Euro pro Jahr	Inneres und Heimat	10	231-234					○
9	Überarbeitung Parteiengesetz: im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen mehr digitale Beschlussfassungen und Ermöglichung digitaler Wahlen	Inneres und Heimat	10-11	237-240					○
10	Weiterentwicklung der Informationsfreiheitsgesetze zu einem Bundestransparenzgesetz	Inneres und Heimat	11	247-248					○
11	Abschluss einer Zusatzvereinbarung zum Bonn-Berlin-Gesetz mit Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz	Anderes	11	258-259				✗	
12	Überarbeitung des Wahlrechts innerhalb des ersten Jahres: Verkleinerung des Bundestages in Richtung der gesetzlichen Regelgröße, keine Verzerrung durch Überhangmandate	Inneres und Heimat	11	262-265	✓				
13	Erneuter Einsatz der „Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit“	Inneres und Heimat	11	267-272	✓				
14	Absenkung des Wahlalters bei Europawahlen auf 16 Jahre	Inneres und Heimat	12	273	✓				
15	Grundgesetzänderung zur Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre	Inneres und Heimat	12	274-275				✗	
16	Ausbauen des digitalen Portals für Umweltdaten zu einem öffentlich nutzbaren zentralen Archiv für Kartierungs- und Artendaten	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	12	300-304			✗		
17	Einführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung zur Beschleunigung von Verwaltungsverfahren in Kombination mit einer Mitwirkungspflicht für die anerkannten Naturschutzverbände und die betroffene Öffentlichkeit	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	13	308-310				✗	
18	Einführung der materiellen Präklusion (Beschleunigung von Verwaltungsverfahren)	Justiz	13	310-312		✓			

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
3,2	DF	Nicht vorhanden	3,8	Der Digitalisierungsscheck wird umgesetzt, jedoch optional.
2,0	SI	Nicht vorhanden	2,6	An der Einrichtung des Zentrums wird gearbeitet und Informationen sind bereits veröffentlicht.
3,0	DF	Nicht vorhanden	3,6	Es gibt weiterhin kein digitales Gesetzgebungsportal.
2,5	SI	Nicht vorhanden	3,4	Die Geschäftsordnung des Bundestages wurde angepasst, sodass Synopsen beigefügt werden sollen. Es ist keine verpflichtende Regel.
3,3	GF	Nicht vorhanden	4,4	Ein Bürgerrat ist ausgeschrieben und für Herbst 2023 geplant.
2,6	SI	Nicht vorhanden	2,8	Ein Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lobbyregisters wurde im Bundestag beraten und befindet sich im Gesetzgebungsprozess.
3,3	GF/SI	Nicht vorhanden	4,0	Die Bundesregierung und der Bundestag haben bislang keine Einflüsse Dritter offengelegt oder entsprechende Zusätze in Gesetzesentwürfen eingefügt.
3,0	GF/SI	Nicht vorhanden	3,6	Die Herabsetzung auf 7.500 Euro wurde nicht umgesetzt.
2,8	SI	Nicht vorhanden	2,8	Keine Veränderung von § 9 des Parteiengesetzes.
3,0	SI	Nicht vorhanden	3,2	Bisher existieren keine Vorlagen für ein Bundestransparenzgesetz.
2,0	SI	Nicht vorhanden	2,2	Die Erarbeitung einer Zusatzvereinbarung ist in der Anfangsphase der Verhandlungen.
4,2	SI	Nicht vorhanden	3,2	Der Bundestag hat am 17.03.2023 die Wahlrechtsreform zur Reduzierung der Abgeordnetenzahl beschlossen.
3,7	SI	Nicht vorhanden	3,6	Die Kommission wurde nach einem Beschluss des Bundestages vom 16.03.2022 eingesetzt.
4,0	GF	Nicht vorhanden	4,2	Das Wahlrecht für Europawahlen wurde im September 2022 auf 16 Jahre herabgesenkt.
4,0	GF	Nicht vorhanden	4,2	Eine Empfehlung der Wahlrechtskommission liegt vor. Das Wahlalter für Bundestagswahlen wurde bisher nicht gesenkt.
2,7	DF	Nicht vorhanden	3,6	Das Web-Portal befindet sich im Aufbau und soll bis 2025 fertiggestellt werden.
3,5	ÖF/SI	Nicht vorhanden	3,8	Eine Studie zur Evaluation von Öffentlichkeitsarbeit wurde durchgeführt. Eine Mitwirkungspflicht existiert bislang nicht.
1,8	-	Nicht vorhanden	3,2	Es wurde nicht jedes Verfahren durch eine Präklusion beschleunigt. Bisher wurde nur im März 2023 ein Gesetz zur Beschleunigung der Verfahrensdauer im Infrastrukturbereich verabschiedet.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
19	Kurze Fristen zum Erlass des Planfeststellungsbeschlusses bei besonders prioritären Vorhaben, z. B. systemrelevante Bahnstrecken, Stromtrassen und Ingenieursbauwerke (z. B. kritische Brücken), beginnend u. a. mit Schienenprojekten aus dem Deutschlandtakt	Digitales und Verkehr	13	320-335		✓			
20	Beschleunigung Verwaltungsgerichtsverfahren durch einen „frühen ersten Termin“	Justiz	14	346-350	✓				
21	Einführung einer bundeseinheitlichen gesetzlichen Standardisierung im Artenschutzrecht, insbesondere Signifikanzschwellen	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	14	352-353		✓			
22	Errichtung von Anlagen zur Erzeugung oder zum Transport von Strom aus Erneuerbaren Energien sowie der Ausbau elektrifizierter Bahntrassen als öffentliches Interesse gesetzlich festschreiben	Wirtschaft und Klimaschutz	14	357-361	✓				
23	Einsetzen einer ressortübergreifenden Steuergruppe für die Umsetzung von Beschleunigungsvorhaben	Digitales und Verkehr	14	372-373	✓				
24	Einführung eines zusätzlichen zentralen Digitalbudgets	Digitales und Verkehr	15	380-381				✗	
25	Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes: Standardisierung und Vereinheitlichung von IT-Verfahren nach dem Einer-für-alle-Prinzip (EfA)	Digitales und Verkehr	15	394-397			✗		
26	Föderale IT-Kooperation (FITKO) wird zur Einheit mit einem mehrjährigen Globalbudget	Digitales und Verkehr	15	397-399			✗		
27	Aufbau einer Cloud der öffentlichen Verwaltung	Digitales und Verkehr	15	405-407			✗		
28	Aufbau eines bundesweiten Gigabit-Grundbuchs	Digitales und Verkehr	16	414-415	✓				
29	Einführung eines Rechts auf Verschlüsselung	Digitales und Verkehr	16	428-431					○
30	Verpflichtung aller staatlichen Stellen, ihnen bekannte Sicherheitslücken beim BSI zu melden	Inneres und Heimat	16	438-439					○
31	Ablehnung von „Hackbacks“ als Methode der Cyberabwehr	Inneres und Heimat	16-17	441-442		✓			
32	Aufbau eines Dateninstituts, das Datenverfügbarkeit und -standardisierung vorantreibt	Digitales und Verkehr	17	450-452			✗		
33	Schaffung der rechtlichen Grundlagen für Maßnahmen zum Aufbau von Dateninfrastruktur durch ein Datengesetz	Digitales und Verkehr	17	446-456			✗		
34	Einführung der Strafbarkeit von rechtswidriger De-anonymisierung	Justiz	17	456-458					○
35	Institutionalisierung der Datenschutzkonferenz im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)	Digitales und Verkehr	17	459-463					○
36	Wahrung anonymer und pseudonymer Online-Nutzung	Digitales und Verkehr	18	477	✓				
37	Einführung eines Gesetzes gegen digitale Gewalt	Justiz	18	478-479				✗	
38	Ermöglichung von richterlich angeordneten Accountsperrern	Justiz	18	479-481				✗	
39	Europarechtlicher Ausschluss von biometrischer Erkennung im öffentlichen Raum sowie automatisierte staatliche Scoring Systeme durch KI	Anderes	18	496-497			✗		
40	Nutzung der Abwärme von Rechenzentren und ab 2027 sind neue Rechenzentren klimaneutral zu betreiben	Wirtschaft und Klimaschutz	18	502-504			✗		

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
4,2	SI	Nicht vorhanden	4,0	Die Bundesregierung hat bereits mehrere Planungsbeschleunigungspakete auf den Weg gebracht. Der zweite Teil des Planungsbeschleunigungspaketes III befindet sich in Abstimmung innerhalb der Bundesregierung.
2,6	SI	Nicht vorhanden	3,8	Der Bundestag hat am 10.02.2023. das „Gesetz zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich“ beschlossen, welches Regelungen zum „frühen ersten Termin“ enthält.
2,7	ÖF	Nicht vorhanden	3,4	Es wurde im Juli 2022 ein derartiges Änderungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz verabschiedet, welche sich jedoch nur auf den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen bezieht.
3,2	ÖF/SI	Nicht vorhanden	4,3	Am 07.07.2022 wurde der „Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ beschlossen.
3,4	SI	Nicht vorhanden	3,5	Eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe wurde Anfang 2022 eingesetzt.
3,2	DF	Nicht vorhanden	3,6	Das Digitalbudget befindet sich in der Planungsphase.
3,4	SI	Nicht vorhanden	2,8	Ein Regierungsentwurf „zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung“ liegt vor.
3,0	DF	Nicht vorhanden	3,4	Der IT-Planungsrat hat vorgeschlagene Änderungen zu einem dauerhaften Digitalisierungsbudget beschlossen. Weitere Ratifizierungen stehen aus.
3,3	DF/SI	Nicht vorhanden	4,0	Ein Konzept liegt vor und wurde bereits pilotiert. Verabschiedung durch den IT-Planungsrat steht aus.
3,0	DF	Nicht vorhanden	3,6	Das Gigabit-Grundbuch ist veröffentlicht und online.
2,7	DF	Nicht vorhanden	3,2	Kein Recht auf Verschlüsselung eingeführt.
2,5	DF	Nicht vorhanden	3,2	Weiterhin sind nur Bundesbehörden zur Meldung an das BSI verpflichtet.
2,3	DF	Nicht vorhanden	3,0	Gesetzesänderungen zum Ermöglichen von Hackbacks im Gespräch, allerdings sind keine durchgeführt worden oder Gesetzesvorlagen vorhanden.
2,3	DF	Nicht vorhanden	3,4	Es wurde eine Gründungskommission eingesetzt, deren Arbeit noch nicht abgeschlossen ist.
3,2	DF	Nicht vorhanden	3,5	Das Europäische Parlament und der Rat der EU haben sich auf ein europäisches Datengesetz geeinigt, dessen formale Veröffentlichung noch aussteht.
2,7	DF	Nicht vorhanden	3,6	Keine Veränderungen an der DSGVO oder dem Bundesdatenschutzgesetz.
2,5	SI	Nicht vorhanden	3,4	Keine Institutionalisierung der Datenschutzkonferenz.
2,5	DF	Nicht vorhanden	3,0	Eine anonyme und pseudonyme Online-Nutzung ist weiterhin möglich.
3,3	DF/GF	Nicht vorhanden	3,8	Ein Eckpunktepapier für ein Gesetz wurde veröffentlicht.
2,3	DF	Nicht vorhanden	3,0	Ein Eckpunktepapier für ein Gesetz wurde veröffentlicht.
2,6	-	Nicht vorhanden	3,2	Das Europäische Parlament und der Rat der EU haben sich auf ein europäisches Datengesetz geeinigt, dessen formale Veröffentlichung noch aussteht.
2,6	ÖF	Nicht vorhanden	3,7	Es liegt ein Referentenentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz „zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes“ vor.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
41	Einführung eines Umweltmanagementsystems nach EMAS (Eco Management and Audit Scheme) für öffentliche Rechenzentren bis 2025	Wirtschaft und Klimaschutz	18	504-505			X		
42	Schaffung eines GründerInnen-Stipendiums	Finanzen	19	514-515					○
43	Verstetigung der Förderung des Game-Standorts Deutschland	Wirtschaft und Klimaschutz	19	518-519				X	
44	Erhöhung des Anteils der gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des BIP bis 2025	Finanzen	19	537-539			X		
45	Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI)	Bildung und Forschung	20-21	574-581	✓				
46	Errichtung eines neuen Forschungszentrums der Helmholtz-Gemeinschaft für Altersforschung	Bildung und Forschung	21	591-593				X	
47	Agentur für Sprunginnovation: Mehr finanzielle Mittel und Evaluierung	Bildung und Forschung	21	602-605			X		
48	Einführung eines Forschungsdatengesetzes sowie Forschungsklauseln	Bildung und Forschung	21	609-611				X	
49	Einführung eines Bundesprogrammes „Digitale Hochschule“ zur Förderung von Lehre, Qualifizierungsmaßnahmen, digitale Infrastrukturen und Cybersicherheit	Bildung und Forschung	22	625-627					○
50	Exzellenzstrategie: einmalig zusätzliche Mittel für weitere Cluster	Bildung und Forschung	22	633-636	✓				
51	Erhaltung der Dynamisierung des Paktes für Forschung und Innovation (PFI)	Bildung und Forschung	22	639-642	✓				
52	Reform WissZeitVG: Vertragslaufzeiten von Promotionsstellen an die gesamte erwartbare Projektlaufzeit knüpfen und Schaffung von Dauerstellen für Daueraufgaben	Bildung und Forschung	23	655-661				X	
53	Reform WissZeitVG: Einführung einer verbindlichen familien- und behindertenpolitischen Komponente in der Wissenschaft	Bildung und Forschung	23	663				X	
54	Verstetigung des Tenure-Track-Programms	Bildung und Forschung	23	663-664					○
55	Bund-Länder-Programm zur Förderung von 1) alternativen Karrieren außerhalb der Professur, 2) Diversity- Management, 3) modernen Governance-, Personal- und Organisationsstrukturen	Bildung und Forschung	23	666-669					○
56	Ausbau europäischer Hochschulnetzwerke	Bildung und Forschung	23	674-675	✓				
57	Plattform zur Rekrutierung von internationalen Spitzen-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern	Bildung und Forschung	23	676-678					○
58	Erhöhung der institutionellen Förderung von Deutschem Akademischen Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) analog zum Pakt für Forschung und Innovation	Bildung und Forschung	24	679-680	✓				
59	Mindestquoten für klimafreundliche Produkte in der öffentlichen Beschaffung	Wirtschaft und Klimaschutz	26	763-764				X	
60	Einführung von Quoten für grünen Wasserstoff in der öffentlichen Beschaffung	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	26	770-773					○

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
3,0	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Der Entwurf des Energieeffizienzgesetzes wurde vom Bundeskabinett beschlossen.
2,8	SF/GF	Implizit vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,0	DF	Nicht vorhanden	2,6	Eine Budgetanpassung des bereits laufenden Förderprogramms wurde vorgenommen. Die Games-Strategie muss noch umgesetzt werden.
3,7	DF	Nicht vorhanden	3,8	Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben stiegen 2021 um 5,6 Prozent auf einen Anteil von 3,13 Prozent am BIP.
2,3	SI	Nicht vorhanden	3,2	Die Agentur ist gegründet und am BMBF angesiedelt. Das Förderprogramm DATI-pilot ist gestartet.
1,5	GF	Nicht vorhanden	2,2	Erste Konzepte zur Errichtung des Zentrums sollen nach Presseberichten vorliegen.
3,2	DF	Nicht vorhanden	3,0	Ein Kabinettsentwurf für das sog. „SPRIND-Freiheitsgesetz“ liegt vor.
2,0	DF	Nicht vorhanden	3,2	Eine öffentliche Konsultation zum Thema des Forschungsdatengesetzes wurde durchgeführt. Konzeptionelle Überlegungen zur Umsetzung in einem Gesetzesentwurf laufen im Ministerium.
2,2	DF	Nicht vorhanden	3,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,0	Ende 2022 hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz eine Weiterentwicklung der Exzellenzstrategie beschlossen. Diese beinhaltet eine Erhöhung der Exzellenzcluster auf 70 sowie Fördermittel in Höhe von 539 Millionen jährlich.
3,0	GF	Nicht vorhanden	2,8	Bis zum Ende der aktuellen Laufzeit 2023 ist weiterhin eine jährliche Steigerung des Budgets des PFI von 3 Prozent vorgesehen.
2,8	SF	Implizit vorhanden	3,3	Der aktuell vorliegende Entwurf für eine Novellierung des Befristungsrechts für die Wissenschaft sieht zwar höhere gesetzliche Vorgaben für Befristungen vor wie eine regelmäßige Mindestvertragslaufzeit für 3 Jahre während der Promotion, eine Koppelung an die Projektdauer oder die Einrichtung von mehr Dauerstellen finden sich nicht.
2,7	SF	Nicht vorhanden	3,2	Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat einen Reformvorschlag für das Wissenschaftszeitvertragsgesetz gemacht. In den konkreten Umsetzungsvorschlägen ist jedoch keine Erwähnung einer solchen verpflichtenden Komponente zu finden, nur allgemeinere Anpassungen zu familien- und inklusionspolitischen Regelungen.
2,3	GF/SI	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	GF	Implizit vorhanden	3,3	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,6	GF	Nicht vorhanden	3,2	In der aktuellen Auswahlrunde der „Europäischen Hochschulen“ wurden 29 deutsche Hochschulen ausgewählt, wodurch sich die Gesamtzahl der deutschen Hochschulen auf 51 erhöht hat.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,3	Die Bundesregierung hat zwar erneut bekräftigt, eine entsprechende Plattform zu entwickeln, konkrete Fortschritte oder Pläne ließen sich allerdings bislang nicht finden.
2,5	GF	Nicht vorhanden	2,8	Sowohl die Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) als auch der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) erhalten mit dem Haushaltsentwurf für 2023 eine höhere Grundfinanzierung (auch institutionelle Förderung genannt).
3,4	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Es hat eine öffentliche Konsultation zur „Transformation des Vergaberechts“ stattgefunden, aber konkrete Entwürfe für eine Novellierung des Vergaberechts liegen bislang nicht vor.
3,2	ÖF	Nicht vorhanden	4,0	Keine eingeführten Quoten zu öffentlicher Beschaffung von Wasserstoff.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
61	Entwicklung einer neuen Raumfahrtstrategie	Wirtschaft und Klimaschutz	27	810-811				X	
62	Einstufung des Marine-Unter- und Überwasserschiffbaus sowie des Behörden- und Forschungsschiffbaus als Schlüsseltechnologien	Verteidigung	28	825-827					○
63	Fortführung der Innenstadtstrategie des Bundes, insbesondere das Programm „Lebendige Zentren“	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	29	860-863	✓				
64	Schaffung Modernisierungsprogramms „Zukunft Tourismus“	Wirtschaft und Klimaschutz	29	883-885					○
65	Etablierung „Nationale Plattform Zukunft des Tourismus“	Wirtschaft und Klimaschutz	29-30	888-890	✓				
66	Umgang mit Meldescheinen erfolgt vollständig digital	Inneres und Heimat	30	891-892					○
67	Start-up-Strategie	Wirtschaft und Klimaschutz	30	898	✓				
68	Ermöglichung von Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden durch die Schaffung von „One-Stop-Shops“	Wirtschaft und Klimaschutz	30	902-904					○
69	Anhebung des Steuerfreibetrages	Finanzen	30	910-911			X		
70	Erarbeiten einer nationalen Strategie für Sozialunternehmen zur Unterstützung gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialer Innovationen	Wirtschaft und Klimaschutz	30	911-914				X	
71	Nutzung verwaister Konten zur Förderung des Gemeinwohls	Wirtschaft und Klimaschutz	30	919-920					○
72	Schaffen eines Reallabor- und Freiheitszonengesetzes, das übergreifende Standards für Reallabore und Experimentierklauseln festschreibt	Wirtschaft und Klimaschutz	31	929-934					○
73	Evaluation und Weiterentwicklung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB): Stärkung des Bundeskartellamts, Reformierung Ministererlaubnisverfahren (Klagemöglichkeiten gegen Ministererlaubnis)	Wirtschaft und Klimaschutz	31	940-946	✓				
74	Verpflichtung zur Interoperabilität für marktbeherrschende Unternehmen im GWB	Wirtschaft und Klimaschutz	31	948-951			X		
75	Neues Bürokratieentlastungsgesetz	Justiz	32	959-962				X	
76	Fortsetzung „One-in-one-out“ Regelung („Bürokratiebremse“)	Justiz	32	962-963					○
77	Entwicklung systematisches Verfahren zur Überprüfung des bürokratischen Aufwands von Gesetzen und Regelungen (Praxischeck)	Justiz	32	963-965				X	
78	Einführung „Once-only“ Prinzip (Bürgerinnen bzw. Bürger müssen Daten und Dokumente nur ein Mal mitteilen)	Inneres und Heimat	32	967-968			X		
79	Novellierung des Postgesetzes	Wirtschaft und Klimaschutz	32	975-976				X	
80	Integration einer Wohlstandsberichterstattung in den Jahreswirtschaftsbericht: auch Erfassung ökologischer, sozialer und gesellschaftlicher Dimensionen des Wohlstands	Wirtschaft und Klimaschutz	32	980-981	✓				

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,4	SI	Nicht vorhanden	2,8	Die Weltraumstrategie befindet sich in Ressortabstimmung.
1,8	DF	Nicht vorhanden	2,4	Keine Einstufung der Schiffarten als Schlüsseltechnologie über die der Vorgängerregierung hinaus.
2,8	GF	Implizit vorhanden	2,6	Es wurde kein Ende des Programms beschlossen. Im Finanzplan 2022-2026 wird die weitere Förderung des Programms gewährleistet und das Programm „Lebendige Zentren“ mit 300 Mio. Euro für 2023 gesichert.
2,0	-	Nicht vorhanden	2,4	Es wurde kein Programm „Zukunft Tourismus“ eingeführt.
2,4	-	Nicht vorhanden	2,2	Das Kabinett hat die „Nationale Plattform Zukunft des Tourismus“ beschlossen. Die Auftaktveranstaltung hat am 11.05.2023 stattgefunden.
3,0	DF	Nicht vorhanden	3,4	Die Möglichkeit des digitalen Meldescheins wurde in der alten Legislatur bereits beschlossen. Eine Neuaufstellung mit vollständiger digitaler Meldung wurde in der neuen Legislatur noch nicht umgesetzt.
3,2	-	Nicht vorhanden	3,2	Die Bundesregierung hat am 27.07.2022 die Start-Up Strategie beschlossen.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,4	Die Einführung von One-Stop-Shops zur Unternehmensgründung binnen 24 Stunden wurde in der Start-Up-Strategie der Bundesregierung am 27.07.22 beschlossen. Dennoch wurden die One-Stop-Shops (OSS) bisher nicht umgesetzt.
3,3	-	Implizit vorhanden	2,8	Die Erhöhung des Steuerfreibetrages bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung ist Teil des Zukunftsfinanzierungsgesetzes, zu dem aktuell ein Referentenentwurf vorliegt.
3,2	GF	Implizit vorhanden	3,3	Die „Nationale Strategie für Sozialunternehmen und Soziale Innovationen“ wird momentan vom BMWK und BMBF erarbeitet. Konsultationen hierfür haben bereits stattgefunden.
2,2	GF/SI	Nicht vorhanden	3,5	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,0	DF	Nicht vorhanden	3,2	Ein Reallabor- und Freiheitszonengesetz wurde bisher nicht beschlossen und befindet sich nicht im Gesetzgebungsverfahren.
3,0	-	Nicht vorhanden	3,0	Im Juli 2023 hat der Bundestag die Novelle des Wettbewerbsrechts verabschiedet.
2,7	-	Nicht vorhanden	3,6	Das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze“ ist mittlerweile durch die dritte Lesung im Bundestag und ist erfolgreich verabschiedet, aber noch nicht verkündet.
4,3	SI	Nicht vorhanden	3,6	Ein neues Bürokratieentlastungsgesetz liegt noch nicht vor. Es wurde im Ausschuss beraten und Vorschläge von Verbänden gesammelt, die nun im Staatssekretärsausschuss beraten werden.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,2	Es gibt eine Negativbilanz.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,7	Momentan befindet sich ein neues Bürokratieentlastungsgesetz in Erarbeitung, welches möglicherweise auch den versprochenen Praxischeck enthält.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,2	Das once-only-Prinzip soll im Onlinezugangsgesetz (OZG) verankert werden. Für diese Änderung liegt unterdessen ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung vor, welcher bereits im ersten Durchgang im Bundesrat war.
2,6	-	Nicht vorhanden	2,8	Aktuell liegt ein Eckpunktepapier für die Novellierung des Postgesetzes vor, an dessen Umsetzung zurzeit gearbeitet wird.
2,0	GF	Nicht vorhanden	3,2	Sowohl der Jahreswirtschaftsbericht 2022 als auch der Jahreswirtschaftsbericht 2023 enthält neben der ökonomischen Betrachtung ökologische, soziale und gesellschaftliche Aspekte.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	angegangen	nicht erfüllt
81	Entfristung der Westbalkanregelung im Fachkräfteeinwanderungsgesetz	Inneres und Heimat	33	1004-1006	✓				
82	Einführung einer Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems als zweite Säule für den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt	Inneres und Heimat	33	1006-1008	✓				
83	Ausweitung der Blue Card auf nicht-akademische Berufe (Voraussetzung: konkretes Jobangebot zu marktüblichen Konditionen)	Inneres und Heimat	33	1008-1010		✓			
84	Entscheidung über die Ratifizierung von CETA nach Prüfung des BVerfG	Wirtschaft und Klimaschutz	35	1081-1083	✓				
85	Schaffung eines Aktionsplans Schutzgebiete	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	37	1146-1147					○
86	Schaffung eines nationalen Artenhilfsprogramms	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	37-38	1165-1169	✓				
87	Einrichtung eines institutionalisierten Dialogs „Weidetierhaltung und Wolf“	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	38	1179-1181	✓				
88	Einrichtung Bundesnaturschutzfonds	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	38	1191-1192	✓				
89	Verabschiedung einer nationalen Moorschutzstrategie	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	38	1192-1196	✓				
90	Ausstiegplan für Torfabbau und -verwendung	Ernährung und Landwirtschaft	38	1196-1197	✓				
91	Einrichtung einer Meereskoordination unter Leitung eines Meeresbeauftragten und Etablierung einer Nationalen Meereskonferenz	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	39	1229-1232		✓			
92	Ausweisung von 10 Prozent der Außenwirtschaftszone als frei von schädlicher Nutzung	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	39	1232-1236					○
93	Einrichtung Bund-Länderfonds für die Bergung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	40	1240-1242		✓			
94	Keine neuen Genehmigungen für Öl- und Gasbohrungen für die deutsche Nord- und Ostsee	Wirtschaft und Klimaschutz	40	1244-1246	✓				
95	Schaffung eines Klimaanpassungsgesetzes	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	40	1250-1253			✗		
96	Umsetzung einer Nationalen Wasserstrategie	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	40-41	1271-1272	✓				

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
3,3	-	Nicht vorhanden	3,2	Die Entfristung der Westbalkanregelung ist Bestandteil der neuen „Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung“, welchem im zweiten Durchgang im Bundesrat zugestimmt wurde.
3,7	SF/GF	Nicht vorhanden	3,8	Für das Fachkräfteeinwanderungsgesetz inkl. Chancenkarte mit Punktesystem fand der zweite Durchgang im Bundesrat statt und es wurde kein Vermittlungsausschuss einberufen.
3,5	GF	Nicht vorhanden	3,4	Neuregelungen zur Blauen Karte EU wurden im Gesetzentwurf zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz hinzugefügt. Es wird allerdings nicht geregelt, dass alle nicht-akademischen Berufe mit konkretem Job-Angebot eine Blue Card bekommen.
3,5	-	Nicht vorhanden	3,3	Das CETA-Abkommen aus 2016 wurde vom Bundestag ratifiziert und gilt als verkündet.
2,5	ÖF	Nicht vorhanden	3,2	Der Aktionsplan Schutzgebiete wurde nicht beschlossen. In einem Entwurf zum „Aktionsprogramm Nationaler Klimaschutz“ wurde dieser für spätestens 2026 angekündigt.
3,0	ÖF	Nicht vorhanden	3,2	Im Juli 2022 wurde durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes § 45d hinzugefügt, welcher die Regelung nationaler Artenschutzprogramme beinhaltet.
2,2	ÖF	Nicht vorhanden	2,6	Die sogenannte „Dialogreihe Wolf“ ist am 01.06.2023 gestartet.
2,6	ÖF	Nicht vorhanden	3,4	Der Bundesnaturschutzfond wurde im Bundeshaushalt 2022 errichtet. Er soll bis 2026 eine halbe Milliarde Euro umfassen.
2,6	ÖF	Nicht vorhanden	3,3	Die Bundesregierung hat im November 2022 die Nationale Moorschutzstrategie beschlossen.
2,6	ÖF	Implizit vorhanden	3,3	Entsprechende Vorgaben für die Reduktion der Torfnutzung sind bereits im Klimaschutzplan 2050 und Klimaschutzprogramm 2030 festgelegt. Darüber hinaus hat das BMEL im September 2022 die Torfminderungsstrategie vorgestellt.
1,8	ÖF	Nicht vorhanden	3,2	Sebastian Unger wurde zum Meeresbeauftragten der Bundesregierung ernannt. Eine nationale Meereskonferenz gab es bisher nicht.
2,5	ÖF	Nicht vorhanden	3,4	Es wurde keine neue Meeresraumplanung durch das zuständige Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie veröffentlicht, in der eine explizite Ausweisung von 10 Prozent der Flächen als Schutzgebiet erteilt wurde.
2,2	ÖF	Nicht vorhanden	3,0	Es wurde ein Sofortprogramm zur Beseitigung von Munitionslast im Haushalt 2023 festgeschrieben. Ein Bund-Länder-Fonds wurde noch nicht errichtet, ist aber weiterhin Ziel.
3,7	ÖF	Nicht vorhanden	4,2	Bisher wurden keine neuen Genehmigungen von Gas- oder Ölbohrungen in der Nord- und Ostsee erteilt.
4,0	ÖF	Nicht vorhanden	4,2	Die Bundesregierung hat einen vom Bundesumweltministerium vorgelegten Regierungsentwurf für ein Klimaanpassungsgesetz beschlossen.
3,4	ÖF	Nicht vorhanden	3,2	Die Bundesregierung hat im März 2023 die Nationale Wasserstrategie verabschiedet.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
97	Einrichtung nationales Bodenmonitoringzentrum	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	41	1305-1306				X	
98	Schaffung einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	42	1330-1331			X		
99	Einführung digitaler Produktpässe	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	42	1335-1336			X		
100	Höhere Recyclingquote und produktspezifische Mindestquote für den Einsatz von Rezyklaten und Sekundärrohstoffen auf Europäischer Ebene	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	43	1346-1347				X	
101	Aufnahme chemisches Recycling im Verpackungsgesetz als Recyclingoption	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	43	1348					○
102	Abfallexport europarechtlich nur noch in Recyclinganlagen	Anderes	43	1350-1351				X	
103	Einführung verbindlicher Tierhaltungskennzeichnung ab 2022, die auch Transport und Schlachtung umfasst	Ernährung und Landwirtschaft	43	1362-1363		✓			
104	Beendigung der Anbindehaltung in spätestens 10 Jahren (Anpassung Nutztierhaltungsverordnung und Tierschutzgesetz)	Ernährung und Landwirtschaft	44	1380-1382				X	
105	Lebendtiertransporte in Drittstaaten nur auf Routen mit nachgewiesenen tierschutzgerechten Versorgungseinrichtungen	Ernährung und Landwirtschaft	44	1388-1389					○
106	Verpflichtende Identitätsüberprüfung im Onlinehandel mit Heimtieren; obligatorische Kennzeichnung und Registrierung von Hunden	Ernährung und Landwirtschaft	44	1400-1401					○
107	Positivliste für Wildtiere, die nach einer Übergangsfrist noch in Zirkussen gehalten werden können	Ernährung und Landwirtschaft	44	1401-1403					○
108	Verbrauchsstiftung für Tierheime	Ernährung und Landwirtschaft	44	1405-1406					○
109	Schaffung Amt einer/eines Tierschutzbeauftragten	Ernährung und Landwirtschaft	44	1409	✓				
110	Ernährungsstrategie bis 2023	Ernährung und Landwirtschaft	45	1428-1429			X		
111	Werbeverbot für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt bei Kindersendungen für unter 14-Jährige	Ernährung und Landwirtschaft	45	1438-1440				X	
112	Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt nehmen	Ernährung und Landwirtschaft	46	1476					○
113	Bundesprogramm „Zukunftsfähiger Ackerbau“	Ernährung und Landwirtschaft	47	1498-1499					○
114	CO2-Differenzierung der LKW-Maut ab 2023	Digitales und Verkehr	49	1555-1558			X		

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,5	ÖF	Nicht vorhanden	3,4	Aus einer Antwort auf eine Kleine Antwort geht hervor, dass das UBA und das Thünen-Institut die Einrichtung eines Nationalen Bodenmonitoringzentrums erarbeiten sollen. Allerdings ist die Einrichtung bisher noch nicht erfolgt.
3,2	ÖF	Nicht vorhanden	3,2	Die Nationale Kreislaufwirtschaftstrategie wird aktuell von der Bundesregierung erarbeitet.
3,3	DF	Nicht vorhanden	3,4	Der EU-Wettbewerbsrat in Brüssel hat die gemeinsame Position zur neuen Ökodesign-Verordnung im Mai 2023 beschlossen, darunter fällt auch der digitale Produktpass. Zurzeit findet das Trilog-Verfahren statt.
3,0	ÖF	Nicht vorhanden	3,5	Ende 2022 hat die Kommission Vorschläge für eine Erneuerung der EU-Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle abgegeben, welche unter anderem höhere Recyclingquoten vorsehen. Der konkrete Stand vor allem im Hinblick auf Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten bleibt jedoch unklar.
2,3	ÖF	Nicht vorhanden	2,8	Das Verpackungsgesetz sieht nach wie vor lediglich die werkstoffliche Verwertung vor.
2,6	ÖF	Nicht vorhanden	3,3	Ein Vorschlag der Kommission für Neuregelung des Exports von Abfällen in nicht-EU-Staaten wurde vom Europäischen Parlament angenommen. Dieser sieht unter anderem die Sicherstellung einer umweltgerechten Entsorgung vor. Die Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten stehen noch aus.
3,2	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Das „Gesetz für eine staatliche, verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung“ hat im Bundestag und Bundesrat Zustimmung erhalten. Allerdings ist die Bundesregierung von einer Kennzeichnung bei Transport und Schlachtung abgerückt.
2,8	ÖF	Nicht vorhanden	3,0	Es gibt einen Referentenentwurf, welcher sich aktuell in Ressortabstimmung befindet.
2,6	ÖF	Implizit vorhanden	3,0	Wie aus einer Stellungnahme der Bundesregierung hervorgeht, sieht die Bundesregierung (nationale) Ausfuhrverbote als nicht zielführendes Instrument an, um den Tierschutz zu gewährleisten. Hierfür sei eine europäische Lösung erforderlich. Auf europäischer Ebene werde momentan an Neuregelungen gearbeitet.
2,5	ÖF	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
1,8	ÖF	Nicht vorhanden	2,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	ÖF	Implizit vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	ÖF	Nicht vorhanden	3,2	Das Bundeskabinett hat Arinae Kari als Tierschutzbeauftragte ernannt.
2,8	GF	Implizit vorhanden	3,3	Die Ernährungsstrategie befindet sich momentan in Erarbeitung. Ende 2022 wurde hierzu ein Eckpunktepapier vom BMEL von der Bundesregierung beschlossen.
2,4	GF	Explizit vorhanden	3,5	Die Pläne des BMEL für Regeln für an Kinder gerichtete Lebensmittelwerbung wurden vorgestellt. Aktuell befindet sich der Referentenentwurf in Abstimmung mit den anderen Ressorts. Es gibt allerdings innerhalb der Koalition Kritik an dem Vorhaben.
3,7	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Die Zulassung von Glyphosat wurde von der EU bis Ende 2023 verlängert. Bis eine abschließende Entscheidung der EU vorliegt, ist es Deutschland nicht möglich, den Einsatz von Glyphosat vollständig zu verbieten.
3,2	ÖF	Nicht vorhanden	3,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,3	ÖF	Nicht vorhanden	3,6	Es liegt ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, welcher die Einführung einer CO2 Differenzierung bei der LKW-Maut beinhaltet. Der erste Durchgang im Bundesrat hat bereits stattgefunden.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
115	Auflage eines Programms „Schnelle Kapazitätserweiterung“ und Einsetzen einer Beschleunigungskommission Schiene	Digitales und Verkehr	49-50	1581-1584	✓				
116	Freistellung Zu- und Ablauf bis max. 50 Kilometer von der LKW-Maut	Digitales und Verkehr	50	1587-1588					○
117	Erhaltung Deutsche Bahn AG als integrierten Konzern inklusive des konzerninternen Arbeitsmarktes	Digitales und Verkehr	50	1590-1591	✓				
118	2022 werden wir die pandemiebedingten Einnahmeausfälle wie bisher ausgleichen	Finanzen	50	1603-1604	✓				
119	Schaffung eines Mobilitätsdatengesetzes	Digitales und Verkehr	52	1674				✗	
120	Kein generelles Tempolimit	Digitales und Verkehr	52	1687	✓				
121	Ermöglichung begleitetes Fahren ab 16 Jahre	Digitales und Verkehr	53	1688-1689					○
122	Festhalten am deutschen Atomausstieg	Wirtschaft und Klimaschutz	55	1763-1764	✓				
123	Überprüfung von Gesetzesentwürfen auf Klimawirkung und Vereinbarkeit mit nationalen Klimaschutzziele (Klimacheck)	Wirtschaft und Klimaschutz	55	1774-1777					○
124	Abschluss eines Klimaschutzsofortprogramms bis 2022	Wirtschaft und Klimaschutz	55	1789-1790	✓				
125	EEG-Zielvorgabe: höherer Bruttostrombedarf von 680-750 TWh (im Jahr 2030), davon 80 Prozent aus Erneuerbaren Energien	Wirtschaft und Klimaschutz	56	1796-1798	✓				
126	Solaranlagen auf geeigneten Dächern - für gewerbliche Neubauten verpflichtend	Wirtschaft und Klimaschutz	56	1824-1827					○
127	Ausweisung von zwei Prozent der Landesflächen für Windenergie	Wirtschaft und Klimaschutz	57	1833-1834	✓				
128	Erarbeitung einer Biomasse-Strategie	Wirtschaft und Klimaschutz	58	1863-1864				✗	
129	Kohleausstieg bis 2030	Wirtschaft und Klimaschutz	58	1888-1894				✗	
130	Überprüfungsschritt aus dem Kohleausstiegsgesetz bis spätestens Ende 2022	Wirtschaft und Klimaschutz	58	1894-1895					○
131	Fortschreibung der Wasserstoffstrategie 2022	Wirtschaft und Klimaschutz	59-60	1929-1932		✓			
132	„Roadmap Systemstabilität“ bis Mitte 2023	Wirtschaft und Klimaschutz	61	1966-1968			✗		
133	Plattform „Klimaneutrales Stromsystem“ mit Vorschlägen für neues Strommarktdesign 2022	Wirtschaft und Klimaschutz	61	1977-1981			✗		
134	Ende der Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis zum 1. Januar 2023	Wirtschaft und Klimaschutz	62	2009-2014	✓				
135	Festhalten am bisherigen BEHG-Preisfad	Wirtschaft und Klimaschutz	63	2044-2046	✓				
136	Entwicklung sozialer Kompensationsmechanismus über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus (Klimageld)	Wirtschaft und Klimaschutz	63	2047-2049					○
137	Gründung eines Internationalen Klimaclubs	Auswärtiges	63	2053-2057	✓				
138	„Allianz für Transformation“: Besprechung in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022	Wirtschaft und Klimaschutz	64	2084-2086	✓				

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,5	SI	Nicht vorhanden	3,2	Das Programm „Schnelle Kapazitätserweiterung“ ist Bestandteil einer umfassenderen Reform der Deutschen Bahn, die ab 01.01.2024 umgesetzt werden soll. Die Beschleunigungskommission wurde gegründet.
2,2	ÖF	Nicht vorhanden	2,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,2	-	Nicht vorhanden	2,5	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,2	SF	Implizit vorhanden	2,6	Der Bund hat auch im Jahr 2022 pandemiebedingte Einnahmeausfälle ausgeglichen.
2,7	DF	Nicht vorhanden	3,4	Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr hat Eckpunkte für das Mobilitätsdatengesetz vorgestellt.
3,5	-	Nicht vorhanden	1,0	Es gibt nach wie vor kein generelles Tempolimit in Deutschland.
2,0	GF	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
4,7	ÖF	Nicht vorhanden	3,6	Infolge des Gaslieferstopps aus Russland wurde der Weiterbetrieb der Atomkraft diskutiert. Bundeskanzler Olaf Scholz machte am 17. Oktober 2022 explizit von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch, sodass die letzten Kraftwerke endgültig abgeschaltet wurden.
4,2	ÖF	Nicht vorhanden	4,2	Die „Arbeiten zur Umsetzung des Vorhabens sind noch nicht abgeschlossen“ war die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, welche danach fragte, wie viele Gesetzesentwürfe einen Klimacheck beinhalten.
4,0	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Im Rahmen eines „Klimaschutz-Sofortprogramms“ wurden 2022 verschiedene Punkte sofort umgesetzt, u. a. die Novellierung des EEG.
3,4	ÖF	Nicht vorhanden	3,7	Mit dem Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor wurden mit den entsprechenden Zielsetzungen angepasst.
3,6	ÖF	Nicht vorhanden	4,3	Zwar gibt es bereits in einigen Bundesländern wie bspw. Berlin eine sogenannte „Solarpflicht“, entsprechende Maßnahmen durch die Bundesregierung haben bislang jedoch nicht stattgefunden.
4,8	ÖF	Nicht vorhanden	4,2	Im Juli 2022 wurde das „Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land“ verkündet.
3,0	ÖF	Nicht vorhanden	3,7	Das BMWK, BMUV sowie BMEL haben ein gemeinsames Eckpunktepapier für eine Biomasse-Strategie vorgelegt.
4,0	ÖF	Nicht vorhanden	4,7	Die Bundesregierung hat sich zunächst darauf geeinigt, dass das Ende der Stromgewinnung durch die Verbrennung von Kohle möglichst „noch vor“ 2038 kommen soll.
4,2	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Die Überprüfung scheint weiterhin erst für 2026 anvisiert zu werden.
3,2	ÖF	Nicht vorhanden	3,7	Die Bundesregierung hat im Juli 2023 die Nationale Wasserstoffstrategie fortgeschrieben.
2,8	ÖF	Nicht vorhanden	3,5	Die Erarbeitung der „Roadmap Systemstabilität“ gemeinsam mit Stakeholdern ist Ende 2022 gestartet. Eine Veröffentlichung wird im Herbst 2023 erwartet.
3,8	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Die Plattform wurde zwar eingesetzt, mit ersten Ergebnissen ist jedoch erst im Sommer 2023 zu rechnen.
3,8	ÖF	Implizit vorhanden	3,2	Das Gesetz zur Absenkung der Kostenbelastung durch die EEG-Umlage und zur Weitergabe dieser Absenkung an die „Letztverbraucher“ ist in Kraft getreten.
2,0	ÖF	Nicht vorhanden	3,2	Die am 28.10.2022 verabschiedete Novelle des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) sieht einen langsameren Anstieg der CO ₂ -Abgabe vor und setzt den Anstieg für 2023 sogar komplett aus.
4,3	ÖF	Explizit vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,0	ÖF	Nicht vorhanden	3,5	Im Mai 2023 haben sich zum ersten Mal die Mitglieder des internationalen Klimaclubs getroffen.
3,8	ÖF	Nicht vorhanden	3,2	Im Juni 2022 hat die erste Besprechung der Allianz für Transformation stattgefunden.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
139	Einführung einer Ausbildungsgarantie	Arbeit und Soziales	66	2166-2168	✓				
140	Fortführung Allianz für Ausbildung	Bildung und Forschung	66	2168	✓				
141	Förderung vollqualifizierender Ausbildungen bei der beruflichen Weiterbildung unabhängig von der Dauer bei Menschen in Arbeitslosigkeit oder Grundsicherung	Arbeit und Soziales	66-67	2173-2174	✓				
142	Vollzeitschulische Ausbildung soll vergütet und frei von Schulgeld sein	Bildung und Forschung	67	2175					○
143	Exzellenzinitiative berufliche Bildung und Öffnung Begabtenförderungswerke des Bundes für berufliche Bildung	Bildung und Forschung	67	2175-2177		✓			
144	Aufstiegs-BAföG: Öffnung Unterhaltsbeitrag für Teilzeitfortbildungen; Förderung Weiterbildungen auch auf der gleichen Stufe des Deutschen Qualifikationsrahmens und für eine zweite vollqualifizierte Ausbildung	Bildung und Forschung	67	2188-2192					○
145	Einführung des Lebenschancen-BAföG	Bildung und Forschung	67	2194-2195					○
146	Freiraumkonto zum Bildungssparen mit Zuschüssen für Menschen mit geringem Einkommen	Bildung und Forschung	67	2195-2197					○
147	Einführung Bildungs(teil)zeit nach österreichischem Vorbild (Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten)	Arbeit und Soziales	67	2199-2202					○
148	Verstetigung der Nationalen Online Weiterbildungsplattform und der Bildungsplattform	Bildung und Forschung	67-68	2207-2210			✗		
149	Einführung eines ans Kurzarbeitergeld angelehnten Qualifizierungsgeldes	Arbeit und Soziales	68	2212-2214	✓				
150	Monatliches Weiterbildungsgeld von 150 Euro für SGB-II und III Leistungsberechtigte bei beruflicher Qualifizierung; Anspruch auf 3 Monate Arbeitslosengeld nach Ende der Weiterbildung	Arbeit und Soziales	68	2220-2223	✓				
151	Weiterhin Grundsatz des 8-Stunden-Tages im Arbeitszeitgesetz	Arbeit und Soziales	68	2229	✓				
152	Rechtliche Abgrenzung von Homeoffice und Telearbeit	Arbeit und Soziales	68-69	2240-2244					○
153	Einführung eines „Recht auf Homeoffice“ (Erörterungsanspruch), keine sachfremde oder willkürliche Ablehnung erlaubt	Arbeit und Soziales	69	2246-2249					○
154	Entfristung der Sonderregelung für unständige Beschäftigte in der Arbeitslosenversicherung	Arbeit und Soziales	69	2261-2263					○
155	Einmalige Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde	Arbeit und Soziales	69	2275-2277	✓				
156	Erhöhung Midi-Job Grenze auf 1.600 Euro	Arbeit und Soziales	70	2285-2289	✓				
157	Erhöhung Mini-Job Grenze auf 520 Euro	Arbeit und Soziales	70	2285-2289	✓				
158	Unterstützung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Zulagen und Gutscheinsystem auf haushaltsnahe Dienstleistungen, flankierende steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	70	2296-2301					○

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
3,7	SF	Explizit vorhanden	3,8	Eine Ausbildungsgarantie wurde eingeführt, welche Unterstützung durch die Agentur für Arbeit vorsieht, wenn eine auszubildende Person sich genügend um einen Ausbildungsplatz bemüht hat und dennoch keinen Platz erhalten hat.
3,3	SF	Implizit vorhanden	2,6	Am 24.05.2023 wurde die Vereinbarung erneuert. Eine neue Initiative startete am 31.05.2023.
2,8	SF	Explizit vorhanden	3,0	Das Bürgergeld wurde eingeführt.
2,7	SF	Explizit vorhanden	3,4	Die Bundesregierung teilte mit, dass die Zuständigkeit vor allem bei den jeweiligen Landesausschüssen liege. Folgend wurden an den Bundesrat Empfehlungen für die Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung abgegeben. Der Gesetzentwurf beinhaltet keine Vergütung vollzeitschulischer Ausbildungen.
2,8	SF	Explizit vorhanden	3,6	Es wurde eine Strategie der Bundesregierung veröffentlicht, welche eine „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ vorsieht und im Rahmen dessen InnoVet ausbaut. Zu einer Pilotphase für die Förderung beruflicher Bildung sind bisher keine Informationen auffindbar.
3,2	SF	Explizit vorhanden	3,2	Das sogenannte „Aufstiegs-Bafög“ ist im Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung – Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – (AFBG) geregelt, welches in dieser Legislaturperiode nicht substantiell verändert worden ist.
3,0	SF	Explizit vorhanden	3,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,5	SF	Explizit vorhanden	3,6	Bildungssparen gilt als ein Hauptelement des Lebenschancen-Bafögs. Es gibt bisher keinen konkreten Zeitrahmen zu einer Umsetzung.
3,5	SF	Explizit vorhanden	3,4	Aus dem Weiterbildungsgesetz wurde das Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung. In dem aktuellsten Gesetzentwurf ist der Aspekt der Bildungszeit und Bildungsteilzeit nicht mehr integriert.
2,5	DF	Nicht vorhanden	3,2	In einer Antwort auf eine schriftliche Frage, wurde erläutert, dass die Plattform als Projekt bereits existiert und sukzessive ausgebaut wird. Ab Anfang 2024 soll die Plattform in Betrieb gehen.
3,6	SF	Explizit vorhanden	3,5	Mit Artikel 2 Absatz 11 des Aus- und Weiterbildungsgesetzes wurde das Qualifizierungsgeld eingeführt.
3,7	SF	Explizit vorhanden	2,8	Im Rahmen des Bürgergeld-Gesetzes umgesetzt.
3,2	SF	Nicht vorhanden	2,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	SF/DF	Nicht vorhanden	2,6	Es konnte kein Gesetz gefunden werden, welches eine separate Definition von Telearbeit und Homeoffice vornimmt.
3,6	GF	Nicht vorhanden	4,0	Bisher ist die „mobile Arbeit“ bzw. der Anspruch auf Homeoffice nicht genauer gesetzlich geregelt und es ist kein legislativer Prozess im Gange.
2,7	SF	Implizit vorhanden	2,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
4,8	SF	Explizit vorhanden	3,6	Der Mindestlohn wurde erhöht.
3,3	SF	Explizit vorhanden	2,8	Die Midijob-Grenze wurde angehoben.
3,2	SF	Explizit vorhanden	2,8	Die Minijob-Grenze wurde erhöht.
2,4	SF	Nicht vorhanden	3,5	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
159	Abschaffung der Möglichkeit der Haushaltsbefristung im öffentlichen Dienst	Arbeit und Soziales	70	2304-2305					○
160	Begrenzung mit Sachgrund befristeter Arbeitsverträge beim selben Arbeitgeber auf sechs Jahre (mit eng begrenzten Ausnahmen)	Arbeit und Soziales	70	2306-2308					○
161	Voller Krankenversicherungsschutz für Saisonbeschäftigte ab dem 1. Tag	Arbeit und Soziales	71	2314-2315				✗	
162	Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 184 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft	Arbeit und Soziales	71	2316-2317					○
163	Fortgeltung Tarifverträge bei Betriebsausgliederung bei Identität des bisherigen Eigentümers (§ 613a BGB unangetastet)	Arbeit und Soziales	71	2330-2333					○
164	Ermöglichung der digitalen Arbeit von Betriebsräten, Erprobung Online-Betriebsratswahlen in einem Pilotprojekt	Arbeit und Soziales	71	2338-2340					○
165	Behinderung demokratischer Mitbestimmung in Betrieben als Offizialdelikt	Arbeit und Soziales	71	2344-2345					○
166	Übertragung der Konzernzurechnung auf das Drittelbeteiligungsgesetz	Arbeit und Soziales	72	2352-2354					○
167	Dauerhafte Sicherung des Rentenmindestniveaus von 48 Prozent	Arbeit und Soziales	73	2389-2392	✓				
168	Keine Steigerung des Beitragssatzes der Rentenversicherung auf über 20 Prozent	Arbeit und Soziales	73	2392-2393	✓				
169	Keine Renten Kürzungen	Arbeit und Soziales	73	2395	✓				
170	Keine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters	Arbeit und Soziales	73	2395	✓				
171	Teilweise Kapitaldeckelung der gesetzlichen Rentenversicherung in Form eines öffentlich-rechtlichen verwalteten Fonds; im ersten Schritt 2022 Kapitalstock von 10 Mrd. € an die Deutsche Rentenversicherung	Finanzen	73	2395-2402				✗	
172	Möglichkeit der Deutschen Rentenversicherung Reserven am Kapitalmarkt (reguliert) anzulegen	Arbeit und Soziales	73	2402-2404					○
173	Reaktivierung des Nachholfaktors in der Rentenberechnung vor den Rentenanpassungen ab 2022	Arbeit und Soziales	73	2408-2412	✓				
174	Reform private Altersvorsorge, inkl. Bestandsschutz der laufenden Riesterverträge	Finanzen	74	2420-2425			✗		
175	Erhöhung Sparerpauschbetrag auf 1.000 Euro	Finanzen	74	2425	✓				
176	Rentensplitting für unverheiratete Paare	Arbeit und Soziales	74	2427-2429					○
177	Rentenversicherung von in Justizvollzugsanstalten arbeitenden Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten	Arbeit und Soziales	74	2435-2438					○
178	Schaffung des Aktionsplans „Gesunde Arbeit“	Arbeit und Soziales	74	2441-2443					○
179	Gesetzliche Verankerung Ü45-Gesundheits-Check	Gesundheit	74	2446-2448					○
180	Entfristung der Regelung zum Hinzuverdienst bei vorzeitigem Rentenbezug	Arbeit und Soziales	74	2451-2452	✓				
181	Strikt einkommensbezogene Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung oberhalb der Minijobgrenze für Selbstständige	Arbeit und Soziales	75	2459-2460					○

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
3,0	SF	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,5	SF	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,5	SF	Explizit vorhanden	3,8	Im entsprechenden Gesetzesentwurf Seitens der Bundesregierung ist die Rede von einem „ausreichenden Krankenversicherungsschutz“.
2,5	SF	Explizit vorhanden	3,4	Bisher wurde keine Ratifizierung vorgenommen.
3,0	SF	Explizit vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,0	DF	Nicht vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,4	SF	Nicht vorhanden	3,2	Bisher wurden keine Gesetzesvorschläge der Bundesregierung zu diesem Versprechen vorgelegt und § 119 Abs. 2 Betriebsverfassungsgesetz verbleibt unverändert.
3,4	SF	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt bisher kein Entwurf zur Anpassung des Drittelbeteiligungsgesetzes vor.
4,5	SF	Explizit vorhanden	2,8	Mit dem Rentenanpassungs- und Erwerbsminderungsrenten-Bestandsverbesserungsgesetz wurde am 28.06.2022 erfolgreich das Rentenmindestniveau von 48% beibehalten und mit dem zusätzlichen Begriff „Mindestsicherungsniveau“ versehen.
4,7	SF	Nicht vorhanden	2,8	Der Beitragssatz wurde nicht verändert.
4,8	SF	Explizit vorhanden	2,8	Es hat eine Erhöhung der Rentenwerte stattgefunden, wodurch es insgesamt zu einer Steigerung der (absoluten) Höhe der Renten kommt.
4,7	SF	Explizit vorhanden	2,8	Es gab keine Renteneintrittsalterserhöhung.
3,5	-	Nicht vorhanden	3,6	Erste Ideen zu einer teilweise kapitalgedeckten Rente (Generationenkapital) wurde Anfang 2023 vorgestellt. Die Umsetzung ist in der Koalition umstritten, es gibt keinen Zeitplan und keine Gesetzesvorschläge.
3,3	-	Nicht vorhanden	3,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,5	SF	Nicht vorhanden	2,4	Der „Nachholfaktor“ wurde unter dem offiziellen Begriff „Ausgleichsbedarf“ wieder eingeführt.
3,2	SF	Implizit vorhanden	4,2	Die Bundesregierung hat die Ergebnisse der Fokusgruppe private Altersvorsorge diskutiert und strebt einen Gesetzgebungsprozess im Jahr 2024 an.
2,3	-	Explizit vorhanden	2,8	Der Sparerpauschbetrag wurde erhöht.
3,0	SF/GF	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	SF	Explizit vorhanden	3,7	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,7	SF	Implizit vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,0	-	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,3	SF	Implizit vorhanden	3,0	Die Regelung zum Hinzuverdienst bei einer vorgezogenen Altersrente wurde ab dem Jahr 2023 aufgehoben.
2,7	SF	Implizit vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
182	Pflicht zur Altersvorsorge mit Wahlfreiheit für Selbstständige: gesetzliche Rentenversicherung, sofern nicht privat versichert	Arbeit und Soziales	75	2460-2466					○
183	Bürgergeld anstelle von ALG-II	Arbeit und Soziales	75	2469-2471	✓				
184	Gewährung Bürgergeld in den ersten zwei Jahren ohne Anrechnung des Vermögens; Anerkennung Angemessenheit der Wohnung	Arbeit und Soziales	75	2473-2474		✓			
185	Gemeinsame Vereinbarung von Angeboten und Maßnahmen im Rahmen einer Teilhabvereinbarung mit den Bürgergeldbeziehenden; sechsmonatige Vertrauenszeit	Arbeit und Soziales	75-76	2486-2489		✓			
186	Bürgergeld: Einführung eines Schlichtungsmechanismus	Arbeit und Soziales	76	2489-2490	✓				
187	Neuregelung der Teilhabvereinbarung: Ausnahme der Kosten der Unterkunft von den Sanktionen und Coachingangebot im Sanktionsfall für unter 25-Jährige (§ 16h SGB II)	Arbeit und Soziales	76	2492-2497	✓				
188	Bis zur Neuregelung der Teilhabvereinbarung: einjähriges Moratorium für die bisherigen Sanktionen unter das Existenzminimum (auch für kommunale Jobcenter)	Arbeit und Soziales	76	2497-2498	✓				
189	Abschaffung Vermittlungsvorrang im SGB-II	Arbeit und Soziales	76	2507	✓				
190	Entfristung Prämienregelung bei abschlussbezogener Weiterbildung	Arbeit und Soziales	76	2508-2509	✓				
191	Entfristung Teilhabechancengesetz (§ 16i und § 16e SGB II)	Arbeit und Soziales	76	2515-2516	✓				
192	Teilhabechancengesetz: begleitendes Coaching und aufsuchende Sozialarbeit als Regelinstrumente in SGB II und SGB XII	Arbeit und Soziales	76	2515-2516	✓				
193	Keine Anrechnung von Schüler- und Studentenjobs von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II sowie Pflege- oder Heimkindern; Erhöhung Freibetrag bei Auszubildenden	Arbeit und Soziales	77	2530-2532		✓			
194	Reform zur Abstimmung des Bürgergelds, Wohngelds und gegebenenfalls weitere steuerfinanzierte Sozialleistungen zum Ausschluss von Grenzbelastungen von 100 und mehr Prozent	Arbeit und Soziales	77	2534-2539				✗	
195	Beauftragung einer Kommission zur Entwicklung der Bürgergeldreform	Arbeit und Soziales	77	2539-2541		✓			
196	Einführung einer Bagatellgrenze in Höhe von bis zu 50 Euro zur Entlastung der Jobcenter	Arbeit und Soziales	78	2557-2558	✓				
197	Umstellung von der horizontalen auf die vertikale Einkommensanrechnung im SGB II	Arbeit und Soziales	78	2558-2559					○
198	7. Armuts- und Reichtumsbericht: stärkere Einbeziehung von Menschen mit Armutserfahrung	Arbeit und Soziales	78	2567-2569			✗		
199	Einsetzen des Bundesprogramms Barrierefreiheit	Arbeit und Soziales	78	2572-2576	✓				
200	Abschaffung der Ausnahmemöglichkeiten des Personenbeförderungsgesetzes (ÖPNV) bis 2026	Digitales und Verkehr	78	2584-2585					○
201	Einrichtung eines Sprachendienstes in einem eigenen Bundeskompetenzzentrum Leichte Sprache/ Gebärdensprache	Arbeit und Soziales	78	2585-2589					○

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
3,0	SF	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
4,7	SF	Explizit vorhanden	3,8	Zustimmung von Bundestag und Bundesrat 2022. Das Bürgergeld wurde eingeführt.
4,0	SF	Explizit vorhanden	3,6	Eine Karenzzeit zur Vermögensberücksichtigung wurde beim Bürgergeld-Gesetz integriert.
3,0	SF	Implizit vorhanden	3,0	Die ursprüngliche Eingliederungsvereinbarung wurde in „Kooperationsplan“ umbenannt. Die Vertrauensarbeitszeit wurde vom Bundesrat abgelehnt.
3,0	SF	Nicht vorhanden	3,2	Es wurde mit Artikel 1 Absatz 17 des Bürgergeldgesetzes das Schlichtungsverfahren hinzugefügt.
2,7	SF	Implizit vorhanden	3,4	Im Bürgergeld-Gesetz wurden entsprechende Maßnahmen integriert sowie Unterkunftskosten von Sanktionen ausgenommen.
2,8	SF	Implizit vorhanden	3,2	Das Moratorium wurde erfolgreich eingeführt.
3,7	SF	Implizit vorhanden	3,4	Im Bürgergeld-Gesetz wurde eine dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt als Ziel der Leistung integriert. Damit werden Ausbildungen und Ausbildungsmaßnahmen, sofern nicht vorhanden, priorisiert.
3,2	SF	Implizit vorhanden	3,0	Im Zuge des Bürgergeld-Gesetzes wurde die Befristung der Prämienregel aufgehoben.
3,2	SF	Implizit vorhanden	3,0	Die Befristung des Teilhabechancengesetzes wurde aufgehoben.
3,0	SF	Implizit vorhanden	3,5	Das Bürgergeld-Gesetz enthält zusätzlich zu Beratungsangeboten auch ganzheitliche Betreuung als Regelinstrument.
2,8	SF	Implizit vorhanden	3,2	Das Einkommen von Schüler:innen wurde ausgenommen sowie „Ferienjobs“ und Einkommen von unter 25-Jährigen, die die Minijob-Grenze nicht überschreiten. Werksstudierendentätigkeiten sind nicht ausgenommen.
3,6	SF	Implizit vorhanden	3,7	Ab 2024 wird es Vorschläge zu Änderungen der Grenzbelastung geben.
2,8	SF/SI	Nicht vorhanden	3,0	Das „Forschungsvorhaben zur Reform der Transferentzugsraten und Verbesserung der Erwerbsanreize“ ist ausgeschrieben und wird ausschließlich vom ifo-Institut bearbeitet und nicht aus mehreren Instituten, wie angekündigt.
2,5	SF/SI	Implizit vorhanden	2,6	Eine Bagatellgrenze von 50 Euro wurde eingeführt.
2,5	-	Implizit vorhanden	2,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	SF	Nicht vorhanden	3,0	Der Bericht ist noch nicht abgeschlossen. Das erste Symposium mit Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung fand bereits statt.
2,8	GF	Implizit vorhanden	2,8	Die Eckpunkte „Bundesinitiative Barrierefreiheit - Deutschland wird barrierefrei“ wurden beschlossen. Das Programm ist im April 2023 gestartet.
1,7	-	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Änderungsentwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,5	GF/SI	Nicht vorhanden	3,0	In Verhandlungen zum Bundeshaushalt konnten noch keine Ergebnisse für dieses Kompetenzzentrum erzielt werden.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
202	Einführung einer vierten Stufe der Ausgleichsabgabe für jene, die trotz Beschäftigungspflicht keinen Menschen mit Behinderungen beschäftigen	Arbeit und Soziales	78-79	2591-2594	✓				
203	Vollständig an das Integrationsamt übermittelte Anträge gelten nach sechs Wochen ohne Bescheid als genehmigt (Genehmigungsfiktion)	Arbeit und Soziales	79	2594-2595	✓				
204	Umstellung des klassischen Schwerbehindertenausweises auf den digitalen Teilhabeausweis bei Umtausch	Arbeit und Soziales	79	2614-2615					○
205	Schaffung eines Assistenzhundegesetzes	Arbeit und Soziales	79	2626-2627					○
206	Verstetigung des Partizipationsfonds	Arbeit und Soziales	80	2632-2633	✓				
207	1 Mrd. Euro für Pflegekräfte; Erhöhung Steuerfreiheit des Pflegebonus auf 3.000 Euro	Gesundheit	80	2653-2656	✓				
208	Herausnahme der Ausbildungskostenumlage aus Eigenanteilen	Gesundheit	80-81	2658-2664					○
209	Übertrag der Behandlungspflege in der stationären Versorgung zur gesetzlichen Krankenversicherung	Gesundheit	80-81	2658-2664					○
210	Expertenkommission bis 2023 zur Ergänzung der Pflegeversicherung um freiwillige, paritätisch finanzierte Vollversicherung	Gesundheit	81	2681-2684					○
211	Einführung der Pflegepersonalregelung 2.0 (PPR 2.0) als Übergangsinstrument	Gesundheit	81	2691-2694		✓			
212	Bundeseinheitliche Berufsgesetze für Pflegeassistent, Hebammenassistent und Rettungssanitäter (gemeinsame Bund-Länder-Finanzierung)	Gesundheit	82	2702-2704					○
213	Einstufung von Schmerzmitteln im Betäubungsmittelgesetz für Gesundheitsberufe als delegationsfähig	Gesundheit	82	2711-2712					○
214	Reform der Krankenhausvergütung: Anteilige Auszahlung der Mittel für Weiterbildung in den Fallpauschalen künftig nur an weiterbildende Kliniken	Gesundheit	82	2724-2725					○
215	Schaffung eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes	Gesundheit	83	2738-2740					○
216	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung geht in Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit am Bundesministerium für Gesundheit auf	Gesundheit	83	2745-2747					○
217	Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen	Gesundheit	83	2751-2753	✓				
218	Elektronische Patientenakte (ePA) für alle Versicherten (freiwillig, opt-out)	Gesundheit	83	2759-2762			✗		
219	Registergesetz und Gesundheitsdatennutzungsgesetz	Gesundheit	83	2763-2765				✗	
220	Sprachmittlung auch mit Hilfe digitaler Anwendungen wird im Kontext notwendiger medizinischer Behandlung Bestandteil des SGB V	Gesundheit	84	2770-2772					○
221	Schaffung eines nationalen Präventionsplans	Gesundheit	84	2778-2781					○
222	Rettungswesen als integrierter Leistungsbereich in SGB V	Gesundheit	85	2805-2807					○
223	Aufhebung Budgetierung der ärztlichen Honorare im hausärztlichen Bereich	Gesundheit	85	2809-2810			✗		

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,7	SF	Explizit vorhanden	3,0	Durch das „Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts der Bundesregierung“ wird eine vierte Staffel eingeführt.
2,8	SI	Implizit vorhanden	3,8	Das Gesetz wurde am 13.06.2023 verkündet.
2,3	DF	Nicht vorhanden	3,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
1,3	-	Nicht vorhanden	2,4	Es wurde eine Assistenzhundeverordnung erlassen, allerdings keine Gesetzesinitiative begonnen.
2,2	SF/GF	Implizit vorhanden	2,8	Der Partizipationsfonds besteht weiterhin und wird im Bundeshaushalt 2022 weiterhin aufgeführt und somit verstetigt.
3,7	SF	Explizit vorhanden	3,8	Durch das Pflegebonusgesetz sowie die Änderung im elften Sozialgesetzbuch wurde 1 Mrd. für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bereitgestellt. Mit der Änderung des Einkommensteuergesetzes wurde ein steuerbefreiter Rahmen für Corona-Boni geschaffen.
2,7	SF	Explizit vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,7	-	Explizit vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,6	SF	Nicht vorhanden	3,0	Bisher wurde keine entsprechende Kommission eingesetzt und es gibt keine Behandlung in anderen existierenden Expertenkommissionen.
3,5	SF	Nicht vorhanden	3,6	Mit dem Gesetz zur zur Pflegepersonalbemessung im Krankenhaus wird dies zunächst testweise in einigen ausgewählten Krankenhäusern erprobt.
3,3	SF	Nicht vorhanden	3,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,3	-	Nicht vorhanden	3,3	Es liegt keine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vor.
2,4	SI	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,5	SF	Nicht vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	SI	Nicht vorhanden	2,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,0	DF	Implizit vorhanden	3,7	Die Digitalisierungsstrategie des Gesundheitswesens wurde im März 2023 vorgestellt.
3,2	DF	Implizit vorhanden	3,2	Das Digitalgesetz des Bundesgesundheitsministeriums, zu dem es bereits einen Referentenentwurf gibt, sowie die Opt-Out-Option für die elektronische Patientenakte und das E-Rezept wurden angekündigt.
2,3	DF/SI	Nicht vorhanden	3,2	Erste Eckpunkte wurden vorgestellt und im Herbst 2023 sollen ein Entwurf eines Registergesetzes sowie das Gesundheitsdatennutzungsgesetz vorgelegt werden.
1,7	SF/SI	Nicht vorhanden	3,3	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,2	SF	Nicht vorhanden	3,7	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,6	SF	Implizit vorhanden	4,0	Es soll zunächst eine Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung geben. Diese hat sich bisher noch nicht mit dem Thema befasst.
2,8	-	Nicht vorhanden	2,8	Mit dem Gesetz zur Änderung des Fünften Sozialgesetzbuches und weiterer Gesetze, soll die Budgetierung in der Kinder- und Jugendmedizin aufgehoben werden. Für alle Facharztgruppen ist es angedacht.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
224	Bestätigung der Entscheidungen des Zulassungsausschusses durch die zuständige Landesbehörde	Gesundheit	85	2812-2813					○
225	Novellierung „Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken“: bessere Honorierung pharmazeutischer Dienstleistungen und Nutzung von Effizienzgewinnen innerhalb des Finanzierungssystems	Gesundheit	85	2818-2820					○
226	Personalschlüssel für Betreuung durch Hebammen	Gesundheit	85	2823-2825					○
227	Bis Ende 2022 ein Aktionsplan für inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen	Gesundheit	85	2829-2831					○
228	Aufklärungskampagne zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen	Gesundheit	86	2843-2844		✓			
229	Reformen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung: Einsetzen einer Regierungskommission zur Erarbeitung eines Bund-Länder-Pakts	Gesundheit	86	2854-2861			✗		
230	Verstetigung des Innovationsfonds	Gesundheit	87	2869				✗	
231	Kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften	Gesundheit	87	2886-2889				✗	
232	Beibehaltung des bestehenden Preismoratoriums	Gesundheit	87	2900-2901	✓				
233	Verhandelter Erstattungspreis gilt ab dem siebten Monat nach Markteintritt (Arzneimittelpreise)	Gesundheit	88	2902-2903	✓				
234	Prinzip der Direktabrechnung für Kinder und Jugendliche in der PKV	Gesundheit	88	2907-2908					○
235	Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen; Fortführung der finanziellen Mittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	88	2923-2926					○
236	Bündnis bezahlbarer Wohnraum schließen	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	88	2928	✓				
237	Bund-Länderprogramm für studentisches Wohnen, für junges Wohnen und Wohnen für Auszubildende	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	88	2934-2938	✓				
238	Fortsetzung der Baukostensenkungskommission	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	89	2942	✓				
239	Reformierung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA): Eingliederung nicht bahnotwendiger Immobilien des Bundeseisenbahnvermögens in die BImA und Ermöglichung der Aufnahme von Krediten	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	89	2942-2949		✓			
240	Novellierung des Baugesetzbuches (BauGB), u. a. Beschleunigungen der Planungs- und Genehmigungsverfahren	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	89	2964-2967		✓			
241	Novellierung Baumobilisierungsgesetz: vollständige Digitalisierung der Bauleitplanverfahren	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	89	2967-2969					○
242	Förderprogramm für den Wohnungsneubau nach Auslaufen der Neubauförderung für den KfW-Effizienzhausstandard 55 (EH 55) 2022 (im Rahmen des Klimaschutzsofortprogramms)	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	90	2975-2984	✓				

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
1,5	SI	Nicht vorhanden	2,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	-	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf zur Novellierung oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,0	SF	Nicht vorhanden	4,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	SF	Nicht vorhanden	3,3	Es liegt kein Aktionsplan oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,6	SF/GF	Nicht vorhanden	3,3	Eine öffentliche Ausschreibung mit mehreren Forschungsprojekten zu Entstigmatisierungsmöglichkeiten liegt vor. Es ist jedoch keine kohärente, bundesweite Aufklärungskampagne.
3,4	SF/SI	Nicht vorhanden	4,0	Auf Basis des Eckpunktepapiers vom 10.07.2023 der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung soll ein Referentenentwurf entstehen.
3,2	SI	Nicht vorhanden	2,8	Es wurde zwar ein Evaluationsbericht zu der Performance des Innovationsfonds vorgelegt, welcher empfiehlt, den Fonds unbefristet fortzuführen. Allerdings gibt es bisher keine konkreten Gesetzesinitiativen dazu.
3,2	GF	Nicht vorhanden	3,6	Bisher wurden bereits zwei Eckpunktpapiere der Regierung vorgelegt. Das Vorhaben ist sehr umstritten und wird voraussichtlich nur von einigen Bundesländern eingeführt. Es gibt keine konkrete Gesetzesinitiative.
2,5	-	Nicht vorhanden	2,8	Das Preismoratorium wurde bis 2026 ausgeweitet.
2,3	-	Nicht vorhanden	2,4	Die Arzneimittelpreise wurden wie versprochen umgesetzt.
2,2	SF	Implizit vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
4,3	SF	Implizit vorhanden	4,2	Im Jahr 2022 wurden lediglich 295.300 Wohnungen gebaut.
3,8	SF	Explizit vorhanden	3,0	Das „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ hatte das erste Auftakttreffen am 27.04.2022.
3,6	SF	Explizit vorhanden	3,8	Das Bund-Länderprogramm „Junges Wohnen“ fördert bezahlbaren Wohnraum für junge, sich in Ausbildung befindliche Menschen.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,2	Die Baukostensenkungskommission besteht weiterhin.
2,6	SI	Nicht vorhanden	3,4	Das Gesetz zur Modernisierung des Bundesbaus reformiert bereits teilweise die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Der Aspekt der Übertragung nichtbahnnotwendiger Immobilien wurde noch nicht geregelt.
3,8	SI	Nicht vorhanden	3,6	Mit einem Gesetz zur Digitalisierung im Bauleitungsverfahren wurden auch Novellierungen am Bundesbaugesetzbuch integriert. Eine umfassende Novellierung des Baugesetzbuchs soll ab Herbst 2023 beginnen.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,6	Das Baulandmobilisierungsgesetz soll mit der Novellierung des Baugesetzbuches entfristet werden. Das ist allerdings erst im Herbst 2023 geplant.
4,3	SF/ÖF	Implizit vorhanden	4,0	Das Programm „Klimafreundlicher Neubau“ (KFN) ist am 01.03.2023 gestartet.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
243	Änderung Gebäudeenergiegesetz: zum 1. Januar 2025 Betrieb jeder neu eingebauten Heizung auf der Basis von 65 Prozent Erneuerbarer Energien betreiben; zum 1. Januar 2024 Anpassung der Standards für wesentliche Ausbauten, Umbauten und Erweiterungen von Bestandsgebäuden, sodass auszutauschende Teile dem EH 70 entsprechen; zum 1. Januar 2025 Angleich Neubau-Standards an den KfW-EH 40 (im Rahmen des Klimaschutzsofortprogramms)	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	90	2975-2984				X	
244	Anhebung der linearen Abschreibung für den Neubau von Wohnungen von zwei auf drei Prozent	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	90	2987-2990	✓				
245	Einführung eines digitalen Gebäuderessourcenpasses	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	90	2999-3001				X	
246	Auflage einer nationalen Holzbau-, Leichtbau- und Rohstoffsicherungsstrategie	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	90	3001-3003		✓			
247	Stufenmodell nach Energieklassen zum 01.06.2022 (Verteilung CO2 Preis Vermieter/Mieter); sofern dies zeitlich nicht gelingt, 50:50 Regelung	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	91	3007-3012	✓				
248	Digitalisierung des Gebäudeenergieausweises	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	91	3021				X	
249	Absenkung Kappungsgrenze auf 11 Prozent in drei Jahren in angespannten Märkten	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	91	3030-3031					○
250	Verlängerung der Mietpreisbremse bis 2029	Justiz	91	3031-3032				X	
251	Verpflichtende qualifizierte Mietspiegel bei Gemeinden mit über 100.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern	Justiz	91	3036-3037					○
252	Pilotprojekt zur Erstellung des Mietspiegels anhand von Angaben in der Steuererklärung	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	91	3037-3038					○
253	Nationaler Aktionsplan gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit zur Überwindung bis 2030	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	92	3041-3042				X	
254	Verpflichtende ladungsfähige Adresse bei Änderungen im Grundbuch	Justiz	92	3058					○
255	Machbarkeitsstudie Grundbuch Blockchain	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	92	3058-3060					○
256	Einführung echter Sachkundenachweis für Makler, Miet- und WEG-Verwalter	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	92	3062-3063					○
257	Clubs und Livemusikspielstätten als Kultur	Kultur	93	3082-3083					○
258	Keine Verlängerung Regelung § 13b BauGB	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	93	3096	✓				
259	Einberufung eines Bildungsgipfels	Bildung und Forschung	94	3138-3141	✓				
260	Fortsetzung Gute-Kita-Gesetz; Überführung in Qualitätsentwicklungsgesetz mit bundesweiten Standards	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	95	3148-3151	✓				
261	Verstetigung Programm „Sprach-Kitas“	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	95	3154		✓			

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
4,7	ÖF	Implizit vorhanden	4,8	Die Bundesregierung hat ihren Gesetzesentwurf zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes und weiterer Gesetze vorgelegt. Dieser wurde in erster Lesung beraten.
3,3	SF	Explizit vorhanden	3,2	Die Bundesregierung hat mit dem Jahressteuergesetz 2022 das Abschreibungs-niveau auf 3 Prozent erhöht.
2,8	DF	Nicht vorhanden	3,2	Noch 2023 soll ein erster Entwurf für den Gebäuderessourcenpass erscheinen.
3,0	ÖF	Nicht vorhanden	2,8	Bisher hat die Regierung keine Rohstoffsicherungsstrategie vorgestellt. Allerdings hat die Bundesregierung die sogenannte Holzbauinitiative vorgestellt, welche als Teil einer Strategie versandt werden kann.
3,7	ÖF	Explizit vorhanden	3,4	Durch das „Gesetz zur Aufteilung der Kohlendioxidkosten“ hat die Bundesregierung entsprechendes Ziel umgesetzt.
2,8	DF	Nicht vorhanden	3,6	Die Überarbeitung des Energieausweises ist im Heizungsgesetz integriert, welches sich im Gesetzgebungsprozess befindet.
3,2	SF	Implizit vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
4,3	SF	Implizit vorhanden	3,8	Es liegt ein Entwurf des Bundesrats vor. Zwischen Bau- und Justizministerium gibt es Uneinigkeit über den Bedarf.
4,0	SF	Nicht vorhanden	3,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	SF/SI	Nicht vorhanden	3,4	Es konnte kein entsprechendes Pilotprojekt identifiziert werden.
2,5	SF	Implizit vorhanden	3,4	Die Erarbeitung des Nationalen Aktionsplan ist im Haushalt vorgesehen und hat begonnen.
2,0	-	Nicht vorhanden	2,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,0	DF	Nicht vorhanden	3,0	Es wurde bisher keine Machbarkeitsstudie durchgeführt.
2,7	-	Nicht vorhanden	3,2	Die zu erwartenden Konsequenzen, falls eine verpflichtende Weiterbildung nicht absolviert wird, wurden erhöht, allerdings ist nach wie vor kein Sachkundenachweis eingeführt.
2,4	GF	Nicht vorhanden	3,2	Es konnte zwar eine Änderung der Baunutzungsverordnung in dem Gesetz zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften identifiziert werden, allerdings bezieht diese sich nicht auf die beschriebenen Vorhaben.
2,2	-	Nicht vorhanden	2,8	Das entsprechende Gesetz wurde nicht geändert, wodurch die beschriebene Regelung auslief.
3,0	GF	Nicht vorhanden	2,8	Der Bildungsgipfel fand am 14. und 15. März 2023 unter dem Motto „Chance Bildung“ in Berlin statt.
3,2	SF	Nicht vorhanden	2,8	Das „Zweite Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz)“ wurde beschlossen.
2,8	SF	Nicht vorhanden	3,7	Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ wurde bis Juni 2023 verlängert. Danach geht das Programm aber in die Verantwortung der Länder über.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
262	Zusammenführung Basis- und Bonustopf (Ganztagsbetreuung)	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	95	3163-3164	✓				
263	Programm Startchancen: Chancenbudget und feste Stellen für schulische Sozialarbeit an 4.000 Schulen mit hohem Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler	Bildung und Forschung	95-96	3174-3183				✗	
264	Mit den Ländern gemeinsamer Digitalpakt 2.0 für Schulen mit einer Laufzeit bis 2030	Bildung und Forschung	96	3197-3201					○
265	Nationale Koordinierungsstelle Lehrkräftefortbildung	Bildung und Forschung	96	3211-3214					○
266	Bafög reformieren: Auszahlung elternunabhängiger Garantiebetrags im Rahmen der Kindergrundsicherung direkt an volljährige Anspruchsberechtigte in Ausbildung und Studium	Bildung und Forschung	97	3222-3224					○
267	BAföG: Erhöhung Freibeträge, Anhebung Altersgrenzen, Verlängerung Förderhöchstdauer	Bildung und Forschung	97	3226-3229		✓			
268	Europarechtskonforme Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung für gemeinwohlorientierte Bildungsdienstleistungen	Finanzen	97	3238-3239	✓				
269	Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	98	3269-3272					○
270	Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	98	3274-3276	✓				
271	Fortführung Investitionsprogramm für Familien- und Jugendbildungsstätten	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	98	3280-3281					○
272	Heim- und Pflegekinder sollen eigene Einkünfte komplett behalten können	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	99	3295	✓				
273	Gesetzliche Regelung der Arbeit des „Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs“; regelmäßige Berichtspflicht an den Deutschen Bundestag	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	99	3303-3305					○
274	Verstetigung Nationaler Rat gegen sexuelle Gewalt	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	99	3305-3307	✓				
275	Gesamtstrategie zur Sicherung Fachkräftebedarf für Erziehungsberufe: Ausbildung vergütet und generell schulgeldfrei; Umschulungen werden auch im dritten Ausbildungsjahr vollständig gefördert	Arbeit und Soziales	99	3313-3320				✗	
276	Bündelung bisheriger Sozialleistungen als Kindergrundsicherung; einkommensunabhängiger Garantiebetrags; nach Einkommen der Eltern gestaffelter Zusatzbetrags; direkte Zahlung an volljährige Anspruchsberechtigte	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	100	3322-3339				✗	
277	Digitales Kinderchancenportal	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	100	3344-3345				✗	
278	Harmonisierung des Einkommensbegriffs bis Mitte 2023	Finanzen	100	3345-3346				✗	
279	Sofortzuschlag für Kinder, die Anspruch auf Leistungen gemäß SGB II, SGB XII oder Kinderzuschlag haben	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	100	3346-3348	✓				
280	Steuergutschrift für Alleinerziehende	Finanzen	100	3349-3350		✓			
281	Zweiwöchige vergütete Freistellung für Partnerin oder Partner nach Geburt eines Kindes (auch für Alleinerziehende)	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	100-101	3355-3357				✗	
282	Mutterschutz und Freistellung für Partner bzw. Partnerin bei Fehl- und Totgeburten nach der 20. Schwangerschaftswoche	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	101	3357-3359					○

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,7	SF	Implizit vorhanden	3,2	Das „Gesetz zur Änderung des Ganztagsfinanzierungsgesetzes und des Ganztagsfinanzhilfegesetzes“ ist in Kraft getreten.
3,3	SF	Explizit vorhanden	3,8	Ein Eckpunktepapier zum Startchancenprogramm liegt vor. Eine Einigung zwischen Bund und Ländern steht bislang noch aus.
4,0	DF	Nicht vorhanden	3,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	SI	Nicht vorhanden	2,8	Die Koordinierungsstelle existiert noch nicht. Es gibt keinen Zeitplan zur Umsetzung.
3,8	SF	Explizit vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,2	SF	Explizit vorhanden	3,3	Es wurden sowohl die Freibeträge als auch die Altersgrenzen erhöht. Die reguläre Förderungshöchstdauer ist nach wie vor an die Regelstudienzeit des entsprechenden Studienganges geknüpft.
2,3	SF/GF	Explizit vorhanden	2,8	Es wurden keine Änderungen in den Gesetzen getroffen.
3,5	GF	Nicht vorhanden	4,0	Bislang wurden Kinderrechte nicht im Grundgesetz verankert.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,0	Der Nationale Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wurde im November 2022 gestartet.
2,8	SF	Implizit vorhanden	3,0	Die Bundesregierung meinte mit dem Investitionsprogramm das „Sonderprogramm Jugend“, welches sie nicht fortgeführt hat.
2,2	SF	Explizit vorhanden	2,8	Das Gesetz zur Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe ist seit dem 01.01.2023 in Kraft.
3,0	GF	Nicht vorhanden	3,0	Es wurde eine unabhängige Beauftragung für Fragen des Sexuellen Kindesmissbrauchs berufen. Die Arbeit wurde noch nicht gesetzlich geregelt, dieser Prozess ist für 2023 vorgesehen.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,0	Der Nationale Rat gegen sexuelle Gewalt besteht weiterhin und ist Teil der Strategie gegen sexuelle Gewalt.
4,2	SF/GF	Implizit vorhanden	3,8	Die Erarbeitung einer Gesamtstrategie steht noch aus. Es gab eine Auftaktveranstaltung hierzu, ein Zeitplan für die Umsetzung ist nicht bekannt.
4,2	SF	Explizit vorhanden	4,0	Die Kindergrundsicherung befindet sich aktuell in Finanzierungsdiskussion. Es wurde noch kein parlamentarisches Verfahren eingeleitet.
2,8	GF	Implizit vorhanden	3,6	Es gibt ein Eckpunktepapier zur digitalen Antragsstellung im Kindergrundsicherungsportal. Konkrete Pläne zum Chancenportal sind nicht bekannt.
2,4	SF	Nicht vorhanden	3,7	Es gibt bisher keine Harmonisierung. Es wurde eine Prüfung des Normenkontrollrates eingeleitet, dessen Vorschläge bekannt sind.
3,0	SF	Explizit vorhanden	3,3	Der Sofortzuschlag für Kinder wurde beschlossen und wird seit Juli 2022 an die versprochene Zielgruppe ausgezahlt.
2,4	SF	Nicht vorhanden	3,5	Im Jahressteuergesetz 2022 wurde eine Erhöhung des Entlastungsbeitrags für Alleinerziehende beschlossen. Eine Steuergutschrift soll noch folgen.
3,2	SF	Explizit vorhanden	3,6	Die sogenannte „Familienstartzeit“ steht in Diskussion und befindet sich in der Ressortabstimmung.
2,3	SF	Explizit vorhanden	3,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
283	Erweiterung Partnermonate Basis-Elterngeld um einen Monat (auch für Alleinerziehende)	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	101	3361-3362					○
284	Einführung Elterngeldanspruch für Pflegeeltern	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	101	3362-3363					○
285	Verlängerung elternzeitbedingten Kündigungsschutz um drei Monate nach Rückkehr in den Beruf	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	101	3367-3368					○
286	Erhöhung Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil auf 15 Tage (Alleinerziehende 30 Tage)	Gesundheit	101	3370-3371	✓				
287	Ausweitung des „kleinen Sorgerechts“ auf soziale Eltern als eigenes Rechtsinstitut; Übertragung bei Zustimmung der rechtlichen Eltern auf bis zu zwei Erwachsene	Justiz	101	3374-3376				✗	
288	Einführung des Instituts der Verantwortungsgemeinschaft	Justiz	101	3376-3379				✗	
289	Geburt eines Kindes in Ehe zweier Frauen: beide rechtliche Mütter des Kindes	Justiz	101	3382-3383					○
290	Möglichkeit statusunabhängiges Feststellungsverfahren zur gerichtlichen Klärung der Abstammung ohne Anfechtung der rechtlichen Elternschaft	Justiz	101	3386-3389					○
291	Öffnung Samenspenderegister für bisherige Fälle, private Spenden und Embryonenspenden	Gesundheit	101-102	3389-3391					○
292	Umgangsrecht für Kinder mit Großeltern und Geschwistern	Justiz	102	3400-3402					○
293	Liberalisierung des Namensrechts; Einführung echter Doppelnamen	Justiz	102	3402-3403			✗		
294	Gesetzliche Verankerung Fortbildungsanspruch für Familienrichterinnen und -richter	Justiz	102	3406-3407					○
295	Möglichkeit für unverheiratete Väter, bei gemeinsamen Wohnsitz der Eltern, durch einseitige Erklärung das gemeinsame Sorgerecht zu erlangen; bei Widerspruch durch Mutter Klärung durch Familiengericht	Justiz	102	3410-3413					○
296	Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage	Inneres und Heimat	104	3468-3472			✗		
297	Unabhängige Polizeibeauftragte bzw. unabhängiger Polizeibeauftragter (Bundespolizei) als Anlaufstelle beim Deutschen Bundestag mit Akteneinsichts- und Zutrittsrechten	Inneres und Heimat	104	3484-3486			✗		
298	Einführung von pseudonymer Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten	Inneres und Heimat	104	3486			✗		
299	Neuausrichtung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BBK) zur Zentralstelle	Inneres und Heimat	105	3495-3497					○
300	Bündelung physischer Schutz kritischer Infrastrukturen in KRITIS-Dachgesetz	Inneres und Heimat	105	3504-3505			✗		
301	Gesetzliche Verankerung des periodischen Sicherheitsberichts	Inneres und Heimat	105	3525					○
302	Verstetigung des Pakts für den Rechtsstaat und Erweiterung um Digitalpakt für die Justiz	Justiz	105	3527-3528		✓			
303	Effizientere Gerichtsverfahren: Verhandlungen online durchführbar	Justiz	106	3536-3538			✗		
304	Effizientere Gerichtsverfahren: Beweisaufnahmen sollen audio-visuell dokumentiert und mehr spezialisierte Spruchkörper eingesetzt werden können	Justiz	106	3536-3538			✗		
305	Fortentwicklung der Musterfeststellungsklage (Umsetzung der EU-Verbandsklagerichtlinie); Klagemöglichkeit auch für kleine Unternehmen; Festhalten der Anforderungen an klageberechtigte Verbände	Justiz	106	3542-3545	✓				

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,8	SF	Explizit vorhanden	3,4	Es wurde keine Erhöhung der Partnermonate beschlossen.
3,0	SF	Explizit vorhanden	3,6	Es wurde keine Anpassung beschlossen.
3,0	SF	Implizit vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,0	SF	Explizit vorhanden	3,2	Die Kinderkrankentage wurden am 23. April 2021 auf 30 bzw. 60 aufgrund der Corona-Pandemie erhöht.
2,7	SF/GF	Nicht vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor. Es soll Teil einer größeren Reform des Sorge- und Umgangsrechts sein.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,6	Es wird an einem Konzept gearbeitet. Die Veröffentlichung eines Eckpunktepapiers ist in den nächsten Monaten geplant.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	GF	Nicht vorhanden	3,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	GF	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	GF	Nicht vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,6	GF	Nicht vorhanden	3,2	Ein erster Referentenentwurf liegt vor. Derzeit werden noch Stellungnahmen eingeholt.
1,7	GF	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,5	GF	Nicht vorhanden	4,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	SF	Nicht vorhanden	2,7	Ein Gesetzesentwurf wurde von der Regierung beschlossen. Die Besprechung im Bundestag steht noch aus.
2,0	SI	Nicht vorhanden	3,0	Ein Eckpunktepapier wurde vorgestellt und die Umsetzung eingeleitet.
2,0	-	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt ein Referentenentwurf vor.
2,4	SI	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,2	Es liegt ein vom Kabinett verabschiedetes Eckpunktepapier vor.
2,2	SI	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,5	Beim Digitalpakt für die Justiz konnte sich auf das Verteilen von ersten Geldern im April 2023 geeinigt werden.
2,6	DF/SI	Nicht vorhanden	3,5	Die Änderungen der Zivilprozessordnung befindet sich in der Erprobungsphase.
2,6	SI	Nicht vorhanden	3,5	Ein Regierungsentwurf liegt vor.
2,8	GF/SI	Nicht vorhanden	3,5	Der Bundestag hat das Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG beschlossen.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
306	Englischsprachige Spezialkammern für internationale Handels- und Wirtschaftstreitigkeiten	Justiz	106	3545-3546			X		
307	Verpflichtende Bild- und Tonaufzeichnungen in Vernehmungen und Hauptversammlungen	Justiz	106	3557-3558			X		
308	Öffentliche Datenbank mit Gerichtsentscheidungen in anonymisierter Form	Justiz	106	3560-3561					○
309	Sicherstellung der Verteidigung der Beschuldigten mit Beginn der ersten Vernehmung	Justiz	106	3561-3562					○
310	Archiv zu Rechtsterrorismus in Zusammenarbeit mit betroffenen Bundesländern	Inneres und Heimat	107	3588-3590					○
311	Nationaler Gedenktag am 11. März für die Opfer terroristischer Gewalt	Inneres und Heimat	107	3590-3591	✓				
312	Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) auch in Deutschland als Ombudsstelle	Inneres und Heimat	107	3592-3594					○
313	Notwendige Vorlage vom kleinen Waffenschein beim Erwerb entsprechender Gegenstände	Inneres und Heimat	108	3617-3618					○
314	Eigenes Gesetz zur Regulation privater Sicherheitsdienste	Inneres und Heimat	108	3620			X		
315	Schaffung einer Freiheitskommission zu Beratung bei Sicherheitsgesetzgebungsvorhaben	Inneres und Heimat	109	3630-3632				X	
316	Vorratsdatenspeicherung: Speicherung von Daten rechtssicher anlassbezogen und durch richterlichen Beschluss	Justiz	109	3639-3642				X	
317	Novellierung des Bundespolizeigesetzes ohne die Befugnis zur Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung	Inneres und Heimat	109	3657-3659			X		
318	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZiTiS)	Inneres und Heimat	109-110	3662-3665				X	
319	Keine verpflichtenden Uploadfilter	Justiz	110	3667	✓				
320	Verkürzung der archivrechtlichen Schutzfristen bei Verschlussachen auf maximal 30 Jahre	Justiz	110	3676-3678					○
321	Bundesweiter Härtefallfonds für SED-Opfer	Anderes	111	3700-3702				X	
322	Grundsatzgesetz als fairer Rahmen für die Ablösung der Staatsleistungen	Inneres und Heimat	111	3709-3710				X	
323	Videobeurkundungen bei Gründung von Gesellschaften	Justiz	111-112	3732-3734	✓				
324	Online-Hauptversammlungen dauerhaft ermöglichen	Justiz	112	3734-3735	✓				
325	Recht auf Reparatur	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	112	3760-3762				X	
326	Abo-Verträge müssen immer auch mit einer Mindestlaufzeit von höchstens einem Jahr angeboten werden	Justiz	113	3769-3770					○
327	„No-show“-Klauseln untersagen wir im AGB-Recht	Justiz	113	3776					○
328	Unabhängige Instanz zur Mittelvergabe und Transparenzportal bei Spitzensportförderung	Inneres und Heimat	113	3795-3797				X	
329	Dauerhafte Finanzierung der Vereinigung Athleten Deutschland e.V.	Inneres und Heimat	113	3799-3800	✓				
330	Gleichstellungs-Check künftiger Gesetze	Anderes	114	3826-3828					○

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,4	SI	Explizit vorhanden	3,2	Ein Referentenentwurf liegt vor.
2,3	SI	Nicht vorhanden	2,8	Ein erster Gesetzesentwurf wurde von der Bundesregierung im Bundesrat vorgelegt.
2,7	SI	Nicht vorhanden	3,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,6	GF/SI	Explizit vorhanden	3,5	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,0	Es liegt kein Zeit- und Finanzierungsplan zur Umsetzung vor.
2,0	GF	Nicht vorhanden	2,8	Der Gedenktag wurde 2022 eingeführt.
2,0	GF/SI	Nicht vorhanden	3,2	Über die Einrichtung ist inhaltlich und organisatorisch keine Entscheidung bekannt.
3,0	-	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	SI	Nicht vorhanden	3,3	Ein Referentenentwurf liegt vor.
2,2	SI	Implizit vorhanden	2,8	Es laufen konzeptionelle Überlegungen.
3,2	SI	Explizit vorhanden	3,5	Ein Gesetzesentwurf zur Einführung eines sog. „Quick-Freeze“ liegt vor. Es besteht zwischen Justiz- und Innenministerium Uneinigkeit.
2,6	SI	Nicht vorhanden	3,8	Ein Referentenentwurf liegt vor.
2,4	SI	Nicht vorhanden	3,5	Ein Eckpunktepapier liegt vor.
2,2	DF	Nicht vorhanden	3,0	Bisher existieren keine verpflichtenden Uploadfilter.
2,0	-	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	SF/GF	Nicht vorhanden	3,2	Ein Eckpunktepapier liegt vor.
2,2	SI	Nicht vorhanden	2,8	Die Verhandlungen zwischen Bundesinnenministerium, Ländern und Kirchenvertretungen laufen.
2,2	DF/SI	Explizit vorhanden	3,2	Ein entsprechendes Gesetz wurde vom Bundestag beschlossen.
2,2	DF	Explizit vorhanden	3,2	Ein entsprechendes Gesetz wurde vom Bundestag beschlossen.
3,0	ÖF	Nicht vorhanden	3,7	Ein Vorschlag der EU-Kommission liegt vor.
2,2	-	Nicht vorhanden	2,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	-	Nicht vorhanden	2,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,0	SI	Nicht vorhanden	3,3	Ein Grobkonzept befindet sich in der Stakeholder-Konsultation.
2,0	GF	Implizit vorhanden	3,3	Der Verein Athleten Deutschland e.V. erhält weiterhin Geld aus dem Bundeshaushalt.
2,6	GF	Nicht vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
331	Unabhängige Monitoringstelle zur Umsetzung der Europaratskonvention gegen Menschenhandel	Familien, Senioren, Frauen und Jugend	115	3848-3849	✓				
332	Ratifizierung ILO Konvention Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt	Arbeit und Soziales	115	3849-3851	✓				
333	Weiterentwicklung Entgelttransparenzgesetz: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, individuelle Rechte durch Verbände im Wege der Prozessstandschaft geltend machen zu lassen	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	115	3859-3862				✗	
334	Überführung Kombination aus den Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV	Finanzen	115	3870-3873					○
335	Schwangerschaftsabbrüche als Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung	Gesundheit	116	3875-3876					○
336	Gesetzliche Maßnahmen gegen Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegnerinnen und -gegnern	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	116	3878-3879					○
337	Schwangerschaftskonfliktberatung auch online	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	116	3880-3881					○
338	Streichung von § 219a StGB	Justiz	116	3881-3883	✓				
339	Möglichkeit für Krankenkassen, Verhütungsmittel als Satzungsleistung zu erstatten (Kostenübernahme bei Geringverdienenden)	Gesundheit	116	3885-3886					○
340	Förderfähigkeit bei künstlicher Befruchtung: auch bei heterologer Insemination, unabhängig von medizinischer Indikation, Familienstand und sexueller Identität	Gesundheit	116	3889-3891					○
341	Übernahme von 25 Prozent der Kosten bei Künstlicher Befruchtung unabhängig der Landesbeteiligung (Prüfung der Beschränkung durch Alter und Behandlungszyklen)	Gesundheit	116	3891-3894					○
342	Übernahme der Kosten für Präimplantationsdiagnostik	Gesundheit	116	3894					○
343	Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin	Gesundheit	116	3898-3900	✓				
344	Fortführung des Patenschaftsprogramms „Menschen stärken Menschen“	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	117	3913-3914	✓				
345	Neue nationale Engagementstrategie	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	117	3916				✗	
346	Einbringung eines Demokratiefördergesetzes bis 2023	Inneres und Heimat	117	3928-3931			✗		
347	Bundesprogramm „Demokratie leben!“, mehrjährige Zuwendungen ermöglichen, dauerhafte Absicherung der Finanzierung	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	117	3933-3938					○
348	Partizipationsgesetz	Inneres und Heimat	118	3950-3952					○
349	Mehrfachstaatsangehörigkeit ermöglichen	Inneres und Heimat	118	3962-3964			✗		
350	Einbürgerung in der Regel nach fünf Jahren, bei besonderen Leistungen nach drei Jahren	Inneres und Heimat	118	3964-3965			✗		
351	Erwerb der Niederlassungserlaubnis nach drei Jahren ermöglichen	Inneres und Heimat	118	3965-3966			✗		
352	In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern mit Geburt deutsche Staatsbürgerinnen bzw. Staatsbürger, wenn ein Elternteil seit fünf Jahren einen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt hat	Inneres und Heimat	118	3966-3968			✗		
353	Nationaler Queer-Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	119	3996-4000	✓				

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,0	Eine unabhängige Berichterstattungsgesstelle wurde am Deutschen Institut für Menschenrechte etabliert.
3,2	GF	Nicht vorhanden	3,2	Der Bundestag hat die Konvention 190 erfolgreich ratifiziert.
3,0	SF	Nicht vorhanden	3,2	Ein Zeitplan und Umsetzungsschritte liegen vor. Fachveranstaltungen zur Novelle sind angesetzt.
2,3	-	Implizit vorhanden	2,6	Zwar wurde die individuelle Wahl zur Steuerklasse IV erleichtert, grundsätzlich hat jedoch keine Überführung stattgefunden. Ein Wechsel ist weiterhin optional.
2,7	GF	Nicht vorhanden	3,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,0	GF	Explizit vorhanden	3,5	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,0	DF/GF	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
4,0	GF	Nicht vorhanden	4,4	Ein entsprechendes Gesetz wurde vom Bundestag beschlossen.
2,5	SF/GF	Explizit vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	GF	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,7	GF	Explizit vorhanden	3,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,5	SF/GF	Explizit vorhanden	3,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	GF	Nicht vorhanden	2,8	Die Kommission hat sich konstituiert.
2,3	GF	Implizit vorhanden	3,0	Das Programm wird fortgeführt und gefördert.
2,4	GF	Nicht vorhanden	3,5	Der Beteiligungsprozess zur Erarbeitung wurde begonnen.
3,3	GF	Nicht vorhanden	4,0	Der Entwurf befindet sich im Gesetzgebungsprozess.
3,2	GF	Implizit vorhanden	3,5	Eine dauerhafte Verankerung über die aktuelle Förderperiode hinaus wurde noch nicht geschaffen.
3,3	GF	Nicht vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,5	Ein Referentenentwurf liegt vor.
4,0	GF	Nicht vorhanden	3,8	Ein erster Gesetzesentwurf wurde vorgelegt.
3,7	GF	Implizit vorhanden	3,6	Ein erster Gesetzesentwurf wurde vorgelegt.
3,7	GF	Nicht vorhanden	3,8	Ein erster Gesetzesentwurf wurde vorgelegt.
2,6	GF	Nicht vorhanden	3,2	Der Aktionsplan „Queer leben“ wurde vom Kabinett beschlossen.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
354	Dauerhafte Absicherung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld im Haushalt	Justiz	119	4000-4001	✓				
355	Explizite Aufnahme geschlechtsspezifischer und homosexuellenfeindlicher Beweggründe in den Katalog der Strafzumessung des § 46 Abs. 2 StGB	Justiz	119	4002-4003	✓				
356	Separate Erfassung der Hasskriminalität aufgrund des Geschlechts und gegen queere Menschen bei Landes-/ Bundespolizei	Inneres und Heimat	119	4004-4005	✓				
357	Ersetzung des Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	119	4007-4010			✗		
358	Vollständige Übernahme geschlechtsangleichender Operationen durch GKV	Gesundheit	119	4011-4012					○
359	Entschädigungsfonds für von Körperverletzungen oder Zwangsscheidungen betroffene Trans- und Inter-Personen	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	120	4013-4015					○
360	Aufhebung der Strafausnahmen in § 5 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz vor Konversionsbehandlungen	Gesundheit	120	4015-4017					○
361	Abschaffung Blutspende- und Organentnahmeverbot für Männer, die Sex mit Männern haben sowie Transpersonen	Gesundheit	120	4017-4018	✓				
362	Verstetigung des Rassismusmonitors des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	120	4038-4041					○
363	Einsetzung einer Anti-Rassismusbeauftragten bzw. eines -beauftragten	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	120	4041-4042	✓				
364	Nationale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der EU-Roma-Strategie	Inneres und Heimat	120	4042-4043					○
365	Unabhängige Monitoring- und Beratungsstelle für antiziganistische Vorfälle	Inneres und Heimat	120	4043-4044	✓				
366	Einsetzung einer Antiziganismusbeauftragten bzw. eines -beauftragten	Inneres und Heimat	120	4044-4045	✓				
367	Ergänzung Gleichbehandlungsartikel im Grundgesetz um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	121	4046-4047					○
368	Ersetzung des Begriffs „Rasse“ im Grundgesetz	Justiz	121	4046-4047					○
369	Wahl der Leitung der Antidiskriminierungsstelle durch den Bundestag	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	121	4050-4052	✓				
370	Kultur als Staatsziel verankern	Kultur	121	4080-4081					○
371	Erhalt der erhöhten Zuverdienstgrenze aus selbstständiger nicht-künstlerischer Tätigkeit	Arbeit und Soziales	122	4088-4091	✓				
372	Sonntagsöffnung öffentlicher Bibliotheken ermöglichen	Kultur	122	4114					○
373	Einstufung von E-Sport als gemeinnützig	Inneres und Heimat	123	4124-4125					○
374	Schaffung einer „Bundesstiftung industrielles Welterbe“	Kultur	123	4145-4147					○
375	Gesetz Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Bundesbehörden	Inneres und Heimat	124	4172-4173					○
376	Verstetigung Förderprogramm „Jugend erinnert“	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	125	4186-4187	✓				
377	Offizielle Anerkennung der Opfer der „Euthanasiemorde“ und Zwangssterilisation als Opfer des Nationalsozialismus	Kultur	125	4194-4195				✗	

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
1,7	GF	Nicht vorhanden	2,6	Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld erhielt im Haushalt 2023, 2022 und 2021 Gelder aus dem Bundeshaushalt.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,6	Das Gesetz wurde erfolgreich beschlossen.
2,2	GF	Implizit vorhanden	3,7	Ab 2022 wird Hasskriminalität vom Bundeskriminalamt getrennt nach den Themenfeldern „Frauenfeindlich“ und „Geschlechtsbez. Diversität“ ausgewiesen.
3,3	GF	Nicht vorhanden	4,2	Ein Referentenentwurf liegt vor.
2,5	GF	Explizit vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	GF	Explizit vorhanden	3,5	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,3	GF	Nicht vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,5	GF	Nicht vorhanden	3,6	Der Ausschluss wurde erfolgreich aufgehoben.
2,2	GF	Explizit vorhanden	3,7	Eine Verstetigung liegt bisher nicht vor.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,0	Das Bundeskabinett hat Staatsministerin für Integration Reem Alabali-Radovan zur Beauftragten der Bundesregierung für Anti-Rassismus ernannt.
1,8	GF	Nicht vorhanden	4,0	Es gibt bisher keine Koordinierungsstelle.
2,0	GF	Nicht vorhanden	3,8	Seit 2022 existiert die „Melde und Informationsstelle Antiziganismus“ (MIA), welche vom BMI gefördert wird.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,0	Das Bundeskabinett hat Dr. Mehmet Daimagüler zum ersten Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Sintize sowie Roma und Romnja in Deutschland ernannt.
3,0	GF	Nicht vorhanden	4,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,7	GF	Nicht vorhanden	4,0	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	GF	Nicht vorhanden	3,2	Die Wahl der Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes durch den Bundestag wurde festgeschrieben. Ferda Ataman wurde gewählt.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,2	SF	Explizit vorhanden	2,8	Die erhöhten Zuverdienstgrenzen wurden dauerhaft gesetzlich geregelt.
2,6	GF	Nicht vorhanden	3,3	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	-	Nicht vorhanden	2,3	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	-	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Konzept oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,0	GF	Nicht vorhanden	3,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	GF	Nicht vorhanden	3,0	Eine Finanzierung bis 2025 ist durch das Auswärtige Amt vorgenommen.
3,0	GF	Nicht vorhanden	3,2	Ein Antrag zur Anerkennung wurde noch nicht beschlossen. Ein Antrag der Fraktion Die Linke wurde an die Ausschüsse überwiesen.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
378	Ausschluss der Verjährung des Herausgabeanspruchs bei NS-Raubkunst	Kultur	125	4197-4201					○
379	Schaffung eines Sonderprogramms „Globaler Süden“	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	126	4219			✗		
380	Auflage eines Schulentwicklungsfonds	Bildung und Forschung	127	4252-4254					○
381	Ausdehnung der Beteiligung von Standort- und Nachbarkommunen an Wertschöpfung für Freiflächen-Photovoltaik- und Onshore-Windkraft-Anlagen auf Bestandsanlagen, verpflichtend für Neuanlagen	Wirtschaft und Klimaschutz	128	4306-4308				✗	
382	Fortschreibung Bundesprogramm Smart Cities und Erweiterung auf Smart Regions	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	129	4335-4336		✓			
383	Konzept zur Verbesserung der Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen und Entscheidungsgremien in allen Bereichen bis Ende 2022	Anderes	130	4358-4359		✓			
384	Schaffung eines „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“	Anderes	130	4359-4363	✓				
385	Vorlage eines Konzepts mit objektiven Kriterien zur Ansiedlung von Bundes- und Forschungseinrichtungen in ostdeutschen Bundesländern und strukturschwachen Regionen bis spätestens Mitte 2022	Anderes	130	4365-4368					○
386	Zustimmung zum Direktwahlakt 2018, wenn bis zum Sommer 2022 kein neuer Direktwahlakt vorliegt	Inneres und Heimat	131	4414-4415	✓				
387	Beitritt European Institute of Peace	Auswärtiges	135	4554-4556	✓				
388	Überführung des Exzellenzzentrum für zivile GSVP-Missionen in die institutionelle Förderung	Verteidigung	135	4554-4556					○
389	Jugendlichen nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland und bis zum 27. Lebensjahr sollen die Möglichkeit für ein Bleiberecht bekommen (§ 25a Aufenthaltsgesetz, AufenthG)	Inneres und Heimat	138	4645-4650	✓				
390	Familien soll nach sechs bzw. vier Jahren Aufenthalt in Deutschland ein Bleiberecht eröffnet werden (§ 25b AufenthG)	Inneres und Heimat	138	4645-4650	✓				
391	Einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe - für Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, und nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen	Inneres und Heimat	138	4652-4657	✓				
392	Aufenthaltserlaubnis für Geduldete in Ausbildung (§ 60 c AufenthG)	Inneres und Heimat	138	4659-4660					○
393	Entfristung der Beschäftigungsduldung	Inneres und Heimat	138	4660-4663					○
394	Möglichkeit einer Versicherung an Eides statt bei der Identitätsprüfung (Gesetzliche Regelung im Ausländerrecht)	Inneres und Heimat	138	4663-4665					○
395	Abschaffung des Arbeitsverbots für bereits in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer	Inneres und Heimat	139	4666					○
396	Bundesprogramm zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration von Menschen aus (Süd)ost-Europa	Inneres und Heimat	139	4685-4686					○
397	Einführung einer flächendeckenden, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung	Inneres und Heimat	140	4703-4706	✓				

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,6	GF	Nicht vorhanden	3,4	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,2	GF	Nicht vorhanden	3,4	Im Bundeshaushalt sind Gelder vorgesehen.
3,0	SF/GF/SI	Implizit vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,8	ÖF	Nicht vorhanden	3,6	Es ist keine Verpflichtung eingeführt worden. Ein Eckpunktepapier für weitere Beteiligungsschritte liegt vor.
2,2	DF/SI	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein konsistentes Bundesprogramm vor. Es gibt Bundesprogramme zur Finanzierung von Modellprojekten.
3,0	GF	Nicht vorhanden	3,4	Die Bundesregierung hat im Januar 2023 das Konzept „Ostdeutsche in Führungspositionen“ verabschiedet.
3,0	-	Nicht vorhanden	3,4	Das Zukunftszentrum wird aktuell in Halle an der Saale gebaut.
2,8	GF/SI	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Konzept oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	-	Nicht vorhanden	2,8	Eine Ratifizierung wurde vorgenommen, da dem Entwurf durch die EU-Kommission noch nicht vom Rat einstimmig zugestimmt werden konnte.
1,7	-	Nicht vorhanden	3,6	Das European Institute of Peace wird im Bundeshaushalt mit 1 Mio. Euro unterstützt und Deutschland stellt ein „Board Member“ dar.
2,2	-	Nicht vorhanden	3,6	Es liegt kein Konzept oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,3	GF	Nicht vorhanden	3,6	Das sogenannte Chancen-Aufenthaltsrecht wurde beschlossen.
3,7	GF	Nicht vorhanden	3,6	Im Chancen-Aufenthaltsrecht wurde dies integriert.
3,3	GF	Nicht vorhanden	3,6	Im Chancen-Aufenthaltsrecht wurde dies integriert.
3,3	GF	Nicht vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,2	SF/GF	Nicht vorhanden	3,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,0	GF	Nicht vorhanden	3,7	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,5	GF	Nicht vorhanden	3,3	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,0	GF	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	GF	Nicht vorhanden	3,4	Das Versprechen wurde im Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren erfüllt.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
398	Keine Weiterverfolgung des Konzepts der AnKER-Zentren	Inneres und Heimat	140	4708					○
399	Gleichstellung subsidiär Geschützter mit GFK-Flüchtlingen bei der Familienzusammenführung	Inneres und Heimat	140	4711-4716				✗	
400	Minderjährige Kinder von Leistungseinschränkungen bzw. -kürzungen der Gesundheitsversorgung ausnehmen	Inneres und Heimat	140	4719-4721					○
401	Keine Abschiebehaft für Kinder und Jugendliche	Inneres und Heimat	140	4725-4727					○
402	Einsetzen einer Sonderbevollmächtigten bzw. eines Sonderbevollmächtigten zum Migrationsabkommen	Inneres und Heimat	141	4736-4743	✓				
403	Einführung von humanitären Visa für gefährdete Personen und digitale Vergabeverfahren	Inneres und Heimat	142	4799-4800		✓			
404	Vorlage einer Nationalen Sicherheitsstrategie im ersten Jahr	Auswärtiges	144	4846-4847		✓			
405	Einsetzen eines nationalen Rüstungsexportkontrollgesetzes	Wirtschaft und Klimaschutz	146	4912-4917				✗	
406	Keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind	Wirtschaft und Klimaschutz	146	4918-4920					○
407	Ratifizierung Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der VN	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	147	4953	✓				
408	Beschaffung eines Nachfolgesystems für das Kampfflugzeug Tornado	Verteidigung	149	5018-5019	✓				
409	Beim Einsatz von Drohnen gelten die Regeln des Völkerrechts, Ablehnung extralegale Tötungen	Verteidigung	149	5022-5026	✓				
410	Ausbildung und Dienst an der Waffe nur für volljährige Soldatinnen und Soldaten	Verteidigung	149	5040-5041					○
411	Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Evakuierungsmission des Afghanistan-Einsatzes	Auswärtiges	150	5056-5057	✓				
412	Evaluierung Gesamteinsatz in Afghanistan in einer Enquete-Kommission	Auswärtiges	150	5056-5060	✓				
413	ODA-Quote von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE); 0,2 Prozent des BNE für die ärmsten Länder des Globalen Südens (LDC)	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	150	5068-5071		✓			
414	Steigerung der Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und Entwicklungszusammenarbeit wie bisher im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung auf Grundlage des Haushaltes 2021	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	150	5071-5073					○
415	Möglichkeit des visafreien Reiseverkehrs aus Russland nach Deutschland für junge Menschen unter 25	Inneres und Heimat	154	5206-5208					○
416	Ab 2023 Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse	Finanzen	158	5347-5349	✓				
417	Zusammenfassung der Tilgungspläne, die aufgrund der Überschreitung der regulären Obergrenze für die Nettokreditaufnahme (NKA) in den Jahren 2020 bis 2022 erstellt wurden, in einen Gesamttilgungsplan	Finanzen	160	5403-5407	✓				
418	Berücksichtigung der Sondervermögen in der Schuldenregel 1:1	Finanzen	160	5408-5412	✓				
419	Weiterentwicklung des Energie- und Klimafonds (EKF) zu einem Klima- und Transformationsfonds: die Mittel im Haushalt 2021 aus bereits veranschlagten und nicht genutzten Kreditermächtigungen werden in einen Nachtragshaushalt dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) übertragen	Finanzen	160-161	5413-5424	✓				

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,8	GF	Nicht vorhanden	2,8	Die AnKER-Zentren werden in den Landesaufnahmegesetzen geregelt und befinden sich daher in Zuständigkeit der Länder. Es wurde noch keine Änderung beschlossen.
3,8	GF	Nicht vorhanden	3,6	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor. Eine Regelung im zweiten Migrationspaket ist angedacht.
3,0	SF/GF	Nicht vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,7	GF	Nicht vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	GF	Nicht vorhanden	3,8	Das Amt des des Sonderbevollmächtigten bzw. der -bevollmächtigten wurde geschaffen und mit Joachim Stamp besetzt.
3,5	GF	Nicht vorhanden	3,2	Das Auswärtige Amt erteilt weiterhin humanitäre Visa. Es wurde kein digitales Aufnahmeverfahren eingeführt.
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,4	Am 14.06.2023 wurde die Nationale Sicherheitsstrategie verabschiedet.
3,5	-	Implizit vorhanden	3,0	Es liegt ein Eckpunktepapier vor.
3,2	-	Nicht vorhanden	3,3	Es wurden sowohl Rüstungsgüter an Saudi-Arabien als auch andere Kriegsparteien geliefert.
2,2	SF	Nicht vorhanden	3,5	Das Gesetz wurde ratifiziert.
3,4	SI	Nicht vorhanden	2,4	Das Mehrkampfflugzeug F-35 wurden als Nachfolge angekündigt.
3,0	SI	Nicht vorhanden	2,8	Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat die Mittel für die Bewaffnung von Drohnen mit Präzisionslenkkörpern freigegeben.
2,5	-	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,4	-	Implizit vorhanden	3,2	Ein Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt.
2,2	-	Nicht vorhanden	3,4	Eine Enquete-Kommission wurde eingesetzt.
3,5	SF	Nicht vorhanden	3,2	Die ODA-Quote wurde mit 0,83% erfüllt. Die LDC-Quote wurde nicht erreicht.
3,5	SF/GF	Nicht vorhanden	2,4	Der Haushalt für das BMZ ist gesunken, während der Haushalt für Verteidigung gestiegen ist.
2,5	GF	Nicht vorhanden	2,8	Die Bundesregierung plant aufgrund des russischen Angriffskrieges keine weiteren Gespräche für Visaerleichterungen.
4,3	-	Nicht vorhanden	2,4	Die Schuldenbremse wurde 2023 eingehalten.
3,3	-	Implizit vorhanden	4,2	Ein Tilgungsplan im Rahmen der NextGenerationEU wurde beschlossen.
3,5	-	Nicht vorhanden	3,2	Die Bundestagsfraktionen haben die Anrechnungsweise angepasst.
4,5	ÖF	Nicht vorhanden	2,8	Der Fonds wurde in „Klima-Transformationsfonds“ umbenannt und hat zusätzliche, nicht vergebene Kreditermächtigungen zugewiesen bekommen.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
420	Fortführung Nachhaltigkeitsberichterstattung für die Sozialversicherungen	Wirtschaft und Klimaschutz	161	5425	✓				
421	Evaluation des Konjunkturbereinigungsverfahrens entsprechend dem gesetzlichen Auftrag der Schuldenbremse, daraus ergebene Anpassungen vornehmen ohne Änderung der grundgesetzlichen Schuldenbremse	Finanzen	161	5426-5429				✗	
422	Einführung einer Vermögenserfassung des Bundes	Finanzen	161	5450-5455			✗		
423	Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP): Ergebnisse, inkl. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Verträge, transparent im Internet veröffentlichen	Digitales und Verkehr	162	5464-5473				✗	
424	Fortführung der Innovationsprämie zur Unterstützung der Anschaffung elektrischer PKW unverändert nach der bisherigen Regelung bis zum 31. Dezember 2022	Wirtschaft und Klimaschutz	162-163	5487-5495	✓				
425	Privilegierung von Hybridfahrzeugen (Entnahmewert 0,5 Prozent), wenn überwiegend (mehr als 50 Prozent) rein elektrischer Fahrentrieb	Finanzen	163	5497-5507					○
426	Elektrische Mindestreichweite von 80 Kilometern für Fahrzeuge ab dem 1. August 2023	Finanzen	163	5507-5508					○
427	Nach 2025 Pauschalsteuer für emissionsfreie Fahrzeuge (Elektro) von 0,5 Prozent	Finanzen	163	5508-5510					○
428	Umlage der Plastikabgabe der EU auf Hersteller und Inverkehrbringer	Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	163	5512-5513			✗		
429	Altschuldenentlastung von Kommunen, u. a. Leistung eigener Beiträge zur Entschuldung und rechtssichere Verhinderung erneuter Überschuldung	Finanzen	163-164	5516-5532				✗	
430	Steuerliche Investitionsprämie 2022/2023: Klimaschutz und Digitalisierung werden gefördert, „Superabschreibung“ ermöglicht Gewinnabzug für relevante Wirtschaftsgüter	Finanzen	164	5553-5557			✗		
431	Verlängerung erweiterte Verlustverrechnung bis Ende 2023 und Erweiterung des Verlustvortrags auf die zwei unmittelbar vorangegangenen Veranlagungszeiträume	Finanzen	164	5559-5560	✓				
432	Verlängerung steuerliche Regelung des Homeoffice für Arbeitnehmer bis zum 31.12.2022	Finanzen	165	5566-5567	✓				
433	Erhöhung Ausbildungsfreibetrag von 924 auf 1.200 Euro	Finanzen	165	5569	✓				
434	Vollabzug der Rentenversicherungsbeiträge als Sonderausgaben bereits ab 2023 anstatt 2025	Finanzen	165	5572-5575	✓				
435	Steigerung des steuerpflichtigen Rentenanteils ab 2023 nur noch um einen halben Prozentpunkt	Finanzen	165	5575-5577					○
436	Erhöhung Sparerpauschbetrag ab 01.01.2023 auf 1.000 bzw. 2.000 Euro bei Zusammenveranlagung	Finanzen	165	5579-5580	✓				
437	Digitalisierung der gesamten Interaktion zwischen Steuerpflichtigen und Finanzverwaltung	Finanzen	166	5604-5608				✗	
438	Ausweitung der bereits eingeführten Mitteilungspflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen auch auf nationale Steuergestaltungen von Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 10 Millionen Euro	Finanzen	167	5629-5631			✗		
439	Bundesweit einheitliches elektronisches Meldesystem gegen Umsatzsteuerbetrug	Finanzen	167	5633-5638				✗	

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,3	SF/SI	Nicht vorhanden	2,7	Die Bundesregierung hat im Reformplan 2022 bekräftigt, die Nachhaltigkeitsberichterstattung für Sozialversicherungen fortzuführen.
2,6	SI	Nicht vorhanden	3,2	Ein „Call for Proposals“ wurde gestartet.
2,6	SI	Implizit vorhanden	3,8	Eine detailliertere Auflistung wurde in der Vermögensrechnung durchgeführt. Eine weitere Vervollständigung wird geprüft.
2,2	SI	Nicht vorhanden	4,0	Zwei ÖPP sollen veröffentlicht werden, sobald der Zuschlag erteilt wurde.
4,0	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Es wurde keine Abschaffung der Investitionsprämie bis Ende 2022 beschlossen.
3,3	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	ÖF	Nicht vorhanden	3,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,8	ÖF	Nicht vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
3,2	ÖF	Implizit vorhanden	4,0	Ein Entwurf der Bundesregierung liegt vor.
3,3	SI	Nicht vorhanden	2,6	Derzeit finden Sondierungen für eine Grundgesetzänderung zwischen Ministerium, Bundestag und Bundesrat statt.
4,2	ÖF	Implizit vorhanden	2,8	Die Investitionsprämie soll im Wachstumschancengesetz eingeführt werden.
2,8	-	Implizit vorhanden	3,0	Die Maßnahmen wurden im Vierten Corona-Steuerhilfegesetz umgesetzt.
2,8	SF	Implizit vorhanden	2,8	Die Homeoffice-Pauschale wurde bis 31.12.22 verlängert.
2,7	SF	Implizit vorhanden	2,8	Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag wurde im Steuerentlastungsgesetz erhöht.
2,7	SF	Implizit vorhanden	2,8	Die Beiträge zur Rentenversicherung können als Sonderausgabe ab 2023 vollständig absetzbar sein. Dies wurde im Jahressteuergesetz 2022 beschlossen.
2,7	SF	Nicht vorhanden	3,8	Der steuerpflichtige Rentenanteil wurde nicht verändert.
2,7	SF	Nicht vorhanden	3,0	Der Sparerpauschbetrag wurde in den versprochenen Schritten mit Beschluss des Jahressteuergesetzes 2022 angehoben.
3,0	DF	Nicht vorhanden	2,8	Es wird an Einzelmaßnahmen gearbeitet. Konzepte zu einer Gesamtdigitalisierung liegen nicht vor.
2,8	-	Nicht vorhanden	2,5	Ein Referentenentwurf liegt vor.
2,8	SI	Implizit vorhanden	3,5	Die Bundesregierung arbeitet mit den Ländern an einem bundeseinheitlichen Meldesystem. Ein konkreter Zeitplan liegt nicht vor.

Nr.	Versprechen	Ressortzuordnung	Seite	Zeile*	voll erfüllt	teilweise erfüllt	im Prozess	ange-gangen	nicht erfüllt
440	Daten- und Informationsaustausch zwischen Finanzaufsicht und Steuerbehörden zukünftig auch bei Verdachtsfällen der missbräuchlichen Dividendenarbitrage und des Marktmissbrauchs	Finanzen	167	5644-5647		✓			
441	Ergänzung der Zinsschranke durch Zinshöhenschranke	Finanzen	167	5652-5656			✗		
442	Umsetzung der OECD-Regeln gegen Umgehungsgestaltungen beim internationalen Finanzkonteninformationsaustausch (CRS und FATCA)	Finanzen	167	5658-5660				✗	
443	Einführung der vom Ausschuss für Finanzstabilität empfohlenen einkommensbasierten Instrumente	Finanzen	169	5724-5726					○
444	Einrichtung Vergleichs-Website für Kontoentgelte bei der BaFin	Finanzen	170	5746-5747				✗	
445	Bei Restschuldversicherung Entkopplung des Abschlusses des Versicherungsvertrages und des Kreditvertrages um mindestens eine Woche	Finanzen	170	5752-5753					○
446	Fortführung des Sustainable Finance Beirats	Finanzen	171	5769-5771	✓				
447	Versteuerungsnachweis für gewerbliche Immobilienkäufer aus dem Ausland	Finanzen	171	5779-5783					○
448	Verbot des Erwerbs von Immobilien mit Bargeld	Finanzen	171	5779-5783	✓				
449	Verknüpfung Datenbankgrundbuch mit Transparenzregister	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	172	5804-5809	✓				
450	Ausweitung Möglichkeit zur Emission elektronischer Wertpapiere auf Aktien	Finanzen	172	5816-5818				✗	
451	Dokumentation der Umsetzung der Vorhaben im Koalitionsvertrag	Anderes	175	5920-5922	✓				
452	Gemeinsamer Corona Krisenstab der Bundesregierung	Gesundheit	175	5937-5939	✓				
453	Schaffung eines wissenschaftlichen Pandemierats beim Bundesministerium für Gesundheit	Gesundheit	176	5940-5941		✓			

* https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/noindex/Koalitionsvertrag_Ampel_Zeilenummeriert.pdf

** SF = Soziale Fortschrittlichkeit, DF = Digitale Fortschrittlichkeit, ÖF = Ökologischer Fortschritt, GF = Gesellschaftlicher Fortschritt, SI = Modernisierung des Staates & der Infrastruktur, - = Keine der Kategorien

Quelle: Koalitionsvertrag 2021 (Stichtag: 16.08.2023), eigene Recherche.

Gewichtungs- faktor	Politikfeld**	Sozialver- träglichkeit	Fortschritt- lichkeit	Begründung
2,8	SI	Nicht vorhanden	3,3	Die Neuordnung des Bilanzkontrollverfahrens wurde begonnen, die Anlass- und Verdachtsprüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ermöglichen soll.
2,6	SI	Nicht vorhanden	3,5	Ein Referentenentwurf liegt vor.
2,6	SI	Nicht vorhanden	3,2	Die Bundesregierung hat sich auf die Umsetzung verständigt. Ein Zeitplan oder Konzept liegt nicht vor.
2,6	-	Nicht vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
1,7	DF	Implizit vorhanden	2,8	Die Website ist in Arbeit, verzögert sich aber auf voraussichtlich 2024.
1,8	-	Nicht vorhanden	2,8	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,2	GF/SI	Nicht vorhanden	3,0	Der Sustainable Finance Beirat hat am 10. Juni 2022 seine Arbeit wieder aufgenommen.
2,7	SI	Nicht vorhanden	3,2	Es liegt kein Entwurf oder ein Zeitplan zur Umsetzung vor.
2,7	-	Nicht vorhanden	2,8	Das Verbot zum Kauf von Immobilien mit Bargeld wurde im zweiten Sanktionsdurchsetzungsgesetz beschlossen.
2,7	SI	Nicht vorhanden	3,5	Die Verknüpfung der Grundbücher ins Transparenzregister wurde im zweiten Sanktionsdurchsetzungsgesetz beschlossen.
2,3	DF	Nicht vorhanden	3,0	Ein Eckpunktepapier liegt vor.
2,0	SI	Nicht vorhanden	2,6	Der Regierungsmonitor stellt die Umsetzung der Koalitionsvorhaben digital dar.
2,7	SI	Nicht vorhanden	3,6	Die Bundesregierung hatte einen Krisenstab unter der Leitung von General Carsten Breuer aktiviert.
2,7	SI	Nicht vorhanden	4,6	Ein Corona-Expert:innenrat wurde bei der Bundesregierung eingesetzt. Er war dem Bundeskanzleramt unterstellt.

Dokumentation der Umfrageergebnisse

Neben der Erfüllungsrecherche wurde eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage vom Institut für Demoskopie Allensbach im Juli durchgeführt. Dadurch konnte gemessen werden, wie die Menschen in Deutschland über die Umsetzung von Wahl- und Koalitionsversprechen denken, und wie sie die bisherige Performanz der Ampel-Koalition beurteilen. Das ermöglicht Diskrepanzen zwischen dem tatsächlichen Umsetzungsfortschritt und der gefühlten Umsetzung von Koalitionsversprechen festzustellen. Zudem liegen für Mai 2017, Februar 2018, Juni 2019 und September 2021 vergleichbare Repräsentativbefragungen vor. Dadurch konnte analysiert werden, ob das Vertrauen der Bevölkerung in die Umsetzung von Wahl- und Koalitionsversprechen in den letzten fünf Jahren gestiegen oder gesunken ist. Alle fünf Umfragen wurden mündlich-persönlich („face-to-face“) durchgeführt und sind repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren. Die Fragen zum Thema Koalitions- und Wahlversprechen wurden jeweils im Rahmen der monatlichen Mehrthemenumfrage (Omnibus) ins Feld gegeben. Für die aktuelle Umfrage vom Juli 2023, wurden 1.011 Befragte

interviewt. Diese gliedern sich in 489 Männer und 522 Frauen sowie 748 Befragte aus den alten Bundesländern und 263 Befragte aus den neuen Bundesländern. Damit wurden die neuen Bundesländer etwas stärker berücksichtigt, als es dem Bevölkerungsanteil entspricht. Die damit entstehende Disproportionalität in der Stichprobe wurde durch eine entsprechende Gewichtung korrigiert. Neben der Gewichtung nach den alten und neuen Bundesländern wurde auch eine Gewichtung der Ergebnisse zur Angleichung an die Strukturdaten der amtlichen Statistik vorgenommen. Dadurch entspricht die gewichtete Stichprobe der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren in Deutschland. Die Ergebnisse der Umfrage können somit – unter Berücksichtigung der bei Repräsentativumfragen unvermeidlichen statistischen Unschärfe von etwa drei Prozentpunkten – auf die Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren verallgemeinert werden. Die konkreten Ergebnisse der Umfrage von Juli 2023 sind auf den folgenden Seiten dargestellt – aufgegliedert nach der Region, Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, politischem Interesse sowie Wahlabsicht und Parteiidentität.

FRAGE 1 **Werden Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?**

Nach den Wahlen, zu Beginn der Regierungszeit, einigen sich die Regierungsparteien ja auf einen Koalitionsvertrag, in dem sie ihre gemeinsamen Ziele und Vorhaben festlegen.

Was glauben Sie, wie viele der Vorhaben, die im Koalitionsvertrag stehen, werden im Allgemeinen umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Deutschland						Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	Verän-derung	West	Verän-derung	Ost	Verän-derung	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... alle, fast alle	0,4	▼ -0,3	0,5	▼ -0,2	-	▼ -0,3	0,6	0,2	0,6	-	-	0,8
... ein großer Teil	11,2	▼ -9,7	12,2	▼ -9,5	6,7	▼ -10,8	13,0	9,6	8,2	12,8	9,6	12,8
... etwa die Hälfte	29,2	▼ -9,3	28,2	▼ -10,8	33,7	▼ -2,6	29,1	29,3	27,3	23,6	31,6	31,6
... ein kleiner Teil	31,4	▲ +10,4	32,6	▲ +12,3	25,8	▲ +1,9	31,9	31,0	36,8	37,3	31,7	25,4
... kaum welche	11,4	▲ +6,1	11,2	▲ +6,0	12,1	▲ +6,2	12,0	10,8	10,1	7,3	11,5	14,2
... unentschieden	16,4	▲ +2,8	15,2	▲ +2,1	21,6	▲ +5,6	13,4	19,2	16,9	19,0	15,6	15,2
Σ	100,0		100,0		100,0		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011		748		263		489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen. Veränderung zu 2021 in Prozentpunkten.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 1 **Werden Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?**

Nach den Wahlen, zu Beginn der Regierungszeit, einigen sich die Regierungsparteien ja auf einen Koalitionsvertrag, in dem sie ihre gemeinsamen Ziele und Vorhaben festlegen.

Was glauben Sie, wie viele der Vorhaben, die im Koalitionsvertrag stehen, werden im Allgemeinen umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... alle, fast alle	1,0	-	0,3	-	-	0,7	0,6	0,2
... ein großer Teil	10,3	7,6	14,7	9,2	9,1	12,4	15,3	7,4
... etwa die Hälfte	21,0	32,4	32,2	24,8	29,2	30,8	34,9	23,9
... ein kleiner Teil	31,8	30,9	31,5	33,7	30,5	32,0	31,0	31,8
... kaum welche	20,1	11,5	5,4	13,7	12,7	10,1	7,8	14,7
... unentschieden	15,8	17,5	16,0	18,6	18,4	14,0	10,3	22,0
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 1 **Werden Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?**

Nach den Wahlen, zu Beginn der Regierungszeit, einigen sich die Regierungsparteien ja auf einen Koalitionsvertrag, in dem sie ihre gemeinsamen Ziele und Vorhaben festlegen.

Was glauben Sie, wie viele der Vorhaben, die im Koalitionsvertrag stehen, werden im Allgemeinen umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	1,0	1,4	2,8	1,5	-	-
... ein großer Teil	15,2	22,5	24,4	22,1	9,8	6,2
... etwa die Hälfte	32,9	37,1	30,3	36,1	31,8	18,5
... ein kleiner Teil	29,6	23,7	22,9	28,6	38,3	37,8
... kaum welche	9,0	5,3	3,7	1,2	3,9	25,3
... unentschieden	12,3	10,0	15,8	10,6	16,2	12,2
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 1 **Werden Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?**

Nach den Wahlen, zu Beginn der Regierungszeit, einigen sich die Regierungsparteien ja auf einen Koalitionsvertrag, in dem sie ihre gemeinsamen Ziele und Vorhaben festlegen.

Was glauben Sie, wie viele der Vorhaben, die im Koalitionsvertrag stehen, werden im Allgemeinen umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	1,3	-	-	-	-	-
... ein großer Teil	13,3	23,4	16,8	13,1	13,1	6,4
... etwa die Hälfte	37,8	33,4	16,7	44,8	50,9	14,4
... ein kleiner Teil	27,0	23,0	56,2	25,9	23,5	36,7
... kaum welche	7,9	8,3	-	5,2	-	29,7
... unentschieden	12,7	11,9	10,3	11,0	12,4	12,8
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 2 **Hat die Ampel ihre Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?**

Wenn Sie einmal an die aktuelle Bundesregierung denken, also die derzeitige Koalition aus SPD, den GRÜNEN und der FDP:
Wie viele ihrer Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag hat die Koalition während ihrer Regierungszeit bisher umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Deutschland						Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins- gesamt	Verän- derung	West	Verän- derung	Ost	Verän- derung	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... alle, fast alle	0,3	▼ -0,2	-	▼ -0,1	-	▼ -0,6	0,3	0,4	-	-	1,3	-
... einen großen Teil	6,1	▼ -11,0	5,0	▼ -12,2	6,7	▼ -6,0	5,6	6,6	2,5	6,1	4,4	8,9
... etwa die Hälfte	21,1	▼ -12,5	17,4	▼ -11,7	33,7	▼ -16,5	21,7	20,5	17,7	18,7	22,6	23,0
... einen kleinen Teil	37,4	▲ +16,4	42,4	▲ +16,4	25,8	▲ +16,4	37,0	37,7	44,8	35,0	40,8	33,0
... kaum welche	17,1	▲ +10,6	16,2	▲ +10,6	12,1	▲ +10,4	20,4	13,9	15,3	19,1	15,9	17,5
... unentschieden	18,0	▼ -3,2	19,0	▼ -3,0	21,6	▼ -3,7	15,0	20,9	19,6	21,2	15,0	17,6
Σ	100,0		100,0		100,0		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011		748		263		489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen. Veränderung zu 2021 in Prozentpunkten.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 2 **Hat die Ampel ihre Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?**

Wenn Sie einmal an die aktuelle Bundesregierung denken, also die derzeitige Koalition aus SPD, den GRÜNEN und der FDP:
Wie viele ihrer Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag hat die Koalition während ihrer Regierungszeit bisher umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... alle, fast alle	1,2	-	-	-	-	0,6	-	0,6
... einen großen Teil	6,8	5,1	6,4	8,3	5,2	5,6	7,6	4,7
... etwa die Hälfte	20,2	21,1	21,7	17,0	19,7	23,1	26,1	16,4
... einen kleinen Teil	30,4	37,5	42,0	40,0	30,9	39,9	40,8	34,1
... kaum welche	19,9	20,8	12,3	16,8	22,2	15,1	12,6	21,3
... unentschieden	21,5	15,6	17,6	17,9	22,0	15,7	12,9	22,8
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 2 **Hat die Ampel ihre Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?**

Wenn Sie einmal an die aktuelle Bundesregierung denken, also die derzeitige Koalition aus SPD, den GRÜNEN und der FDP:
Wie viele ihrer Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag hat die Koalition während ihrer Regierungszeit bisher umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	0,4	1,6	1,3	0,7	-	-
... einen großen Teil	8,0	14,5	8,9	13,3	10,5	4,1
... etwa die Hälfte	23,5	34,9	28,6	31,8	26,1	13,2
... einen kleinen Teil	35,4	30,7	37,3	39,0	40,4	38,6
... kaum welche	17,8	5,1	9,4	3,4	6,3	32,4
... unentschieden	14,8	13,2	14,5	11,9	16,6	11,7
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 2 **Hat die Ampel ihre Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?**

Wenn Sie einmal an die aktuelle Bundesregierung denken, also die derzeitige Koalition aus SPD, den GRÜNEN und der FDP:
Wie viele ihrer Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag hat die Koalition während ihrer Regierungszeit bisher umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	-	2,8	-	-	-	-
... einen großen Teil	9,2	13,9	2,9	7,9	8,4	2,3
... etwa die Hälfte	27,1	34,9	40,1	28,6	36,2	14,8
... einen kleinen Teil	34,6	31,1	28,2	43,1	38,4	33,9
... kaum welche	16,0	6,4	21,3	7,4	6,6	38,7
... unentschieden	13,1	10,9	7,5	12,9	10,5	10,3
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 3 **Werden Wahlversprechen der Parteien umgesetzt?**

Wie ist ganz generell Ihr Eindruck: Wie viele ihrer Wahlversprechen setzen die Parteien, die später an der Regierung beteiligt sind, um?

Würden Sie sagen...

	Deutschland						Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	Verän-derung	West	Verän-derung	Ost	Verän-derung	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... alle, fast alle	0,5	▲ +0,4	0,6	▲ +0,5	-	▼ -0,3	0,2	0,7	1,5	-	-	0,6
... einen großen Teil	8,6	▲ +1,2	8,9	▲ +1,5	7,2	▼ -0,1	9,5	7,8	3,3	10,8	8,2	10,1
... etwa die Hälfte	28,9	▼ -1,0	29,7	▶ 0,0	25,1	▼ -6,0	28,3	29,5	25,6	26,6	29,9	31,0
... einen kleinen Teil	31,8	▼ -8,8	32,0	▼ -7,6	31,0	▼ -14,0	31,8	31,8	30,8	30,8	34,2	31,2
... kaum welche	16,8	▲ +1,7	16,1	▲ +0,3	20,0	▲ +7,9	18,8	14,9	13,2	18,8	18,6	16,1
... unentschieden	13,4	▲ +6,5	12,7	▲ +5,3	16,6	▲ +12,4	11,3	15,4	25,7	13,0	9,1	11,0
Σ	100,0		100,0		100,0		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011		748		263		489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen. Veränderung zu 2019 in Prozentpunkten.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 3 **Werden Wahlversprechen der Parteien umgesetzt?**

Wie ist ganz generell Ihr Eindruck: Wie viele ihrer Wahlversprechen setzen die Parteien, die später an der Regierung beteiligt sind, um?

Würden Sie sagen...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... alle, fast alle	0,7	0,8	0,1	-	0,7	0,5	0,5	0,4
... einen großen Teil	6,0	6,8	11,8	7,8	6,7	10,0	11,9	5,6
... etwa die Hälfte	23,0	29,6	32,4	25,7	25,0	30,7	35,9	22,4
... einen kleinen Teil	37,3	29,3	30,1	28,6	36,0	31,4	31,0	32,6
... kaum welche	21,0	20,4	11,2	22,3	17,4	15,4	11,2	22,1
... unentschieden, schwer zu sagen	12,1	13,1	14,5	15,5	14,1	11,9	9,6	16,9
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 3 **Werden Wahlversprechen der Parteien umgesetzt?**

Wie ist ganz generell Ihr Eindruck: Wie viele ihrer Wahlversprechen setzen die Parteien, die später an der Regierung beteiligt sind, um?

Würden Sie sagen...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	0,4	-	-	0,2	2,5	2,0
... einen großen Teil	13,6	20,2	15,7	17,1	11,6	4,1
... etwa die Hälfte	36,0	48,1	40,5	46,2	27,9	13,9
... einen kleinen Teil	30,2	15,5	28,3	18,5	22,5	33,7
... kaum welche	10,6	5,7	5,6	5,5	24,6	39,3
... unentschieden, schwer zu sagen	9,1	10,5	9,9	12,6	10,9	6,9
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 3 **Werden Wahlversprechen der Parteien umgesetzt?**

Wie ist ganz generell Ihr Eindruck: Wie viele ihrer Wahlversprechen setzen die Parteien, die später an der Regierung beteiligt sind, um?

Würden Sie sagen...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	0,2	-	-	-	-	1,0
... einen großen Teil	12,0	19,7	14,4	11,1	6,1	3,5
... etwa die Hälfte	39,0	35,6	27,5	50,8	30,9	12,6
... einen kleinen Teil	30,1	32,1	46,7	15,8	22,1	34,0
... kaum welche	10,7	3,6	6,3	5,0	23,1	42,4
... unentschieden, schwer zu sagen	8,1	9,0	5,2	17,3	17,9	6,4
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 4 **Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die SPD seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wenn Sie einmal speziell an die SPD denken, die ja gerade zusammen mit den GRÜNEN und der FDP die Regierung bildet: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die SPD seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... alle, fast alle	0,7	0,8	0,2	0,4	0,9	1,1	-	0,4	1,0
... einen großen Teil	8,5	8,8	7,2	8,9	8,1	1,8	16,4	6,5	8,4
... etwa die Hälfte	23,3	23,9	20,8	24,2	22,5	23,0	15,2	26,7	25,8
... einen kleinen Teil	29,0	29,4	27,6	29,7	28,4	32,8	25,2	33,1	26,8
... kaum welche	15,0	15,3	13,4	16,7	13,4	10,8	15,6	17,3	14,9
... unentschieden, schwer zu sagen	23,5	21,9	30,8	20,1	26,7	30,5	27,6	16,0	23,1
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 4 **Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die SPD seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wenn Sie einmal speziell an die SPD denken, die ja gerade zusammen mit den GRÜNEN und der FDP die Regierung bildet: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die SPD seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... alle, fast alle	1,1	0,6	0,4	1,4	0,7	0,6	0,8	0,5
... einen großen Teil	8,6	7,1	9,5	6,5	5,9	9,9	11,1	6,1
... etwa die Hälfte	18,1	24,8	25,7	18,9	22,9	24,4	29,1	17,9
... einen kleinen Teil	31,9	26,8	28,9	27,2	28,1	30,0	32,2	26,1
... kaum welche	17,7	18,1	10,6	15,3	15,2	15,3	11,4	18,3
... unentschieden, schwer zu sagen	22,5	22,6	24,8	30,7	27,2	20,0	15,3	31,1
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 4 **Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die SPD seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wenn Sie einmal speziell an die SPD denken, die ja gerade zusammen mit den GRÜNEN und der FDP die Regierung bildet: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die SPD seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	0,1	0,8	-	0,7	3,8	1,2
... einen großen Teil	12,7	28,8	16,8	18,8	20,7	3,2
... etwa die Hälfte	25,4	35,4	25,7	39,2	22,8	12,7
... einen kleinen Teil	29,9	13,6	28,6	20,6	18,3	27,3
... kaum welche	10,2	3,1	10,4	2,0	14,4	29,9
... unentschieden, schwer zu sagen	21,7	18,3	18,6	18,7	20,0	25,6
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 4 **Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die SPD seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wenn Sie einmal speziell an die SPD denken, die ja gerade zusammen mit den GRÜNEN und der FDP die Regierung bildet: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die SPD seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	0,2	0,8	-	1,1	-	-
... einen großen Teil	9,7	27,0	2,9	8,6	6,1	4,1
... etwa die Hälfte	26,6	35,8	20,8	43,8	22,3	13,0
... einen kleinen Teil	31,9	21,5	51,6	24,4	25,7	28,4
... kaum welche	12,7	4,9	11,9	4,0	27,8	35,4
... unentschieden, schwer zu sagen	19,0	10,0	12,8	18,1	18,1	19,1
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 5 **Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die GRÜNEN seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wie ist es mit den GRÜNEN: Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die GRÜNEN seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... alle, fast alle	1,0	1,2	-	0,2	1,7	0,7	-	1,7	1,2
... einen großen Teil	10,1	10,4	8,8	9,6	10,5	5,2	15,1	9,2	9,9
... etwa die Hälfte	21,0	22,0	16,2	22,4	19,6	20,5	18,7	21,8	21,9
... einen kleinen Teil	28,2	28,7	25,6	27,1	29,1	29,4	27,8	30,2	26,4
... kaum welche	19,9	19,1	23,8	23,4	16,6	16,3	15,2	23,0	22,2
... unentschieden, schwer zu sagen	19,9	18,7	25,6	17,4	22,4	27,9	23,2	14,1	18,5
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 5 **Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die GRÜNEN seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wie ist es mit den GRÜNEN: Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die GRÜNEN seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... alle, fast alle	1,5	1,3	0,3	2,5	1,2	0,4	0,5	1,4
... einen großen Teil	7,1	8,5	13,3	6,7	7,1	12,5	12,5	7,8
... etwa die Hälfte	17,5	22,8	21,8	19,4	17,9	22,5	25,5	16,7
... einen kleinen Teil	24,0	24,8	33,5	18,5	28,5	30,0	32,6	24,0
... kaum welche	26,1	23,8	12,7	26,2	20,4	18,5	18,1	21,6
... unentschieden, schwer zu sagen	23,7	18,8	18,3	26,6	24,9	16,1	10,8	28,5
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 5 **Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die GRÜNEN seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wie ist es mit den GRÜNEN: Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die GRÜNEN seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	0,3	0,7	-	-	5,3	3,2
... einen großen Teil	12,2	24,4	15,3	23,5	18,4	6,1
... etwa die Hälfte	25,2	32,1	27,2	36,3	24,3	11,2
... einen kleinen Teil	25,5	22,0	32,3	26,0	28,1	25,4
... kaum welche	16,6	6,0	7,2	1,6	10,7	34,6
... unentschieden, schwer zu sagen	20,1	14,8	18,0	12,5	13,2	19,5
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 5 **Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die GRÜNEN seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wie ist es mit den GRÜNEN: Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die GRÜNEN seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	0,9	-	-	-	-	1,8
... einen großen Teil	8,4	22,0	8,3	17,3	2,8	6,6
... etwa die Hälfte	26,8	26,3	14,9	34,3	27,6	10,7
... einen kleinen Teil	26,4	34,3	53,1	27,9	30,2	21,8
... kaum welche	20,4	7,8	6,0	9,8	24,9	40,7
... unentschieden, schwer zu sagen	17,1	9,7	17,8	10,8	14,4	18,4
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 6 **Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die FDP seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wie ist es mit der FDP: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die FDP seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... alle, fast alle	1,2	1,5	-	0,6	1,7	1,1	0,3	0,6	2,1
... einen großen Teil	9,3	10,4	4,4	10,1	8,6	3,2	14,6	8,4	9,7
... etwa die Hälfte	19,8	19,5	21,5	21,6	18,2	16,9	14,8	25,3	20,3
... einen kleinen Teil	26,4	25,9	29,0	26,5	26,4	26,0	23,6	27,7	27,3
... kaum welche	16,8	17,3	14,6	19,0	14,8	16,3	15,1	19,3	16,4
... unentschieden, schwer zu sagen	26,4	25,5	30,5	22,2	30,4	36,6	31,6	18,5	24,1
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 6 **Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die FDP seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wie ist es mit der FDP: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die FDP seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... alle, fast alle	1,4	1,1	1,1	-	2,0	1,1	1,7	0,7
... einen großen Teil	9,1	5,9	12,1	3,6	8,4	10,5	11,7	7,1
... etwa die Hälfte	14,9	17,9	24,7	18,4	18,2	20,1	25,8	14,2
... einen kleinen Teil	24,1	28,0	26,8	26,1	22,5	29,5	30,4	22,7
... kaum welche	17,8	20,9	13,0	19,2	16,6	16,3	14,5	19,0
... unentschieden, schwer zu sagen	32,7	26,1	22,3	32,6	32,2	22,5	15,8	36,2
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 6 **Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die FDP seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wie ist es mit der FDP: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die FDP seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	1,0	0,8	1,1	2,8	4,0	2,0
... einen großen Teil	10,5	16,6	16,8	13,6	8,1	4,3
... etwa die Hälfte	20,1	26,8	36,5	24,1	20,0	14,2
... einen kleinen Teil	31,2	20,7	21,0	29,6	30,4	29,8
... kaum welche	11,6	10,6	5,3	9,1	14,1	30,1
... unentschieden, schwer zu sagen	25,6	24,4	19,2	20,8	23,3	19,7
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 6 **Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die FDP seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?**

Wie ist es mit der FDP: Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die FDP seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?

Würden Sie sagen...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... alle, fast alle	0,5	1,5	6,5	3,4	-	-
... einen großen Teil	9,8	14,0	14,1	14,6	4,3	8,9
... etwa die Hälfte	22,3	27,1	24,7	22,5	29,5	12,2
... einen kleinen Teil	32,9	32,8	30,0	28,5	31,5	24,2
... kaum welche	13,1	10,1	6,9	13,2	20,2	39,7
... unentschieden, schwer zu sagen	21,4	14,5	17,8	17,9	14,4	15,0
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 7 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der SPD in der Regierung?**

Eine Frage zur aktuellen Regierung: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der SPD in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der SPD ...

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... sehr zufrieden	1,4	1,4	1,2	1,5	1,3	1,1	0,8	1,3	1,9
... eher zufrieden	23,5	25,2	15,7	20,1	26,6	13,8	26,0	26,3	24,5
... eher unzufrieden	42,2	41,5	45,8	44,8	39,8	46,9	46,6	42,1	37,7
... sehr unzufrieden	19,3	17,8	25,8	22,7	16,0	16,9	16,8	20,9	20,6
... unentschieden, schwer zu sagen	13,6	14,1	11,5	10,9	16,3	21,3	9,8	9,4	15,3
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 7 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der SPD in der Regierung?**

Eine Frage zur aktuellen Regierung: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der SPD in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der SPD ...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... sehr zufrieden	1,2	1,8	1,2	0,7	0,1	1,8	1,8	1,0
... eher zufrieden	21,1	18,1	29,2	24,3	21,1	24,4	27,1	20,0
... eher unzufrieden	41,0	44,1	41,7	35,9	47,9	40,5	41,0	43,4
... sehr unzufrieden	19,9	22,4	16,4	20,8	20,5	19,7	22,3	16,4
... unentschieden, schwer zu sagen	16,8	13,6	11,5	18,4	10,4	13,6	7,7	19,2
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 7 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der SPD in der Regierung?**

Eine Frage zur aktuellen Regierung: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der SPD in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der SPD ...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... sehr zufrieden	0,4	4,7	1,9	3,9	1,7	0,6
... eher zufrieden	24,6	58,8	32,2	50,5	50,2	10,2
... eher unzufrieden	45,3	20,6	43,6	30,9	31,6	27,3
... sehr unzufrieden	19,9	0,9	6,2	2,4	10,4	57,2
... unentschieden, schwer zu sagen	9,8	14,9	16,1	12,3	6,0	4,7
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 7 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der SPD in der Regierung?**

Eine Frage zur aktuellen Regierung: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der SPD in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der SPD ...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... sehr zufrieden	0,4	5,0	-	1,3	-	2,1
... eher zufrieden	15,6	62,2	21,4	43,3	18,3	5,6
... eher unzufrieden	55,9	21,6	59,1	37,3	63,2	28,5
... sehr unzufrieden	18,7	1,9	6,8	4,3	11,3	59,8
... unentschieden, schwer zu sagen	9,4	9,2	12,6	13,7	7,2	3,9
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 8 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der GRÜNEN in der Regierung**

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der GRÜNEN in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der GRÜNEN ...

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... sehr zufrieden	2,2	2,4	1,5	2,0	2,4	2,0	2,9	2,7	1,5
... eher zufrieden	20,5	22,5	11,4	17,5	23,3	24,2	18,0	21,8	19,3
... eher unzufrieden	30,2	31,5	24,5	31,1	29,3	31,7	30,5	27,6	31,2
... sehr unzufrieden	36,5	33,1	52,2	41,4	31,9	27,6	38,7	41,3	36,0
... unentschieden, schwer zu sagen	10,6	10,6	10,4	7,9	13,1	14,4	9,9	6,5	12,0
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 8 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der GRÜNEN in der Regierung**

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der GRÜNEN in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der GRÜNEN ...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... sehr zufrieden	0,3	1,2	4,3	1,0	1,6	2,8	3,4	1,1
... eher zufrieden	17,0	14,2	27,7	20,0	18,0	21,7	23,2	18,0
... eher unzufrieden	30,6	28,6	31,2	27,0	32,7	28,6	28,8	31,6
... sehr unzufrieden	38,2	46,0	28,0	39,7	35,6	37,5	38,6	34,6
... unentschieden, schwer zu sagen	13,9	10,0	8,8	12,4	12,1	9,5	6,1	14,8
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 8 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der GRÜNEN in der Regierung**

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der GRÜNEN in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der GRÜNEN ...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... sehr zufrieden	1,0	5,1	2,0	9,0	5,7	0,9
... eher zufrieden	16,6	45,7	25,1	62,2	33,7	2,9
... eher unzufrieden	35,4	28,1	25,9	18,4	24,1	16,3
... sehr unzufrieden	39,9	11,4	31,4	1,1	31,3	77,9
... unentschieden, schwer zu sagen	7,1	9,7	15,6	9,3	5,2	2,1
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 8 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der GRÜNEN in der Regierung**

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der GRÜNEN in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der GRÜNEN ...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... sehr zufrieden	0,3	5,4	1,2	10,1	-	2,1
... eher zufrieden	11,5	39,3	25,5	67,9	5,5	-
... eher unzufrieden	35,6	31,1	29,6	13,4	42,8	12,1
... sehr unzufrieden	45,9	16,2	35,1	6,1	39,9	83,4
... unentschieden, schwer zu sagen	6,7	8,0	8,6	2,4	11,9	2,4
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 9 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der FDP in der Regierung?**

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der FDP in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der FDP ...

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... sehr zufrieden	1,8	2,2	-	1,9	1,8	-	4,3	2,1	1,1
... eher zufrieden	19,7	19,3	21,9	18,8	20,6	17,7	23,8	17,9	19,6
... eher unzufrieden	36,7	36,4	38,4	39,5	34,1	39,6	35,1	33,6	38,5
... sehr unzufrieden	24,9	24,8	25,5	27,4	22,6	21,8	22,5	29,5	24,5
... unentschieden, schwer zu sagen	16,8	17,4	14,2	12,4	20,9	20,8	14,3	16,9	16,3
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 9 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der FDP in der Regierung?**

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der FDP in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der FDP ...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... sehr zufrieden	0,6	1,7	2,8	-	2,9	2,0	2,5	1,2
... eher zufrieden	17,1	22,3	19,5	12,6	20,3	21,4	23,1	16,6
... eher unzufrieden	37,2	32,2	40,0	44,3	35,4	35,7	39,8	33,8
... sehr unzufrieden	24,2	24,8	25,5	25,3	27,9	22,8	25,9	24,0
... unentschieden, schwer zu sagen	20,9	19,0	12,3	17,8	13,5	18,0	8,8	24,3
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 9 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der FDP in der Regierung?**

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der FDP in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der FDP ...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... sehr zufrieden	2,4	1,7	11,6	1,5	1,5	0,7
... eher zufrieden	27,6	23,5	55,2	18,6	22,8	14,8
... eher unzufrieden	41,8	36,1	19,4	37,0	34,6	38,8
... sehr unzufrieden	15,1	19,5	2,2	27,3	28,0	36,8
... unentschieden, schwer zu sagen	13,1	19,1	11,7	15,5	13,2	8,8
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 9 **Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der FDP in der Regierung?**

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der FDP in der Regierung?

Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der FDP ...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... sehr zufrieden	2,1	0,6	28,3	2,6	-	2,1
... eher zufrieden	32,8	21,7	39,0	9,2	31,7	11,1
... eher unzufrieden	36,1	43,5	17,5	33,5	34,0	35,9
... sehr unzufrieden	16,3	26,5	8,4	41,0	19,0	42,0
... unentschieden, schwer zu sagen	12,7	7,7	6,9	13,6	15,4	9,0
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 10 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag hat die Ampelregierung bereits umgesetzt?

Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie wissen oder vermuten: Welche dieser Koalitionsvereinbarungen hat die Bundesregierung bereits umgesetzt?

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	75,8	75,8	75,6	78,4	73,3	77,6	74,6	79,4	73,2
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	36,7	39,6	23,6	37,7	35,8	36,6	38,5	38,5	34,5
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	35,5	36,8	29,8	33,8	37,1	33,6	34,7	38,0	35,2
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	33,5	33,8	32,4	34,5	32,6	31,7	32,6	37,4	32,2
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	33,3	35,6	22,8	32,4	34,0	35,8	33,6	32,7	32,3
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	30,6	31,3	27,6	32,1	29,3	27,2	35,4	33,3	27,7
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	30,2	31,5	24,1	30,9	29,6	29,1	29,4	28,9	32,1
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	30,0	30,7	26,8	32,0	28,0	30,2	30,2	30,2	29,6
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	25,6	26,2	22,7	25,4	25,8	23,2	26,3	28,0	24,7
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	24,8	25,6	21,3	23,9	25,6	19,7	26,4	26,9	24,7
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	24,0	24,6	21,1	23,5	24,5	25,2	23,2	20,8	26,1
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	23,9	25,2	18,2	25,2	22,7	28,5	24,4	21,6	23,2
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	23,5	23,2	24,8	25,3	21,7	17,7	29,2	22,9	23,1
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	23,1	24,4	16,9	25,6	20,7	21,9	19,9	24,7	24,3
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	18,4	20,0	11,5	17,9	19,0	18,3	18,1	16,7	19,9
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	15,6	15,0	18,6	14,8	16,5	8,3	12,2	18,8	18,8
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	13,4	13,6	12,8	13,7	13,1	10,7	13,2	12,2	15,7
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	10,8	10,8	11,0	11,2	10,6	9,8	13,1	10,3	10,4
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	3,9	4,2	2,8	3,7	4,2	4,5	6,4	3,5	2,7
Keine Davon	10,8	10,5	12,1	8,1	13,3	10,1	10,7	10,7	11,2
Keine Angabe	1,9	1,7	2,7	1,9	1,8	0,7	0,3	1,2	3,7
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 10 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag hat die Ampelregierung bereits umgesetzt?

Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie wissen oder vermuten: Welche dieser Koalitionsvereinbarungen hat die Bundesregierung bereits umgesetzt?

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	68,5	79,2	78,0	70,5	71,0	79,9	80,5	71,4
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	29,4	36,8	41,6	27,5	32,2	40,6	45,0	28,9
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	36,0	37,4	33,7	33,4	34,5	36,5	37,9	33,3
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	29,0	36,2	34,5	31,4	33,6	32,8	38,7	28,7
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	32,6	33,3	33,7	28,4	30,4	36,5	36,0	30,7
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	31,4	31,1	29,8	31,6	32,6	29,6	34,6	26,9
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	29,2	29,5	31,4	26,0	32,5	30,3	34,3	26,3
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	28,2	26,4	33,9	21,6	27,6	32,7	36,6	23,8
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	28,9	26,8	22,5	28,5	26,7	24,2	27,6	23,7
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	23,0	25,7	25,3	21,1	24,0	26,3	27,5	22,2
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	24,7	23,1	24,2	32,3	22,8	23,7	28,9	19,4
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	22,5	25,3	23,9	18,7	20,8	28,0	27,9	20,3
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	10,3	19,6	35,4	18,5	18,7	26,5	28,8	18,4
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	25,8	22,5	21,6	25,8	24,3	21,8	25,0	21,3
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	19,4	16,7	19,2	14,4	18,8	20,0	22,5	14,6
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	16,0	16,0	15,1	17,9	16,9	14,9	19,5	12,1
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	9,7	12,7	16,5	10,4	15,1	13,4	16,9	10,2
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	12,5	7,5	12,3	8,2	10,8	12,4	12,2	9,6
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	4,1	5,5	2,7	7,2	4,2	3,6	2,5	5,3
Keine Davon	16,6	9,0	8,2	15,1	13,9	8,3	6,4	14,9
Keine Angabe	1,7	1,8	2,0	2,3	2,0	1,4	1,8	1,9
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 10 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag hat die Ampelregierung bereits umgesetzt?

Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie wissen oder vermuten: Welche dieser Koalitionsvereinbarungen hat die Bundesregierung bereits umgesetzt?

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	80,0	81,2	81,0	84,0	66,0	75,6
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	42,1	42,6	44,7	44,4	32,9	30,1
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	37,9	42,6	44,5	46,4	35,1	21,2
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	38,9	37,7	40,0	35,5	32,9	37,1
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	36,3	43,9	42,1	40,7	34,3	23,0
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	33,1	30,9	32,4	34,0	22,4	33,8
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	34,6	39,7	32,5	43,0	37,0	25,7
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	32,7	38,9	44,2	50,7	25,9	19,0
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	28,3	28,3	32,8	24,1	22,1	34,3
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	30,3	30,1	34,8	27,1	16,7	23,7
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	28,0	30,7	25,7	34,4	17,7	15,6
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	25,9	28,4	26,6	34,6	23,6	22,1
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	22,8	25,6	29,2	30,7	15,2	15,6
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	26,6	34,0	35,6	31,3	17,3	21,1
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	23,2	27,7	26,9	35,2	21,2	9,5
Renten Kürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	16,0	22,7	17,7	22,9	12,5	12,9
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	11,4	10,2	13,2	13,9	12,4	9,2
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	14,6	11,5	12,7	11,1	1,5	10,4
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	4,5	3,7	7,1	5,4	3,7	2,3
Keine Davon	7,8	8,7	6,0	5,1	11,9	9,4
Keine Angabe	2,2	3,1	2,0	3,6	7,6	4,3
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 10 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag hat die Ampelregierung bereits umgesetzt?

Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie wissen oder vermuten: Welche dieser Koalitionsvereinbarungen hat die Bundesregierung bereits umgesetzt?

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	78,1	84,9	83,4	79,5	76,7	71,8
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	43,0	40,3	41,0	46,3	28,8	34,2
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	41,3	46,0	44,0	41,4	49,1	21,3
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	39,5	29,6	27,7	35,3	24,6	32,1
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	37,2	49,4	27,6	35,3	36,1	24,2
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	33,6	32,2	21,0	30,2	39,8	32,5
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	33,3	43,9	33,0	33,2	52,0	20,9
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	35,3	46,6	38,0	43,4	35,1	13,5
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	23,6	30,1	22,2	18,2	27,8	28,6
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	30,7	37,9	30,3	27,8	25,4	21,6
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	26,7	34,9	33,5	33,0	42,7	10,6
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	29,4	24,6	24,1	32,5	14,2	22,4
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	26,0	31,4	31,7	29,6	14,2	10,2
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	26,3	37,2	40,7	18,7	12,8	15,2
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	24,7	30,7	33,2	26,8	12,1	5,7
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	16,3	26,8	13,8	18,7	7,4	14,4
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	14,9	14,5	27,1	16,3	17,3	10,1
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	14,4	14,2	18,3	11,9	5,3	8,9
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	4,1	3,0	-	3,6	-	7,0
Keine Davon	6,3	7,1	7,6	8,4	4,2	10,1
Keine Angabe	1,3	1,1	-	1,9	-	2,6
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 11 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der SPD?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von der SPD stammen:

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	80,3	80,3	80,4	80,4	80,3	79,9	77,7	87,1	77,5
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	67,9	67,7	68,7	69,4	66,5	65,4	68,9	65,5	70,1
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	67,4	66,3	72,1	71,3	63,7	69,7	59,7	67,2	70,9
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	62,8	62,0	66,0	66,2	59,5	53,6	62,1	70,6	61,9
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	62,1	63,3	56,3	65,6	58,7	60,9	56,6	68,6	61,3
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	61,8	61,8	61,6	63,0	60,6	55,1	61,3	63,0	64,2
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	46,2	45,6	49,0	47,2	45,2	37,9	44,8	49,8	48,3
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	37,3	38,1	33,6	36,4	38,0	32,8	44,5	38,5	34,3
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	36,4	37,7	30,3	37,8	35,0	34,0	36,7	36,8	37,1
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	32,6	33,4	29,1	33,2	32,1	30,6	35,9	29,6	33,9
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	31,3	29,9	37,9	30,4	32,2	28,4	25,8	36,4	32,4
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	30,9	31,6	27,7	31,2	30,6	29,8	29,6	29,6	33,0
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	24,2	24,7	21,6	21,1	27,0	20,3	22,1	24,2	27,1
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	22,9	23,2	21,8	22,4	23,4	24,4	20,8	21,6	24,4
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	16,4	17,0	13,8	13,5	19,2	14,3	21,8	16,5	14,2
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	12,0	12,0	12,2	11,8	12,3	7,0	14,6	8,3	15,5
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	9,1	9,9	5,1	7,3	10,7	8,6	10,0	8,7	9,0
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	8,2	8,3	7,7	6,6	9,8	8,6	8,9	6,4	8,9
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	7,0	7,6	4,5	5,3	8,6	6,9	9,9	5,4	6,5
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 11 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der SPD?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von der SPD stammen:

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	73,7	77,7	86,9	73,8	78,6	84,5	83,0	77,9
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	67,4	63,4	71,7	63,6	70,6	68,7	70,0	65,9
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	63,4	64,9	71,9	59,5	73,5	67,8	74,4	60,8
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	58,6	62,7	65,6	69,4	63,8	62,8	70,1	55,8
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	60,1	60,9	64,3	55,9	66,5	62,9	65,0	59,3
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	58,8	58,8	66,1	66,7	61,6	62,0	66,8	57,0
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	45,8	48,6	44,6	34,9	51,0	47,1	48,0	44,5
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	37,6	36,4	37,7	36,3	40,1	36,6	33,2	41,1
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	40,4	40,6	30,4	35,0	37,2	37,2	37,5	35,4
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	32,6	35,8	30,2	35,3	34,3	31,6	30,0	35,1
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	29,4	31,9	32,3	35,1	30,2	31,6	32,0	30,7
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	32,6	37,0	25,0	27,2	35,0	30,4	29,9	31,8
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	27,0	25,9	20,9	28,5	26,0	22,2	22,2	26,0
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	24,7	20,8	23,4	15,4	23,7	25,6	24,7	21,3
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	24,8	14,7	12,1	18,6	18,9	15,3	9,6	22,8
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	12,9	14,0	9,9	10,1	17,3	10,0	10,2	13,8
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	13,3	9,4	5,9	6,2	9,6	9,7	4,6	13,2
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	9,5	8,7	7,0	5,5	10,9	8,0	6,7	9,6
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	7,1	8,7	5,7	3,4	9,7	6,9	4,5	9,4
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 11 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der SPD?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von der SPD stammen:

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	76,7	83,7	86,2	83,1	78,7	76,1
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	72,3	67,3	67,3	69,2	53,9	63,6
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	70,6	64,0	63,0	70,3	50,1	64,0
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	64,5	63,7	64,2	64,2	51,1	63,6
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	65,0	64,2	69,0	65,3	55,5	61,8
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	62,7	66,9	54,6	63,5	61,0	60,6
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	50,1	41,3	52,0	43,0	39,7	46,4
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	40,2	42,9	38,3	40,7	39,5	40,9
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	38,0	36,0	40,2	32,1	13,2	41,5
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	33,3	31,3	38,3	34,4	33,1	33,9
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	35,6	33,8	29,9	32,5	33,3	28,4
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	35,6	28,9	30,0	30,7	24,5	29,1
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	28,2	25,9	24,0	24,0	25,7	19,0
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	22,3	25,9	21,2	30,9	22,2	25,8
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	13,4	17,6	16,2	10,3	14,7	13,5
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	15,7	12,6	3,4	8,6	5,3	9,6
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	9,2	13,0	12,4	9,4	6,1	5,6
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	9,1	10,8	4,5	7,8	4,2	8,7
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	7,7	7,8	7,0	4,7	4,7	3,7
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 11 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der SPD?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von der SPD stammen:

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	77,2	88,5	89,1	87,2	91,7	76,4
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	73,3	73,1	86,7	66,4	71,7	60,2
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	72,9	70,0	56,9	77,2	58,7	65,9
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	66,7	75,5	51,8	64,3	65,3	62,0
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	65,1	69,0	81,7	59,3	52,8	64,1
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	67,5	66,2	61,6	65,0	83,4	61,6
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	56,0	45,3	42,4	41,5	38,0	46,9
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	35,5	39,7	46,1	28,0	37,0	29,9
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	35,4	40,7	32,7	46,3	15,9	44,7
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	29,2	26,7	46,9	25,3	35,9	31,0
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	31,8	31,7	18,6	26,0	38,0	28,7
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	35,2	37,9	21,3	32,7	8,0	33,2
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	23,4	29,8	19,6	24,0	28,0	19,5
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	22,2	23,3	6,9	30,4	18,3	25,4
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	14,7	17,2	1,7	9,1	12,6	14,8
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	20,9	10,6	12,3	8,4	4,6	7,1
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	9,3	12,4	-	6,0	6,5	5,0
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	10,0	12,0	10,3	4,9	2,3	7,0
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	11,5	8,9	8,1	3,1	-	3,1
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 12 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von den GRÜNEN?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von den GRÜNEN stammen:

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	81,1	81,4	79,7	82,4	79,8	80,6	81,1	83,6	79,5
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	80,9	81,1	80,1	82,4	79,4	83,9	79,6	82,9	78,8
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	77,2	77,7	74,7	79,6	74,9	74,9	77,0	78,5	77,4
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	67,3	69,0	59,7	69,3	65,5	69,7	66,4	70,4	64,7
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	52,5	53,7	46,8	54,5	50,5	52,3	54,3	57,1	48,2
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	46,0	45,7	47,3	46,3	45,7	43,0	43,7	52,6	44,1
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	41,7	41,2	44,1	46,4	37,2	34,4	46,2	45,1	40,1
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	41,0	40,2	44,8	43,1	39,1	39,3	35,8	42,2	44,0
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	25,9	27,5	18,2	27,9	23,9	29,4	22,6	27,0	25,4
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	15,7	16,4	12,5	13,9	17,4	18,2	14,0	14,0	16,6
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	12,4	13,5	7,6	10,9	13,9	14,4	10,8	11,9	12,8
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	10,0	11,1	5,2	8,5	11,4	9,8	11,9	8,1	10,3
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	9,5	10,3	5,6	7,5	11,3	10,0	6,9	11,9	9,0
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	9,3	10,1	6,0	8,7	10,0	11,1	10,1	6,2	10,2
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	8,3	9,0	5,3	7,9	8,7	9,2	8,6	9,2	7,1
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	7,7	6,7	12,4	6,5	8,9	11,4	5,6	5,0	9,2
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	5,3	6,1	1,8	5,2	5,5	7,2	3,5	2,7	7,4
Renten Kürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	4,2	4,4	3,3	3,6	4,8	5,1	4,2	5,0	3,3
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	3,5	3,3	4,4	2,2	4,8	4,0	3,0	2,7	4,1
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 12 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von den GRÜNEN?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von den GRÜNEN stammen:

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	74,4	78,9	87,2	77,0	81,2	83,2	86,8	75,7
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	77,0	79,3	84,7	79,2	78,8	83,8	84,9	77,1
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	76,1	75,5	79,2	78,3	78,8	77,8	80,2	74,3
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	68,0	66,5	67,6	68,7	65,4	69,9	69,1	65,7
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	48,2	55,3	53,1	47,2	52,3	53,5	52,8	52,1
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	41,7	43,4	51,0	42,9	46,2	48,3	51,0	41,3
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	34,8	37,8	49,4	37,1	42,9	43,1	48,7	35,2
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	35,6	42,6	43,5	36,7	40,4	43,6	47,9	34,6
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	28,3	23,6	25,9	22,5	28,2	26,8	25,7	26,0
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	17,6	10,6	18,3	13,3	15,4	16,4	17,4	14,1
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	12,2	8,2	15,9	7,1	15,1	11,9	10,4	14,4
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	10,7	6,8	12,0	10,0	10,6	10,5	9,6	10,3
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	8,6	8,4	10,9	10,1	9,3	9,1	9,1	9,8
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	12,9	9,4	6,9	7,8	12,9	8,0	8,3	10,3
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	10,9	7,1	7,5	10,1	7,2	8,4	6,6	9,9
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	8,4	8,3	6,9	8,0	10,4	6,8	5,7	9,6
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	7,1	4,2	5,0	3,8	7,5	4,5	5,2	5,5
Renten Kürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	4,2	2,9	5,3	2,3	4,2	4,8	3,3	5,1
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	5,8	1,8	3,4	2,3	5,8	3,0	2,3	4,6
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 12 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von den GRÜNEN?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von den GRÜNEN stammen:

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	83,8	76,0	79,8	80,9	68,8	77,8
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	83,1	76,6	83,8	85,1	69,0	81,3
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	76,2	69,9	81,8	77,5	73,9	76,8
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	69,6	63,7	68,1	64,2	66,6	76,3
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	55,2	46,6	50,4	45,9	35,5	45,8
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	46,0	42,1	37,0	42,5	41,3	46,0
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	43,1	34,6	43,6	41,3	33,2	50,8
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	40,5	32,2	29,6	36,5	26,6	41,4
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	22,7	23,0	32,9	28,5	18,0	26,7
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	13,2	12,2	12,5	16,6	17,7	14,2
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	11,7	13,0	8,5	13,2	14,7	6,4
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	11,4	10,1	7,7	16,6	9,6	5,9
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	7,0	10,3	9,7	11,4	11,0	5,3
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	9,4	9,9	5,2	11,1	8,0	8,3
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	7,5	9,6	6,7	6,5	8,0	6,4
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	8,2	4,4	6,6	2,7	9,5	11,6
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	4,6	4,1	5,1	3,9	-	3,0
Renten Kürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	2,3	5,2	5,7	5,9	3,5	2,4
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	2,7	2,7	2,2	0,7	3,4	8,8
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 12 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von den GRÜNEN?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von den GRÜNEN stammen:

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	84,1	81,1	91,1	90,4	80,9	80,3
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	79,9	80,7	83,0	90,8	83,8	83,1
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	79,1	73,2	74,2	87,4	77,5	82,7
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	65,3	65,9	52,4	78,1	71,4	73,3
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	56,2	52,3	60,6	56,5	48,8	50,0
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	50,7	49,5	35,7	60,2	38,6	51,1
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	49,2	39,3	49,3	41,8	34,8	51,5
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	45,4	38,5	47,0	57,0	40,7	48,4
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	27,0	23,8	41,6	33,6	25,1	27,4
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	13,7	11,9	12,5	25,2	16,8	14,3
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	10,8	10,4	12,8	20,7	-	5,2
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	11,2	12,0	-	18,5	13,4	4,2
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	9,8	6,0	4,4	17,4	2,3	5,0
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	5,9	8,9	9,5	12,6	14,6	9,7
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	6,7	13,0	21,1	6,6	2,0	8,1
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	7,8	3,0	-	7,2	6,6	12,7
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	6,4	3,2	7,7	4,4	-	4,2
Renten Kürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	1,8	5,3	3,9	12,3	-	1,3
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	3,8	2,0	-	4,6	-	7,6
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 13 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der FDP?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von der FDP stammen:

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	68,5	68,8	66,9	74,6	62,6	68,1	65,7	69,4	69,6
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	44,8	43,8	49,3	46,0	43,6	46,3	45,0	47,2	42,2
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	38,1	38,5	36,3	38,3	37,9	36,7	39,0	40,7	36,4
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	31,9	33,3	25,3	32,7	31,1	33,2	35,2	34,9	27,3
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	24,0	24,6	21,5	23,6	24,4	21,2	34,4	19,3	22,5
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	20,0	20,2	19,0	19,5	20,5	22,3	20,3	20,3	18,6
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	17,4	18,7	11,4	16,4	18,3	26,6	16,4	16,1	14,6
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	12,7	12,0	15,6	11,7	13,6	13,9	14,7	11,1	12,1
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	12,2	12,2	12,4	13,7	10,8	15,4	14,0	12,0	10,0
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	11,6	11,5	12,3	9,9	13,3	18,3	12,8	8,8	9,9
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	11,4	12,4	7,0	9,0	13,7	9,7	17,6	10,5	9,3
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	11,1	10,6	13,3	11,0	11,2	9,2	14,5	9,8	10,9
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	10,9	10,3	13,5	11,2	10,6	11,5	11,7	11,4	9,8
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	7,5	7,6	6,8	7,1	7,8	13,6	6,3	5,9	6,4
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	7,1	6,6	9,3	6,8	7,3	7,9	8,4	3,5	8,4
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	5,8	5,3	8,0	5,9	5,7	6,7	3,8	4,5	7,4
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	4,3	4,4	3,8	4,5	4,0	6,5	3,6	5,7	2,7
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	3,0	3,0	2,9	2,1	3,9	1,2	1,8	3,0	4,5
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	1,7	1,5	2,6	1,4	2,1	0,9	1,0	2,0	2,4
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011	748	263	489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 13 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der FDP?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von der FDP stammen:

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	56,4	69,3	76,0	61,7	68,1	71,5	78,1	59,4
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	41,9	39,1	51,1	48,7	41,3	46,9	48,7	41,1
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	31,6	32,7	46,7	38,5	39,1	38,4	39,9	36,3
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	28,4	26,7	38,3	40,3	25,4	34,5	33,5	30,4
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	23,5	21,7	26,2	20,7	24,8	25,5	23,2	24,8
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	23,9	21,7	16,1	16,4	24,2	19,5	17,5	22,4
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	20,9	16,8	15,4	17,2	16,2	19,9	12,6	21,8
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	14,2	10,5	13,4	18,0	13,6	11,6	12,8	12,6
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	12,2	15,5	9,7	16,1	12,7	12,0	11,2	13,2
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	15,5	12,8	8,1	8,4	12,1	12,7	7,8	15,2
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	12,5	10,8	11,2	11,4	10,2	12,5	9,8	13,0
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	11,9	13,5	8,7	14,2	11,9	10,5	8,2	13,8
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	10,4	6,9	14,4	9,2	10,6	11,5	12,9	9,0
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	11,2	5,5	6,5	14,1	7,5	6,2	6,4	8,5
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	10,6	9,4	2,9	10,6	8,1	5,4	5,8	8,2
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	8,6	4,2	5,1	6,1	6,6	5,0	5,0	6,5
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	5,7	2,2	4,9	4,2	3,4	4,7	3,6	4,9
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	6,7	1,9	1,4	3,2	4,4	1,7	1,7	4,2
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	3,7	0,9	1,1	2,4	2,9	0,9	1,9	1,6
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 13 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der FDP?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von der FDP stammen:

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	76,5	66,1	75,2	77,1	60,0	65,8
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	44,1	44,3	50,4	39,0	43,8	49,8
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	40,6	41,0	37,7	42,5	40,5	29,0
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	33,0	35,5	33,6	33,5	31,2	32,2
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	23,8	20,1	19,9	16,1	23,9	27,3
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	24,2	14,3	28,0	14,1	14,4	23,7
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	16,5	20,9	21,1	16,0	11,5	15,0
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	12,7	12,8	19,2	9,3	19,8	14,8
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	13,5	10,7	13,8	9,2	12,2	21,2
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	13,4	6,8	15,0	6,3	11,1	15,9
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	14,2	11,7	19,6	9,4	18,6	13,0
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	13,4	11,5	11,4	6,6	3,1	10,7
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	9,1	12,4	21,4	13,6	12,2	6,7
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	7,6	5,4	11,6	4,2	9,6	8,0
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	10,9	2,8	5,7	1,7	4,7	13,2
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	6,4	6,5	4,4	3,2	1,2	10,5
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	6,7	4,6	5,3	1,2	3,3	5,9
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	4,4	4,4	6,3	1,8	4,1	2,7
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	1,9	2,2	4,1	1,6	3,7	3,6
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 13 Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der FDP?

Das ist vielleicht schwer zu sagen, aber soweit Sie sich noch erinnern können bzw. nach dem, was Sie vermuten: Was glauben Sie, welches dieser Vorhaben stammt ursprünglich von der SPD und welches von den GRÜNEN und welches von der FDP? Bitte verteilen sie die Karten entsprechend auf das Blatt. Wenn sie ein Vorhaben mit mehreren Parteien in Verbindung bringen, legen sie die Karte bitte zu der Partei, mit der Sie es am meisten verbinden.

Vorhaben, die von der FDP stammen:

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Die Vorgaben der Schuldenbremse sollen zukünftig wieder eingehalten werden	75,1	69,0	86,1	79,3	71,5	65,6
Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden	43,6	38,7	74,6	40,7	58,4	45,7
Es soll grundsätzlich erlaubt sein, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen	43,5	42,8	64,9	29,9	38,3	26,9
Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben werden, z. B. mehr Videosprechstunden, elektronische Patientenakten usw.	28,9	34,0	44,1	40,5	33,3	30,6
Ärzten soll es nicht mehr verboten sein, auf ihrer Internetseite zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen	23,5	25,0	25,5	27,3	15,2	23,6
Rentenkürzungen und eine Anhebung des Rentenalters werden ausgeschlossen	19,2	14,7	38,3	12,0	2,5	25,5
Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden	12,4	18,3	27,6	18,7	2,9	14,5
Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können	12,1	14,4	23,1	7,7	12,7	12,2
Pflegende Angehörige sollen finanziell entlastet werden	10,7	9,6	9,2	8,4	11,8	21,6
Die Mietpreisbremse wird verlängert und verschärft (Mieten dürfen binnen drei Jahren höchstens um 11 Prozent steigen)	12,5	4,3	27,6	4,8	14,6	16,5
Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden	13,8	6,8	22,0	9,0	19,1	12,0
Alle staatlichen Leistungen für Kinder sollen in der sogenannten Kindergrundsicherung zusammengefasst werden	13,7	13,5	3,0	8,0	10,2	8,2
Der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos soll schneller vorangetrieben werden	8,4	15,5	31,2	6,6	11,3	9,4
Es soll leichter für Zuwanderer werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen	7,9	7,1	-	3,9	2,2	11,2
Der Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden	11,4	0,7	10,9	4,9	-	12,1
Der Familiennachzug für Flüchtlinge soll erleichtert werden	4,7	8,4	10,9	1,7	5,3	7,9
Solaranlagen auf dem Dach sollen bei gewerblichen Neubauten Pflicht, bei privaten Neubauten die Regel werden	4,6	4,8	13,8	-	-	2,8
Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll verstärkt vorangetrieben werden (bis zum Jahr 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen)	3,1	4,2	5,2	2,8	2,1	1,0
Der Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle soll vorgezogen werden, idealerweise auf das Jahr 2030	1,1	2,8	3,9	-	-	2,3
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

FRAGE 14 **Wie wichtig ist Ihnen die Umsetzung von Wahlversprechen?**

Vor Bundestagswahlen veröffentlichen Parteien ja in der Regel ihre Wahlprogramme. Diese Wahlprogramme enthalten Ziele und Vorhaben, die die Parteien umsetzen wollen bzw. für die sie sich einsetzen möchten. Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Partei, die Sie wählen, ihre Wahlversprechen hält?

Ist Ihnen das ...

	Deutschland						Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	Verän-derung	West	Verän-derung	Ost	Verän-derung	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... sehr wichtig	45,2	▼ -6,6	44,1	▼ -7,6	50,3	▼ -2,1	46,0	44,5	37,6	44,0	51,1	45,3
... wichtig	39,8	▲ +2,5	40,7	▲ +2,6	35,9	▲ +2,4	39,7	39,9	35,4	43,1	38,3	41,0
... weniger wichtig	3,7	▲ +0,1	4,0	▲ +0,6	2,1	▼ -2,2	3,2	4,1	2,8	3,9	3,9	3,7
... gar nicht wichtig	1,5	▼ -0,1	1,7	▲ +0,1	0,4	▼ -1,2	1,8	1,2	2,1	1,4	1,2	1,4
... unentschieden, schwer zu sagen	9,8	▲ +4,1	9,5	▲ +4,3	11,4	▲ +3,3	9,3	10,3	22,0	7,5	5,4	8,6
Σ	100,0		100,0		100,0		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011		748		263		489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen. Veränderung zu 2021 in Prozentpunkten.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 14 **Wie wichtig ist Ihnen die Umsetzung von Wahlversprechen?**

Vor Bundestagswahlen veröffentlichen Parteien ja in der Regel ihre Wahlprogramme. Diese Wahlprogramme enthalten Ziele und Vorhaben, die die Parteien umsetzen wollen bzw. für die sie sich einsetzen möchten. Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Partei, die Sie wählen, ihre Wahlversprechen hält?

Ist Ihnen das ...

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
... sehr wichtig	44,2	48,9	43,1	45,0	49,8	43,2	46,7	43,9
... wichtig	39,0	37,4	42,2	40,4	34,2	42,4	44,9	35,1
... weniger wichtig	1,2	4,2	4,9	3,3	4,9	3,3	3,5	3,9
... gar nicht wichtig	1,0	0,9	2,2	0,5	1,9	1,4	1,2	1,7
... unentschieden, schwer zu sagen	14,6	8,6	7,5	10,8	9,2	9,7	3,8	15,4
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 14 **Wie wichtig ist Ihnen die Umsetzung von Wahlversprechen?**

Vor Bundestagswahlen veröffentlichen Parteien ja in der Regel ihre Wahlprogramme. Diese Wahlprogramme enthalten Ziele und Vorhaben, die die Parteien umsetzen wollen bzw. für die sie sich einsetzen möchten. Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Partei, die Sie wählen, ihre Wahlversprechen hält?

Ist Ihnen das ...

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... sehr wichtig	44,0	36,6	45,0	41,2	64,5	59,0
... wichtig	49,5	56,1	46,7	50,5	28,9	31,4
... weniger wichtig	2,5	4,0	5,7	3,8	1,7	1,2
... gar nicht wichtig	0,6	0,6	-	-	-	0,5
... unentschieden, schwer zu sagen	3,5	2,6	2,7	4,5	4,9	7,8
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 14 **Wie wichtig ist Ihnen die Umsetzung von Wahlversprechen?**

Vor Bundestagswahlen veröffentlichen Parteien ja in der Regel ihre Wahlprogramme. Diese Wahlprogramme enthalten Ziele und Vorhaben, die die Parteien umsetzen wollen bzw. für die sie sich einsetzen möchten. Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Partei, die Sie wählen, ihre Wahlversprechen hält?

Ist Ihnen das ...

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
... sehr wichtig	39,3	41,5	50,2	47,9	49,6	64,0
... wichtig	50,6	51,5	42,2	36,6	45,2	26,4
... weniger wichtig	5,3	4,5	1,3	6,4	5,2	0,7
... gar nicht wichtig	0,5	1,1	5,0	0,3	-	1,9
... unentschieden, schwer zu sagen	4,3	1,4	1,2	8,8	-	7,0
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 15 Ist die Nichtumsetzung von Wahlversprechen akzeptabel?

Wenn Parteien ihre Wahlversprechen nicht umsetzen: Halten Sie das in keinem Fall für akzeptabel, oder kann es aus ihrer Sicht auch akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden?

	Deutschland						Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	Verän-derung	West	Verän-derung	Ost	Verän-derung	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
... sehr wichtig	37,3	▼ -3,0	36,7	▼ -3,3	40,2	▼ -1,5	38,3	36,4	35,1	37,1	39,9	36,7
... gar nicht wichtig	40,3	▼ -8,7	40,9	▼ -9,2	37,4	▼ -6,5	41,3	39,4	33,7	43,8	39,0	42,2
... unentschieden, schwer zu sagen	22,4	▲ +11,7	22,4	▲ +12,5	22,4	▲ +8,1	20,4	24,2	31,2	19,1	21,2	21,1
Σ	100,0		100,0		100,0		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	1.011		748		263		489	522	140	198	252	421

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen. Veränderung zu 2021 in Prozentpunkten.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 15 Ist die Nichtumsetzung von Wahlversprechen akzeptabel?

Wenn Parteien ihre Wahlversprechen nicht umsetzen: Halten Sie das in keinem Fall für akzeptabel, oder kann es aus ihrer Sicht auch akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden?

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
in keinem Fall akzeptabel	44,8	45,6	25,8	38,2	37,8	37,2	32,1	42,2
akzeptable Gründe	32,0	34,1	50,7	36,6	37,0	41,9	51,4	29,9
unentschieden	23,2	20,3	23,5	25,2	25,2	20,9	16,5	27,9
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	181	371	459	135	274	528	529	482

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 15 Ist die Nichtumsetzung von Wahlversprechen akzeptabel?

Wenn Parteien ihre Wahlversprechen nicht umsetzen: Halten Sie das in keinem Fall für akzeptabel, oder kann es aus ihrer Sicht auch akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden?

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
in keinem Fall akzeptabel	31,9	20,4	14,0	24,6	32,3	59,4
akzeptable Gründe	48,7	57,6	68,2	57,6	47,5	25,8
unentschieden	19,4	22,0	17,8	17,8	20,2	14,8
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Anzahl der Befragten</i>	291	223	99	219	79	141

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 15 Ist die Nichtumsetzung von Wahlversprechen akzeptabel?

Wenn Parteien ihre Wahlversprechen nicht umsetzen: Halten Sie das in keinem Fall für akzeptabel, oder kann es aus ihrer Sicht auch akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden?

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
in keinem Fall akzeptabel	32,8	26,0	30,2	22,2	24,8	65,0
akzeptable Gründe	45,9	49,9	52,4	61,5	51,4	19,5
unentschieden	21,2	24,1	17,3	16,2	23,8	15,5
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Anzahl der Befragten</i>	196	134	29	124	29	98

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 16 Was sind akzeptable Gründe für die Nichtumsetzung von Wahlversprechen?

Sie sind der Meinung, es kann akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden (vgl. Frage 15). In welchen Fällen finden Sie es akzeptabel, wenn Parteien Wahlversprechen nicht umsetzen?

Was würden Sie nennen?

	Deutschland			Geschlecht		Altersgruppen			
	Ins-gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
Bei unvorhersehbaren, außergewöhnlichen Ereignissen, Notsituationen, Änderung der (internationalen) Rahmenbedingungen	36,9	37,8	32,5	33,4	40,4	30,6	33,7	38,7	40,1
Wenn Kompromisse gemacht werden müssen (z.B. mit Koalitionspartnern)	31,2	31,4	30,6	35,0	27,6	27,9	29,8	36,5	30,0
(Ukraine-)Krieg	20,2	20,5	18,7	20,7	19,7	26,5	12,1	29,0	17,1
(Corona-)Pandemie	9,8	10,9	4,5	11,0	8,7	10,9	8,2	8,6	11,2
Wenn kein Geld da ist, die Wahlversprechen nicht finanzierbar sind	8,8	9,0	8,2	9,9	7,8	7,4	9,5	7,1	10,1
Wenn es keine Mehrheit (im Bundestag) dafür gibt	5,3	5,0	7,1	8,0	2,7	3,8	8,8	2,8	5,4
Wirtschaftskrise, Veränderung der Wirtschaftslage	4,3	4,0	5,8	5,7	2,9	5,9	2,3	8,5	2,3
Neue (wissenschaftliche) Erkenntnisse liegen vor	4,1	4,8	0,6	4,0	4,2	14,5	1,7	2,9	2,6
Umweltkatastrophen	3,7	3,8	3,1	4,3	3,2	5,2	3,0	4,7	2,9
Inflation, Finanzkrise	2,5	2,9	0,5	2,4	2,6	2,0	2,1	2,6	2,9
Anderes	11,8	12,0	10,7	13,3	10,2	12,8	8,6	13,3	12,3
Keine Angabe	14,6	15,9	8,2	11,6	17,5	7,5	21,0	9,6	16,5
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	427	327	100	210	217	49	88	101	189

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 16 Was sind akzeptable Gründe für die Nichtumsetzung von Wahlversprechen?

Sie sind der Meinung, es kann akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden (vgl. Frage 15). In welchen Fällen finden Sie es akzeptabel, wenn Parteien Wahlversprechen nicht umsetzen?

Was würden Sie nennen?

	Schulbildung			Netto-Haushaltseinkommen			Politisches Interesse	
	Einfache	Mittlere	Höhere	Unter 1.750 Euro	Zwischen 1.750 und 3.000 Euro	Über 3.000 Euro	ja	nein
Bei unvorhersehbaren, außergewöhnlichen Ereignissen, Notsituationen, Änderung der (internationalen) Rahmenbedingungen	31,8	34,1	40,7	36,2	28,9	38,7	41,8	29,1
Wenn Kompromisse gemacht werden müssen (z. B. mit Koalitionspartnern)	28,4	25,6	35,4	15,2	29,2	35,5	35,1	25,0
(Ukraine-)Krieg	11,8	22,3	22,7	16,0	21,1	21,8	22,3	16,8
(Corona-)Pandemie	9,5	10,5	9,6	4,8	8,3	11,9	11,3	7,4
Wenn kein Geld da ist, die Wahlversprechen nicht finanzierbar sind	6,7	8,4	10,0	9,0	9,6	9,7	11,0	5,4
Wenn es keine Mehrheit (im Bundestag) dafür gibt	3,5	5,1	6,3	8,9	11,9	2,0	4,8	6,2
Wirtschaftskrise, Veränderung der Wirtschaftslage	2,4	5,5	4,5	3,6	-	6,9	5,1	3,1
Neue (wissenschaftliche) Erkenntnisse liegen vor	6,7	0,3	5,0	1,7	5,4	4,6	4,5	3,5
Umweltkatastrophen	2,7	2,1	5,0	4,3	3,4	3,5	2,9	5,0
Inflation, Finanzkrise	-	2,8	3,4	2,4	1,3	3,4	3,4	1,1
Anderes	13,1	8,0	13,2	10,9	10,8	12,5	10,7	13,4
Keine Angabe	24,0	17,8	8,8	22,9	16,5	11,1	12,5	18,0
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	56	131	240	43	114	238	274	153

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 16 Was sind akzeptable Gründe für die Nichtumsetzung von Wahlversprechen?

Sie sind der Meinung, es kann akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden (vgl. Frage 15). In welchen Fällen finden Sie es akzeptabel, wenn Parteien Wahlversprechen nicht umsetzen?

Was würden Sie nennen?

	Anhänger:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Bei unvorhersehbaren, außergewöhnlichen Ereignissen, Notsituationen, Änderung der (internationalen) Rahmenbedingungen	44,2	45,2	34,8	43,0	32,6	24,3
Wenn Kompromisse gemacht werden müssen (z. B. mit Koalitionspartnern)	27,4	35,3	33,5	41,8	40,9	21,8
(Ukraine-)Krieg	19,7	15,1	10,8	22,1	18,7	10,5
(Corona-)Pandemie	10,4	8,8	7,6	9,0	7,4	4,7
Wenn kein Geld da ist, die Wahlversprechen nicht finanzierbar sind	12,3	10,2	5,9	6,0	2,9	14,8
Wenn es keine Mehrheit (im Bundestag) dafür gibt	3,3	6,0	11,6	5,3	2,8	1,7
Wirtschaftskrise, Veränderung der Wirtschaftslage	3,2	0,8	2,3	4,8	4,3	5,9
Neue (wissenschaftliche) Erkenntnisse liegen vor	3,4	3,9	6,7	4,0	8,3	1,1
Umweltkatastrophen	4,3	2,4	4,2	3,2	5,7	1,2
Inflation, Finanzkrise	4,3	2,3	3,4	4,1	1,2	2,4
Anderes	16,6	10,9	19,0	12,9	9,4	20,2
Keine Angabe	9,4	9,6	12,4	8,0	17,1	26,3
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	143	136	57	129	41	39

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

FRAGE 16 Was sind akzeptable Gründe für die Nichtumsetzung von Wahlversprechen?

Sie sind der Meinung, es kann akzeptable Gründe geben, warum Wahlversprechen nicht umgesetzt werden (vgl. Frage 15). In welchen Fällen finden Sie es akzeptabel, wenn Parteien Wahlversprechen nicht umsetzen?

Was würden Sie nennen?

	Wähler:innen der...					
	CDU / CSU	SPD	FDP	B. 90 / GRÜNE	DIE LINKE	AfD
Bei unvorhersehbaren, außergewöhnlichen Ereignissen, Notsituationen, Änderung der (internationalen) Rahmenbedingungen	48,9	40,1	34,9	40,2	62,1	25,4
Wenn Kompromisse gemacht werden müssen (z. B. mit Koalitionspartnern)	24,8	36,3	46,3	50,7	5,7	28,8
(Ukraine-)Krieg	20,3	27,5	24,3	18,3	14,6	11,8
(Corona-)Pandemie	11,4	20,5	24,3	6,3	3,0	6,5
Wenn kein Geld da ist, die Wahlversprechen nicht finanzierbar sind	11,9	13,0	-	6,2	8,4	19,8
Wenn es keine Mehrheit (im Bundestag) dafür gibt	3,4	15,0	19,8	1,2	-	3,0
Wirtschaftskrise, Veränderung der Wirtschaftslage	3,4	-	9,5	4,0	-	10,1
Neue (wissenschaftliche) Erkenntnisse liegen vor	2,6	3,8	-	7,9	24,5	-
Umweltkatastrophen	4,7	5,5	2,5	4,4	8,8	-
Inflation, Finanzkrise	2,9	2,8	2,9	2,2	-	-
Anderes	14,1	3,8	7,4	9,7	15,5	11,5
Keine Angabe	11,4	9,6	7,2	5,4	8,3	20,8
Σ	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anzahl der Befragten	95	77	12	77	16	21

Angaben in Prozent, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, IfD-Umfrage 12073 (Juli 2023).

| BertelsmannStiftung

Methodischer Anhang

Generelles Vorgehen

Ein Team aus geschulten Coder:innen hat den Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung (2021) untersucht. Um die Reliabilität der Ergebnisse zu gewährleisten, ist das Kodierverfahren in mehrere Schritte aufgeteilt: Grundlage der Kodierung ist ein festes Kodiersystem, das schon in mehreren Untersuchungen früherer Koalitionsverträge genutzt wurde. Hier ist das Vorgehen zur Identifizierung und zur Überprüfung der Umsetzung der Versprechen festgeschrieben. Alle Coder:innen haben zu Beginn der Recherche ein Training durch-

laufen, in dem sie einen Ausschnitt des Koalitionsvertrages der Großen Koalition (2013-2017) kodiert haben. Diese Testkodierung dient dazu, potenzielle Schwierigkeiten im Kodierprozess aufzudecken und zu besprechen. Während des Kodierprozesses des Ampel-Koalitionsvertrages (2021) hatten die Coder:innen die Möglichkeit, Unsicherheiten beim Erfüllungsstatus anzumerken. Diese Versprechen wurden anschließend im 4-Augen-Prinzip erneut überprüft und schließlich mit der Leitung des Kodierteam (Theres Matthieß und Carlo Greß) besprochen.

ABBILDUNG 11 Die Kodierung von Koalitionsversprechen

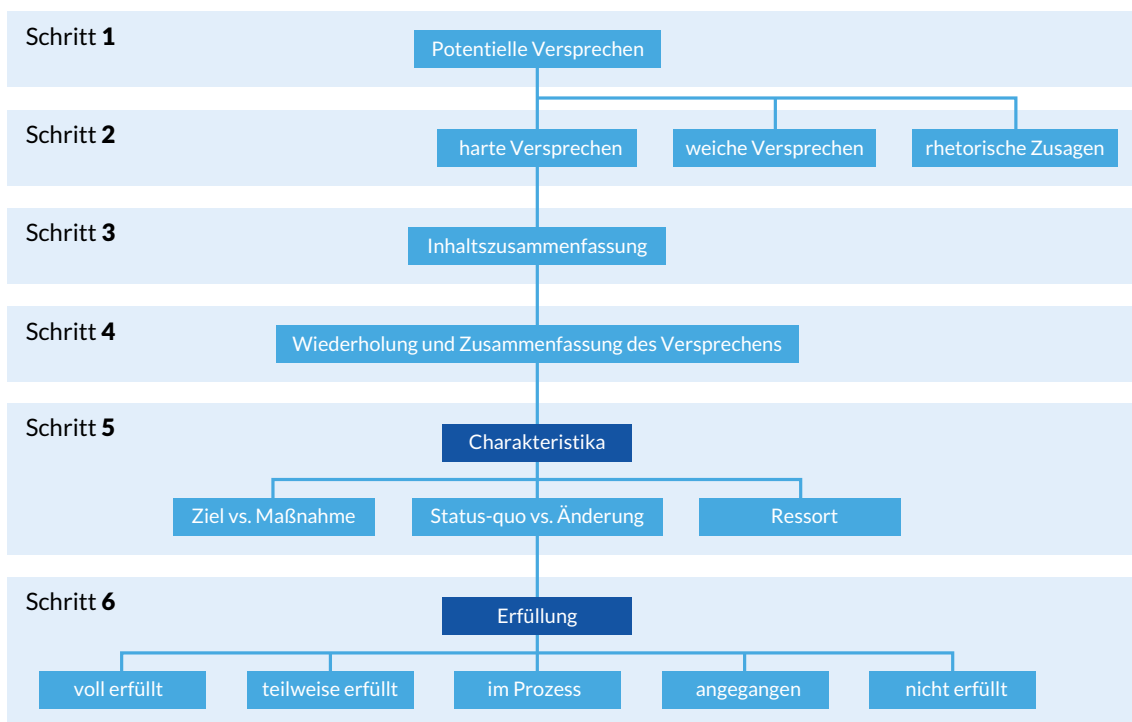
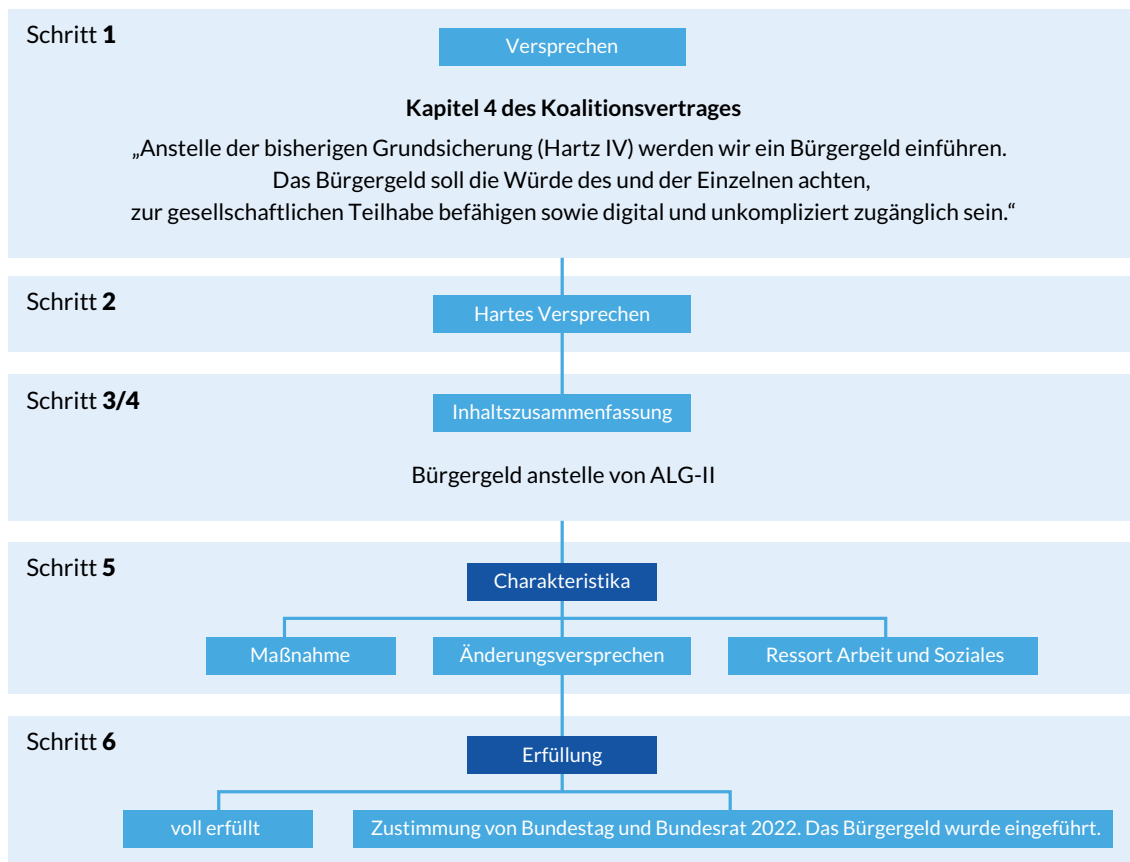


ABBILDUNG 12 Kodierung am Beispiel des Bürgergeldes



Koalitionsvertrag 2021 (Stichtag 16.08.2023), eigene Recherche und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Wie sich die Umsetzung von Wahlversprechen messen lässt

Bevor überprüft werden kann, welche Versprechen eine Regierung eingelöst hat, müssen zunächst alle im Koalitionsvertrag festgehaltenen Versprechen identifiziert und ihre Charakteristika nach einem klar vorgegebenen Muster festgehalten werden (Kodierung). Im ersten Schritt werden alle potenziellen Versprechen gesammelt. Darunter werden Statements verstanden, die eine Zusage zur Durchführung einer Handlung oder zu einer Zielerreichung enthalten. Ebenso sind direkte Ziel- und Handlungsankündigungen als Versprechen zu

werten. Im zweiten Schritt wird zwischen „harten“ und „weichen“ Versprechen sowie rhetorischen Zusagen unterschieden. Dafür wird überprüft, wie eindeutig die Maßnahme oder das Ziel formuliert ist. Maßstab hierfür ist die Existenz eines Kriteriums, anhand dessen überprüft werden kann, ob das Versprechen umgesetzt wurde. Harte bzw. echte Versprechen sind konkret formulierte Maßnahmen oder eindeutig bestimmte Ziele, die innerhalb der Regierungszeit erreicht werden sollen. Diese lassen hinsichtlich der Durchführung keinen Interpretationsspielraum zu und es lässt sich eindeutig beurteilen, ob eine Maßnahme umgesetzt oder ein Ziel erreicht wurde.

Weiche Versprechen hingegen sind Maßnahmen und Ziele, die zwar theoretisch überprüft werden könnten, deren Überprüfung sich jedoch im Vergleich zu harten Versprechen schwieriger gestaltet, weil der Interpretationsspielraum größer ist. Sie werden daher nicht in die Untersuchung aufgenommen. Ebenso nicht berücksichtigt werden rhetorische Zusagen wie „Wir setzen uns für eine faire Behandlung aller Menschen ein“. Diese Zusagen sind nicht als Versprechen im engeren Sinn zu werten, da sich nicht empirisch überprüfen lässt, ob sie eingehalten werden. Die weiteren Kodierungsschritte werden entsprechend nur für harte Versprechen vorgenommen.

Im dritten und vierten Schritt erfolgen eine inhaltliche Zusammenfassung unter Berücksichtigung von Schlüsselbegriffen und die Zusammenfassung sich wiederholender Versprechen inklusive einer Dokumentation, wie häufig ein Versprechen auftaucht.

Im fünften Schritt folgt die Kodierung der Charakteristika des Versprechens. Zunächst wird bestimmt, ob es sich bei dem Versprechen um ein Ziel- oder um ein Maßnahmenversprechen handelt. Während die Parteien in einem Maßnahmenversprechen eine Handlung ankündigen, nennt ein Zielversprechen ein angestrebtes Ergebnis, das die Parteien erreichen wollen. Darüber hinaus wird bestimmt, ob es sich um Änderungsversprechen handelt oder um Versprechen, die den Status-quo bewahren wollen. Änderungsversprechen befürworten die Neuregelung eines bestimmten Themas, während Status-quo-Versprechen die Beibehaltung einer aktuellen Regel favorisieren.

Im sechsten und letzten Schritt wird bestimmt, welchem Ressort ein Versprechen zuzuordnen ist. Erst nach der Identifizierung und Dokumentation der Versprechen wird festgestellt, ob diese vollständig umgesetzt wurden, teilweise umgesetzt wurden, sich im Prozess befinden oder (noch) nicht umgesetzt wurden. Als vollständig erfüllt gilt ein Versprechen, wenn die versprochene Maßnahme oder das versprochene Ziel im anvisierten Ausmaß verwirklicht wurde. Ein Versprechen ist teilweise erfüllt, wenn die Regierung zwar offensichtliche Anstrengungen unternommen hat, die Maßnahme oder das Ziel aber nur zum Teil und nicht im anvisierten Ausmaß erreicht wurde. Sind bereits substantielle Umsetzungsschritte eingeleitet und liegt ein Gesetzesentwurf bereits vor, gilt das Versprechen

als im Prozess befindlich. Liegt hingegen lediglich ein Eckpunktepapier oder weniger konkrete Dokumente zur Umsetzung vor, gilt das Versprechen als angegangen. Das ist etwa bei der Einlösung des Versprechens „Einführung eines Gesetzes gegen digitale Gewalt“ der Fall: Es gibt bereits ein Eckpunktepapier des Justizministeriums, ein entsprechender Gesetzentwurf und ein Beschluss durch den Bundestag fehlt noch. Ein Versprechen ist nicht erfüllt, wenn sich die Gesetzeslage oder die relevanten Kennzahlen nicht den Ankündigungen entsprechend entwickelt haben. Bei allen Versprechen, die voll oder teilweise erfüllt wurden, wird das Jahr der Erfüllung dokumentiert. In allen Fällen werden die entsprechenden Quellen, beispielsweise Gesetzestexte, dokumentiert.

Koalitionsversprechen im Wahlprogramm

Neben der Umsetzungsüberprüfung der Koalitionsversprechen wurden diese zusätzlich auch den jeweiligen Wahlprogrammen der SPD, BÜNDNIS90/Die Grünen und der FDP zugeordnet. Dazu wurde überprüft, ob ein identifiziertes Koalitionsversprechen seinen Ursprung in einem oder mehreren der drei Wahlprogramme hat. Ein Koalitionsversprechen gilt dann als im Wahlprogramm erwähnt, wenn es genauso, mit kleiner Abweichung oder auch weniger konkret aufgeführt wird. Ein Beispiel für ein Koalitionsversprechen, das alle drei Regierungsparteien in ihrem jeweiligen Programm aufgeführt haben, ist die Absenkung des Wahlalters bei Europawahlen auf 16 Jahre.

Expert:innenbefragung

Um festzustellen, ob die amtierende Regierung politisch wichtige und unwichtige Koalitionsversprechen gleichermaßen umsetzt, wurde eine Expert:innenevaluation der 453 Einzelversprechen nach dem politischen Gewicht in Relation zur im Koalitionsvertrag festgeschriebenen politischen Agenda vorgenommen. Dazu haben sechs Professor:innen (Prof. Dr. Anke Hassel, Prof. Dr. Heike Klüver, Prof. Dr. Andrea Römmele, Prof. Dr. Florian Grotz, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder und Prof. Dr. Bernhard Weßels) aus dem Bereich der vergleichenden Regierungslehre und Parteienforschung an einer Expert:innenbefragung teilgenommen. Die Expert:innen haben dort die 453 Einzelversprechen nach dem spezifischen

politischen Gewicht auf einer 5er-Skala bewertet (Frage: „Die Umsetzung mancher Versprechen ist für die politische Agenda des Koalitionsvertrages politisch besonders wichtig, andere Versprechen sind weniger wichtig. Was denken Sie, wie politisch gewichtig für die Agenda der Großen Koalition sind die folgenden Versprechen?“). 5er-Skala: 1 = unwichtig bis 5 = wichtig). Bezugsgröße war dabei immer der Koalitionsvertrag. Die Expert:innen haben die politische Wichtigkeit eines Versprechens im Kontext des gesamten Koalitionsvertrages und dessen politischer Agenda bewertet. Darüber hinaus haben die Expert:innen eine Einschätzung darüber abgegeben, welches der Einzelversprechen für welche der Regierungsparteien von besonderer Bedeutung ist.

Auf Basis der Frage zum politischen Gewicht der insgesamt 453 Versprechen wurde im Anschluss der Mittelwert gebildet und daraus die gewichtete Halbzeitbilanz ermittelt. Zur Qualitätssicherung wurden Streuungs- und Zusammenhangsmaße berechnet. Damit orientierte sich die methodische Vorgehensweise an der Chapel Hill Expert Survey (Jolly et al. 2022). Ordnet man die Mittelwerte der politischen Bedeutsamkeit der Koalitionsversprechen nach drei Gruppen (unwichtig: <3; unentschieden: = 3 und wichtig: >3) ergeben sich aus Sicht der Expert:innen 263 eher unwichtige und 147 eher wichtige Koalitionsversprechen. Die verbleibenden 43 Versprechen liegen mit einem Mittelwert von 3 genau dazwischen. Im Durchschnitt aller 453 Versprechen liegt die Standardabweichung bei 0,69. Die minimale Standardabweichung beträgt 0 (wenn alle Expert:innen den gleichen Wert gewählt haben), die maximale Standardabweichung 1,38. Es gibt also Versprechen, bei denen sich alle sechs Expert:innen in ihrer Einschätzung einig waren, aber auch Versprechen, bei denen die Bewertung tendenziell unterschiedlich ausfiel. In Summe gibt es 33 Versprechen, bei denen die Streuung um den Mittelwert größer als 1 ausfällt. Bei circa 7 Prozent aller 453 Koalitionsversprechen waren sich die

Expert:innen somit uneinig, was die Einschätzung des politischen Gewichts betrifft. Dennoch weisen alle sechs Expert:innenbefragungen eine jeweils hohe Korrelation untereinander auf.

Zusätzlich zur Gewichtung der Versprechen wurden von den Expert:innen zudem ein zusätzliches Analyseraster entwickelt. Hierbei wurden alle identifizierten Versprechen genau einer inhaltliche Fortschrittsdimension zugeordnet (Sozialer Fortschritt, Digitalisierung und technischer Fortschritt, Ökologischer Fortschritt, Gesellschaftlicher Fortschritt und Modernisierung des Staates und der Infrastruktur). Dieser Schritt dient dazu, mögliche inhaltliche Schwerpunkte der Regierungsarbeit zu identifizieren. Dabei ergaben sich folgende Zuordnungen: Sozialer Fortschritt: 109 Versprechen. Digitalisierung und technischer Fortschritt: 36 Versprechen. Ökologischer Fortschritt: 61 Versprechen. Gesellschaftlicher Fortschritt: 95 Versprechen. Modernisierung des Staates und der Infrastruktur: 60 Versprechen. Die restlichen Versprechen konnten nicht eindeutig einer inhaltlichen Dimension zugeordnet werden.

Außerdem haben die Expert:innen angegeben, ob sie die jeweiligen Versprechen für sozialverträglich bzw. kompensatorisch einschätzen (Auswahlmöglichkeiten: Explizit sozialverträglich/kompensatorisch, implizit sozialverträglich/kompensatorisch, nicht sozialverträglich/kompensatorisch). Bei 326 Versprechen gibt es aus Sicht der Expert:innen keine sozialverträgliche oder kompensatorische Komponente. Bei 67 Versprechen ist diese zumindest implizit, bei 58 Versprechen explizit gegeben.

Auf einer 5-Punkte-Skala wurde zudem eingeschätzt, wie progressiv bzw. disruptiv die jeweiligen Versprechen sind (1 = Nicht progressiv/disruptiv, 5 = maximal progressiv/disruptiv). Dabei ergibt sich ein durchschnittlicher Wert von 3,27, der eine moderate Progressivität impliziert.

Abbildungsverzeichnis

Im Fokus

ABBILDUNG 1	Halbzeitbilanz Koalitionsvertrag 2021	7
ABBILDUNG 2	Gefühlte Umsetzung von Koalitionsversprechen	8
ABBILDUNG 3	Aus welchem Wahlprogramm stammen die 453 Koalitionsversprechen 2021?	9
ABBILDUNG 4	Ampelparteien sitzen im selben Regierungsboot (I)	10
ABBILDUNG 5	Ampelparteien sitzen im selben Regierungsboot (II)	11
TABELLE 1	Erfüllungsquote der Ampel-Koalition 2021 bis August 2023	12

Die Ergebnisse im Einzelnen

TABELLE 2	Anzahl der Koalitionsversprechen in den einzelnen Ressorts	14
ABBILDUNG 6	Zugeschriebenes Profil der Ampelparteien – von wem stammen welche Koalitionsvorhaben?	15
TABELLE 3	Anzahl an Maßnahmen- und Zielversprechen in den einzelnen Ressorts	16
TABELLE 4	Anzahl an Änderungs- und Status-quo-Versprechen in den einzelnen Ressorts	17
ABBILDUNG 7	Einhaltung von Wahl- und Koalitionsversprechen aus Sicht der Bürger:innen	18
TABELLE 5	Anzahl erfüllter, teilweise erfüllter und nicht erfüllter Versprechen	19
ABBILDUNG 8	Wie wichtig ist die Einhaltung von Wahlversprechen für die Bürger:innen?	20
ABBILDUNG 9	Ist es akzeptabel Wahlversprechen nicht umzusetzen?	21
ABBILDUNG 10	Akzeptable Gründe für den Bruch von Wahlversprechen	22

Die Koalitionsversprechen im Einzelnen

TABELLE 6	Die Einzelversprechen im Überblick aktualisiert zum Stichtag: 16.08.2023	24
-----------	--	----

Dokumentation der Umfrageergebnisse

FRAGE 1	Werden Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?	70
FRAGE 2	Hat die Ampel ihre Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt?	72
FRAGE 3	Werden Wahlversprechen der Parteien umgesetzt?	74
FRAGE 4	Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die SPD seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?	76
FRAGE 5	Wie viele ihrer Wahlversprechen haben die GRÜNEN seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?	78
FRAGE 6	Wie viele ihrer Wahlversprechen hat die FDP seit der letzten Bundestagswahl umgesetzt?	80
FRAGE 7	Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der SPD in der Regierung?	82
FRAGE 8	Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der GRÜNEN in der Regierung?	84
FRAGE 9	Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der FDP in der Regierung?	86
FRAGE 10	Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag hat die Ampelregierung bereits umgesetzt?	88
FRAGE 11	Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der SPD?	92
FRAGE 12	Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von den GRÜNEN?	96
FRAGE 13	Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stammen von der FDP?	100
FRAGE 14	Wie wichtig ist Ihnen die Umsetzung von Wahlversprechen?	104
FRAGE 15	Ist die Nichtumsetzung von Wahlversprechen akzeptabel?	106
FRAGE 16	Was sind akzeptable Gründe für die Nichtumsetzung von Wahlversprechen?	108

Methodischer Anhang

ABBILDUNG 11	Die Kodierung von Koalitionsversprechen	112
ABBILDUNG 12	Kodierung am Beispiel des Bürgergeldes	113

Literaturverzeichnis

- Belchior, Ana Maria (2018). "The effects of party identification on perceptions of pledge fulfillment: Evidence from Portugal". *International Political Science Review*. 1-16. DOI: 10.1177/0192512118791298
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. (2021). *Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021*. https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf
- CDU/CSU und SPD (2018). *Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*. 19. Legislaturperiode. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/656734/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1>
- CDU/CSU und SPD (2013). *Deutschlands Zukunft gestalten: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*. 18. Legislaturperiode. <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>
- Duval, Dominic und François Pétry (2018). "Citizens' evaluations of campaign pledge fulfillment in Canada". *Party Politics* 1-11. DOI: 10.1177/1354068818789968
- FDP (2021). *Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der freien Demokraten*. https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf
- Ferguson, Mark J. (2012). *Pledge Fulfillment in Germany: An Examination of the Schröder II and Merkel I Governments*. Tuscaloosa: Department of Political Science, University of Alabama.
- Jolly, Seth, Ryan Bakker, Liesbet Hooghe, Gary Marks, Jonathan Polk, Jan Rovny, Marco Steenbergen, und Milada Anna Vachudova (2022). "Chapel Hill Expert Survey Trend File, 1999-2019." *Electoral Studies* 75. DOI: 10.1016/j.electstud.2021.102420
- Klüver, Heike, Hanna Bäck und Svenja Krauss (2023). *Coalition Agreements as Control Devices. Coalition Governance in Western and Eastern Europe*. Oxford University Press.
- Matthieß, Theres, Pola Lehmann, Sven Regel und Bernhard Weißels (2022). *Die Ampelkoalition- Wie wird aus unterschiedlichen Zielen ein gemeinsames Regierungsprogramm?*. DOI: 10.1515/9783839463321
- Matthieß, Theres (2022). „Retrospective pledge voting and mistrusting citizens: Evidence for the electoral punishment of pledge breakage from a survey experiment". *Electoral Studies* 80. DOI: 10.1016/j.electstud.2022.102547
- Matthieß, Theres (2019). "Equal Performance of Minority and Majority Coalitions? Pledge Fulfillment in the German State of NRW". *German Politics* 28 (1). 123-144, DOI: 10.1080/09644008.2018.1528235
- Matthieß, Theres (2016). "The Legislative Enactment of Election Pledges: A Comparative Analysis of a Minority and a Majority Government in the German state of Nordrhein Westfalen". Paper für die ECPR Graduate Conference. Universität Tartu. 10-13.7.2016.
- Mellon, Jonathan, Christopher Prosser, Jordan Urban und Adam Feldman (2021). "Which Promises Actually Matter? Election Pledge Centrality and Promissory Representation". *Political Stud.* DOI: 10.1177/003232172110274
- Müller, Stefan (2020). "Media Coverage of Campaign Promises Throughout the Electoral Cycle". *Political Communication* 37 (5). 696-718. DOI: 10.1080/10584609.2020.1744779

- Müller, Stefan (2022). The Temporal Focus of Campaign Communication. *Journal of Politics* 84(1):585-590. DOI: 10.1086/715165
- Moury, Catherine (2011). "Italian coalitions and electoral promises: assessing the democratic performance of the Prodi I and Berlusconi II governments." *Modern Italy* 16 (1). 35-50.
- Moury, Catherine (2010). "Coalition agreement and party mandate: How coalition agreements constrain the ministers". *Party Politics* 17 (3). 385–404.
- Naurin, Elin (2011). *Promising Democracy. Parties, Citizens and Election Promises*. Gothenburg: University of Gothenburg, Faculty of Social Sciences, Department of Political Science.
- Naurin, Elin, Terry J. Royed und Robert Thomson (Hg.) (2019). *Party mandates and democracy: Making, breaking, and keeping election pledges in twelve countries*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Naurin, Elin und Henrik Ekengreen Oscarsson (2017). "When and Why Are Voters Correct in Their Evaluations of Specific Government Performance?" *Political Studies* 65. 860-876.
- Sauga, Michael (2021). „Die Ampel-Parteien müssen ihre Versprechen brechen“. *Der Spiegel*.
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/spd-fdp-und-gruene-warum-die-ampel-parteien-ihre-versprechen-brechen-muessen-a-f7155dfb-7b12-495a-a8c8-61dbacedffbb>
- Schnitzer, Monika (2021). „Aufbruchstimmung im Koalitionsvertrag“. *Wirtschaftsdienst* 101 (12). 918-919. DOI: 10.1007/s10273-021-3055-6
- Sondierungspapier (SPD, Grüne, FDP) (2021). Ergebnis der Sondierungen zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.
- SPD Parteivorstand (2021). *Aus Respekt vor deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben*. <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>
- SPD, Grüne und FDP (2021). *Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP)*. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>
- Thomson, Robert, Terry Royed, Elin Naurin, Joaquín Artés, Rory Costello, Laurenz Ennser-Jedenastik, Mark Ferguson, Petia Kostadinova, Catherine Moury, François Pétry und Katrin Praprotnik (2017). "The Fulfillment of Parties' Election Pledges: A Comparative Study on the Impact of Power Sharing". *American Journal of Political Science* 61 (3). 527–542.
- Thomson, Robert (2011). "Citizens' Evaluations of the Fulfillment of Election Pledges: Evidence from Ireland". *The Journal of Politics* 73 (1). 187-201.
- Vehrkamp, Robert und Theres Matthieß (2018). Versprochen wird nicht gebrochen. *EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung* (1).
- Vehrkamp, Robert und Theres Matthieß (2019). „Besser als ihr Ruf – Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrags 2018“. Gütersloh: *EINWURF – Policy Brief/Studie der Bertelsmann Stiftung*.
- Vehrkamp, Robert und Theres Matthieß (2021). „Versprechen gehalten – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21“. Gütersloh: *EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung* (3).
- Werner, Annika (2019). "What voters want from their parties: Testing the promise-keeping assumption". *Electoral Stud.* 57, 186–195.
- Wolkenstein, Fabio und Christopher Wratil (2021). Multidimensional representation. *Am. J. Political Sci.* 65 (4), 862–876.

Versprochen wird nicht gebrochen

Einwurf – Zukunft der Demokratie | 01.2018

In ihrem Koalitionsvertrag 2013 hat die Große Koalition 188 konkrete Maßnahmen und Ziele vereinbart. Davon wurden fast 80 Prozent ganz oder teilweise und etwa zwei Drittel aller Versprechen vollständig umgesetzt. Gemessen an der Einlösung ihrer Versprechen war die Große Koalition damit vergleichsweise erfolgreich. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte und dem Wahlvolk versprochene Regierungsprogramm wurde bereits in der ersten Hälfte der Legislaturperiode weitgehend umgesetzt. Fragt man dagegen die wahlberechtigte Bevölkerung, sind nur 13 Prozent aller Wahlberechtigten der Meinung, „alle, fast alle“ oder zumindest „ein großer Teil“ der im Koalitionsvertrag enthaltenen Versprechen seien auch tatsächlich eingelöst worden. Die Mehrheit unterschätzt die Leistungen von Parteien und Regierung: Parteien versprechen vor der Wahl das Blaue vom Himmel und interessieren sich nicht für die Umsetzung ihrer Versprechen, so der allgemeine Tenor. Auch die in Koalitionsverträgen vereinbarten Vorhaben setzen die Regierungsparteien angeblich nicht um. Zwischen der tatsächlichen und der wahrgenommenen Einlösung von Wahl- und Regierungsversprechen klafft also eine Lücke. Positiver als die allgemeine Regierungsleistung bewerten die Menschen jedoch die Umsetzung konkreter Einzelvorhaben. Befragt nach konkreten Maßnahmen und Ergebnissen, urteilen sie mehrheitlich fast immer richtig. Die mehrheitlich positive Einschätzung im Detail führt aber nicht zu einem positiven Gesamturteil. Das negative Gesamtbild bleibt dominant. Der Vergleich zwischen tatsächlicher und gefühlter Erfüllung von Wahl- und Regierungsversprechen zeigt deshalb: Parteien und Regierungen in der Demokratie sind besser als ihr Ruf.



The image shows the cover of a publication titled "EINWURF" with the subtitle "Zukunft der Demokratie | 01.2018". The main headline is "Versprochen wird nicht gebrochen". Below the headline, there is a short summary: "Parteien und Regierungen sind besser als ihr Ruf. Das gilt auch für die Große Koalition. Von dem insgesamt 188 Versprechen des Koalitionsvertrages 2013 wurden fast 80 Prozent ganz oder teilweise umgesetzt. Das sehen aber nur knapp 13 Prozent aller Wahlberechtigten so. Die Mehrheit unterschätzt die Leistungen der Parteien und der Regierung." The cover also features a small illustration of people and a document labeled "KOALITIONS-VERTRAG". At the bottom right, it says "BertelsmannStiftung".

Versprochen wird nicht gebrochen

Einwurf
Zukunft der Demokratie | 01.2018

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2018



Download

www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/einwurf-1-2018

Besser als ihr Ruf – Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018

In ihrem Koalitionsvertrag 2018 hat die Große Koalition 296 konkrete Maßnahmen und Ziele vereinbart. Bis Ende September 2019 hat die Bundesregierung davon bereits 154 vollständig oder teilweise umgesetzt, weitere 40 wurden zumindest in Angriff genommen. Zur Halbzeit der Regierungszeit hat sie also zwei Drittel ihrer Koalitionsversprechen umgesetzt oder zumindest auf den Weg gebracht. Das weist auf eine rekordverdächtige Zwischenbilanz hin. Vom Koalitionsvertrag 2013 hatte die Vorgängerregierung zum gleichen Zeitpunkt erst gut die Hälfte ihrer Versprechen abgearbeitet oder in Angriff genommen. Bis zum Ende der Legislaturperiode 2013-2017 wurden dann fast 80 Prozent aller Versprechen vollständig oder teilweise umgesetzt. Schon das war eine international vergleichsweise sehr gute Performanz. Arbeitet die amtierende Bundesregierung in ihrem jetzigen Tempo weiter, wird sie diese Werte sehr wahrscheinlich übertreffen. Dennoch unterschätzen immer mehr Menschen die Leistungen von Parteien und Regierungen. Der Anteil derjenigen, die nicht an den Willen und das Können der Politik zur Einlösung von Versprechen glauben, ist in den letzten Jahren sogar noch größer geworden: Nur noch jeder Zehnte ist der Meinung, dass die in einem Koalitionsvertrag vereinbarten Versprechen zumindest „zu einem großen Teil“ auch tatsächlich eingelöst werden. Trotz einer vergleichsweise guten Performanz ist die Lücke zwischen tatsächlicher und wahrgenommener Einlösung von Versprechen also noch größer geworden. Mehr gegenseitiges Verständnis dieser Differenzen, Fair Play in der öffentlichen Diskussion darüber und eine Fokussierung der Regierungskommunikation könnten helfen.



Download

www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/besser-als-ihr-ruf



Robert Vehrkamp
Theres Matthieß

Besser als ihr Ruf – Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2019

Versprechen gehalten – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21

Einwurf – Zukunft der Demokratie | 03.2021

Mit insgesamt 294 Versprechen enthält der Koalitionsvertrag 2018 knapp 60 Prozent mehr als die 188 Einzelversprechen im Koalitionsvertrag von 2013. Von diesen insgesamt 294 Einzelversprechen hat die Große Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode 214 Versprechen (73 Prozent) vollständig und weitere 15 Versprechen (5 Prozent) teilweise umgesetzt. Damit fällt ihre Schlussbilanz mit einem deutlich höheren Anteil vollständig eingelöster Versprechen noch einmal leicht besser aus, als die der Vorgängerregierung. Dennoch wurde auch in dieser Legislaturperiode mit 64 Einzelversprechen etwas mehr als ein Fünftel aller Versprechen nicht eingelöst. Dennoch überwiegt das insgesamt sehr gute Gesamtbild einer sowohl national wie international vergleichsweise hohen Umsetzungsquote. Die Regierung hat also weitgehend getan, was sie versprochen hat. Das zeigt sich auch in deutlich verbesserten Vertrauenswerten gegenüber der Umsetzungstreue von Regierungsversprechen: Inzwischen glauben immerhin 22 Prozent, dass „alle, fast alle“ oder „ein großer Teil“ umgesetzt werden, und weitere 39 Prozent meinen, dass zumindest „etwa die Hälfte“ der Versprechen eingelöst werden. Gute Koalitionsverträge mit konkreten Politikversprechen zu verhandeln lohnt sich also. Ihre Umsetzung eröffnet Vertrauenschancen, erhöht die Verbindlichkeit und schafft neue Glaubwürdigkeit. Politik erschöpft sich nicht in der Umsetzung von Koalitionsverträgen. Aber sie sind ein wichtiges und chancenreiches Instrument für Verbindlichkeit und Rechenschaft auch gegenüber den Wähler:innen, damit auch deren Vertrauen neue Horizonte erreicht – um es mit den Worten des Sondierungspapiers auszudrücken.



Download

www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/einwurf-32021-versprechen-gehalten-schlussbilanz-zum-koalitionsvertrag-der-groko-2018-21-all

EINWURF

Zukunft der Demokratie | 03.2021

Versprechen gehalten – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21

Parteien und Regierungen sind besser als ihr Ruf. Das gilt auch für die Große Koalition: Von den insgesamt 294 Versprechen des Koalitionsvertrages 2018 wurden etwa fast 80 Prozent ganz oder teilweise umgesetzt. Das spiegelt sich auch in den deutlich verbesserten Vertrauenswerten zur Umsetzungstreue von Koalitionsverträgen. Eine Chance, auch für die neue Regierung.

Mit insgesamt 294 Versprechen enthält der Koalitionsvertrag 2018 knapp 60 Prozent mehr als die 188 Einzelversprechen im Koalitionsvertrag von 2013. Von diesen insgesamt 294 Einzelversprechen hat die Große Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode 214 Versprechen (73 Prozent) vollständig und weitere 15 Versprechen (5 Prozent) teilweise umgesetzt. Damit fällt ihre Schlussbilanz mit einem deutlich höheren Anteil vollständig eingelöster Versprechen noch einmal leicht besser aus, als die der Vorgängerregierung. Dennoch wurde auch in dieser Legislaturperiode mit 64 Einzelversprechen etwas mehr als ein Fünftel aller Versprechen nicht eingelöst. Dennoch überwiegt das insgesamt sehr gute Gesamtbild einer sowohl national wie international vergleichsweise hohen Umsetzungsquote. Die Regierung hat also weitgehend getan, was sie versprochen hat. Das zeigt sich auch in deutlich verbesserten Vertrauenswerten gegenüber der Umsetzungstreue von Regierungsversprechen. Inzwischen glauben immerhin 22 Prozent, dass „alle, fast alle“ oder „ein großer Teil“ umgesetzt werden, und weitere 39 Prozent meinen, dass zumindest „etwa die Hälfte“ der Versprechen eingelöst werden. Gute Koalitionsverträge mit konkreten Politikversprechen zu verhandeln lohnt sich also. Ihre Umsetzung eröffnet Vertrauenschancen, erhöht die Verbindlichkeit und schafft neue Glaubwürdigkeit. Politik erschöpft sich nicht in der Umsetzung von Koalitionsverträgen. Aber sie sind ein wichtiges und chancenreiches Instrument für Verbindlichkeit und Rechenschaft auch gegenüber den Wähler:innen, damit auch deren Vertrauen neue Horizonte erreicht – um es mit den Worten des Sondierungspapiers auszudrücken.

WZB BertelsmannStiftung

Versprechen gehalten – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21

Einwurf

Zukunft der Demokratie | 03.2021

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2021

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Deutschland
+49 5241 81-0

Prof. Dr. Robert Vehrkamp

Programm Demokratie und Zusammenhalt
+49 30 275788-135
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Carlo Greß

Programm Demokratie und Zusammenhalt
+49 30 275788-170
carlo.gress@bertelsmann-stiftung.de


Nicole Kleeb

Programm Demokratie und Zusammenhalt
+49 30 275788-168
nicole.kleeb@bertelsmann-stiftung.de

[www.bertelsmann-stiftung.de/de/
unsere-projekte/new-democracy](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/new-democracy)



 New-Democracy-BSt

 Mandaterechner

 NewDemocracyBSt